

Stenographisches Protokoll.

74. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich.

Mittwoch, den 21. April 1920.

Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Lesung des Staatsvoranschlages und des Finanzgesetzes für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen).

Inhalt.

Personalien.

Abwesenheitsanzeigen (Seite 2155).

Verhandlung.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (330 der Beilagen), betreffend den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz

für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen — Fortsetzung der Generaldebatte — Redner: Staatskanzler Dr. Renner [Seite 2155], die Abgeordneten Dr. Schönbauer [Seite 2160], Ingenieur Dr. Goldemund [Seite 2167], Dr. Alfred Gärtler [Seite 2175], Födermayr [Seite 2182], Gröger [Seite 2184], Steinegger [Seite 2187], Stricker [Seite 2189], Dr. Hahn [Seite 2193], Leuthner [Seite 2194], Forstner [Antrag auf Schluß der Debatte — Seite 2202]).

Zur Verteilung gelangen am 21. April 1920:

die Regierungsvorlage 814 der Beilagen;

die Anträge 811, 812 und 813 der Beilagen.

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 15 Minuten vormittags.

Vorsitzender: Zweiter Präsident **Hausser**.

Schriftführer: Dr. **Angerer**.

Staatskanzler: Dr. **Renner**.

Vizekanzler: **Fink**.

Staatssekretäre: **Eldersich** für Inneres und Unterricht, Dr. **Ramek** für Justiz, Dr. **Deutsch** für Heereswesen, Dr. **Reisch** für Finanzen, **Stöckler** für Land- und Forstwirtschaft, Ingenieur **Berdik** für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, **Paul** für Verkehrswesen, **Hannisch** für soziale Verwaltung.

Unterstaatssekretäre: **Glückel** und **Miklas** im Staatsamte für Inneres und Unterricht, Dr. **Gisler** im Staatsamte für Justiz, Dr. **Waiss** im Staatsamte für Heereswesen, Dr. **Resch** im Staatsamte für soziale Verwaltung.

Präsident **Hausser**: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 20. April liegt in der Kanzlei zur Einsicht auf.

Die Herren Abgeordneten **Clessin** und **Wimmer** haben sich mit wichtigen Abhaltungen entschuldigt.

Wir gelangen zur Tagesordnung, das ist Fortsetzung der zweiten Lesung des Staatsvoranschlages und des Finanzgesetzes für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen).

Zum Worte hat sich der Herr Staatskanzler gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Staatskanzler Dr. **Renner**: Hohe Nationalversammlung! Mit ebensoviel Tatkraft als Besonnenheit haben die Nationalversammlung und die von ihr eingesetzte Regierung kraft der Unterstützung der beiden Mehrheitsparteien und nicht gehemmt, sondern nicht selten gefördert durch die nicht faktiöse Kritik der Minderheit das junge Staatswesen unter nahezu pausenlosen Stürmen durch unzählige Klippen hindurchgesteuert bis zu dem Augenblicke, wo das erste Parlament der Republik deren erstes Budget zu beraten in der Lage ist. Die Tatsache dieser

Budgetberatung allein bezeichnet einen Erfolg des neuen Staates.

Das Hauptverdienst kann dafür die Volksvertretung selbst in Anspruch nehmen, jenes Organ der Republik, das nach unserer Verfassung der oberste Träger der organisierten öffentlichen Gewalt ist. Die Regierung ist nur ihre Abbild in verjüngtem Maßstabe. Wenn diese trotzdem einen bescheidenen Teil dieses Verdienstes in Anspruch nimmt, so führt sie das auf die praktische Durchbildung und Bewährung der Grundsätze zurück, die in dem Institut der Nationalversammlung selbst gelegen sind.

Was ist der Grundgedanke dieses Regierungssystems, das so viel mißverstanden und so viel verlästert ist? Es ist vielen, die die Überlieferungen des Absolutismus nicht los werden können, noch ganz unverständlich. Es ist keine Regierung durch Gewalt — die überlieferten Gewalten hat der Krieg und der Kriegsübergang zertrümmert — keine Regierung durch die Bureaucratie, durch die Machtmittel des Militarismus oder der Polizeigewalt. Bei den zahllosen inneren Krisen, wenn hier die Bauernschaft, da die Arbeiterschaft, dort die Bürgererschaft unruhig wurde, hat sich die Regierung zunächst an die politischen Vertrauensmänner der beunruhigten Volkskreise selbst gewendet, sie hat sorgsam auch die wirtschaftlichen Organisationen beachtet und gepflegt und die Vertrauensmänner der wirtschaftlichen Organisationen, hier der landwirtschaftlichen Genossenschaften, da der Gewerkschaften und dort die Unternehmerverbände ersucht, im Einvernehmen mit der Regierung die sozialen Schwierigkeiten zu überwinden. Um dies zu können, mußte die Regierung selbst zusammengesetzt sein aus den obersten Vertrauensmännern der großen werktätigen Klassen selbst, mußte sie also die Koalition der zwei größten Volksparteien sein, die fünf Sechstel unseres Volkes vertreten.

Das System, das wir vertreten, möchte ich daher mit einem Kennworte als „Regierung vermittels der Vertrauensmänner der organisierten Massen in Stadt und Land“ bezeichnen und nicht als Regierung durch Bureaucratie, Polizei und Militarismus, als Regierung durch Behörden. Diese tagtägliche Zusammenarbeit mit den Vertrauensmännern des organisierten Volkes selbst ist die Stärke der Regierung, ihre Zuversicht, sie ist es, die sich bewährt hat und die es uns erspart, an das mechanische Brachium zu appellieren, das andere als das Allheilmittel der Gesellschaft ansehen.

Der zweite Grundsatz des Systems ist der: Nicht die Diktatur der einen Klasse über die andere, sondern die verhältnismäßige Anteilnahme aller werktätigen Klassen an der Macht, somit nicht Alleinherrschaft, sondern Mitregierung. Auch dieser Grundgedanke des Systems liegt schon im Aufbau der Nationalversammlung wie der Landes- und Gemeindevertretungen, im Proporzsystem.

Die verhältnismäßige Mitregierung aller in der Volkswirtschaft Mitarbeitenden, gestützt auf die Vertrauensmänner derselben im ganzen Lande, hat uns die sozialen Krisen besser zu überwinden befähigt als das überlieferte System der reinen Obrigkeitsregierung.

Wir danken die Möglichkeit solcher Regierungsweise zwei Tatsachen:

1. Daß unsere Volksmassen in Stadt und Land tatsächlich einen hohen Grad der Organisation erreicht haben und einen, wenn auch noch immer nicht vollkommenen, so doch wenigstens zureichenden Grad von Selbstdisziplin beweisen und, was damit zusammenhängt,

2. der hohen politischen und wirtschaftlichen Schulung, die unser ganzes Volk gerade durch seine Organisationen erreicht hat.

Die politische Urteilsfähigkeit unserer Massen, insbesondere der Arbeiterschaft wie der Bauernschaft, ist in den oberen Schichten unserer Gesellschaft, insbesondere in der Bourgeoisie, seit jeher ungebührlich unterschätzt worden.

Diese Schichten sind es bisher gar noch nicht inne geworden, daß sie selbst an Organisationsfähigkeit, Disziplin und Verständnis für die öffentlichen Angelegenheiten hinter den Massen vielfach zurückgeblieben sind, offenbar deshalb, weil ihnen in dem Mechanismus der bürgerlichen Gesellschaftsordnung mehr die Rolle sorgfältiger Hüter privater Vermögens- als öffentlicher Interessen zugefallen ist.

Und so hat politischer Verstand, das ist die Kraft großer und weiser Selbstbeschränkung, diese Volksmassen, trotzdem sie in zwei politisch-gegnerschen Parteien stehen und von zwei entgegengesetzten Weltanschauungen ausgehen, dazu befähigt, in der allgemeinen, in der entsetzlichen Gefahr des Volkes und des Landes sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zur Rettung des Landes zu verbinden.

Der Natur der Sache nach hat eine solche Arbeitsgemeinschaft in den eigenen Reihen selten einen Verteidiger gefunden — es ist eben eine Opfergemeinschaft. Jeder Teufel achtet selbstverständlich fortwährend auf die Grenzen der Opfer und auf die Grenzen der Macht — der Klassenkampf ist eben zum Heile aller von der Straße an den grünen Tisch verpflanzt, wo er zäher, wenn auch weniger blutig geführt wird. So sei es mir gestattet, heute, nach mehr als einem Jahre des

Bestandes der Koalition, zu ihrer Rechtfertigung das einzige, was gilt, und was nicht bestritten werden kann, die vollbrachte Leistung anzuführen. In den Widerstreit einzutreten und polemisch zu antworten ist hier meines Antes nicht.

Was hat die Koalition geleistet? Da bei der Verarmung unserer Volkswirtschaft und bei der Armut des Daseins jedem einzelnen immer noch mehr zu wünschen übrig bleibt als geleistet ist, gibt sich niemand Rechenschaft über das gestern Getane und jedermann spricht von dem, was heute not tut. Aber halten wir nur eine flüchtige Rückschau auf die Leistungen der Koalition und ihrer Regierung, so zugen unermessliche Arbeit und gewaltige Schöpfungen für sie. Die Regierung hat den Übergang von der Verwaltung eines 50 Millionen-Reiches und eines 30 Millionen-Großstaates auf einen Kleinstaat von 6 1/2 Millionen Menschen binnen anderthalb Jahren vollzogen. Das war wahrhaftig keine Kleinigkeit! Sie hat dabei vermieden, in blinder Rücksichtslosigkeit Existenzen zu vernichten, sie hat sich bemüht und bemüht sich weiter, zehntausende Familien, die dem alten Reiche und Staate dienten, vor dem Untergange zu bewahren. Auch das ist keine Kleinigkeit!

Sie hat unsere öffentlichen Einrichtungen von der Monarchie in die Republik übergeleitet, unblutig, organisch, ohne Gewalt und mit den bloßen Mitteln der Überzeugung: in der Geschichte und anderwärts auch heute wird das keineswegs als Kleinigkeit empfunden!

Sie hat einen ausgesprochenen Militärstaat übernommen und daraus einen Volksstaat gemacht, sie hat das zusammengebrochene Heer, das das Hinterland zu verheeren drohte, abgebaut und hunderttausende Menschen aus dem arbeitsfremden Leben des Schützengrabens in das bürgerliche Erwerbsleben hinübergeführt.

Sie hat eine ganz beispiellos ausgebreitete Arbeitslosigkeit — seit jeher die größte Gefahr für besiegte Staaten — durch planmäßige Fürsorge nahezu gänzlich behoben.

Sie hat unzählige Kriegsoffer mit den überaus kargen Mitteln einer aufgelösten Volkswirtschaft dennoch über Wasser gehalten und als erster aller Staaten eine planmäßige Invalidengesetzgebung eingerichtet. Wie unbefriedigend die Leistungen im einzelnen sein mögen, im ganzen sind sie doch ein gewaltiges Werk. Und daß es mit klugen Händen in Angriff genommen und fertiggestellt worden ist, beweist die Tatsache, daß die schweren Erschütterungen, die andere Staaten heimgesucht haben, uns erspart worden sind.

Das war, Männer und Frauen, wahrhaftig keine Kleinigkeit!

Die Koalition hat inmitten der schwersten politischen und sozialen Gefahren den Frieden zum

Abchlüsse gebracht und noch ist niemandem der Beweis gelungen, daß ein besserer Friede zu haben war. Sie hat dem Lande eine Notverfassung gegeben, deren Mängel wir freilich kennen, die uns aber doch ermöglicht hat, alles, was geschaffen wurde, auf dem verfassungsmäßigen Weg durchzuführen und die Grundeinrichtungen eines Rechtsstaates zu behaupten. Die Koalition hat, während in manchen anderen Staaten unter den verschiedensten Parteibezeichnungen und nationalen Vorwänden die Diktatur der Bajonette angerufen wurde, immer und immer wieder an das oberste soziale Mittel des Gesetzes appelliert und das durch das Waffenhandwerk des Rechtes entwöhnte Volk wieder an Recht und Gesetz zu gewöhnen sich bemüht. Niemand fühlt deutlicher als ich, wie viel an diesem Ideal noch fehlt, aber ich bestreite mit vollem Nachdrucke, daß in irgendeinem besiegten Staate dieses Ziel mit solcher Sicherheit aufgegriffen oder in einem höheren Maße verwirklicht worden ist als bei uns. (Sehr richtig!)

Die schwerste Aufgabe eines Landes nach einem solchen Zusammenbruch ist immer die Einrichtung der bewaffneten Macht. Daß die Koalition in diesem Punkte so spät zu einer Lösung kam, daran ist das Verbot der allgemeinen Wehrpflicht durch den Friedensvertrag schuld. Trotz dieser verhängnisvollen Schranke und trotz der großen, naturgegebenen Gegensätze in dieser Frage hat dennoch die Koalition die Schwierigkeiten zu besiegen und eine Wehrverfassung zu beschließen vermocht. Auch das ist wahrhaftig keine Kleinigkeit!

Die Koalition übernahm ein Wirtschaftssystem, das in doppeltem Sinne zerrüttet war: Zerfällt waren nicht nur alle Grundlagen der Produktion selbst, moralisch entwurzelt war auch das System der staatlichen Bewirtschaftung überhaupt. Als die Republik die Volkswirtschaft übernahm, waren Industrie und Landwirtschaft auf Kriegsproduktion und Heereslieferungen eingerichtet. Unter den schwierigsten Voraussetzungen war die Kriegs- auf die Friedenswirtschaft umzustellen. Dank der seltenen Anpassungsfähigkeit unseres Volkes sehen wir unsere Übergangswirtschaft wenigstens zur Not so weit geordnet, daß die Arbeitslosigkeit stetig zurückgegangen ist, und das gelang, obwohl wir niemals auch nur einen größeren Bruchteil unseres Kohlen- und Rohstoffbedarfes decken konnten. Auch daran hat die staatliche Gesetzgebung und Verwaltung einen Teil des Verdienstes. Denn diese Umschaltung wurde vollzogen, nicht durch die brutale Aufopferung der Arbeit an das Kapital, sondern indem zugleich unsere gesamte gewerbliche und industrielle Arbeitsverfassung neu gestaltet wurde. Unser Staatsgesetzblatt enthält die Grundlinien eines Arbeiterrechtes, das die alte absolutistisch

regierte Werkstatt durch die konstitutionelle Fabrik ersetzt hat. Jede neue Arbeitsverfassung braucht, um sich einzuleben, eine bestimmte Zeit, ihre Durchsetzung erzeugt Reibungen, die erst allmählich verschwinden können, nachdem jedermann die Schranken seiner Kompetenz wahrnehmen gelernt hat. Aber wir sind daran, auch diese unvermeidlichen Reibungen, die Geburtswehen unserer neuen Arbeitsverfassung, zu überwinden. Beide Teile, Unternehmer und Arbeiter, müssen lernen, daß die ihnen vorbehaltenen oder eingeräumten Rechte im sozialen Geiste gehandhabt werden müssen und daß kein soziales Recht überspitzt oder mißbraucht werden darf zum Schaden der Gesamtheit. Insbesondere werden auch jene Minderheiten der arbeitenden Klassen, die sich bisher an die neue Ordnung der Dinge nicht gewöhnt haben, begreifen und lernen müssen, daß das Koalitionsrecht, wie alle Rechte des Arbeiters, dazu dienen soll, den wirtschaftlichen Gesamtbetrieb besser und stetiger zu organisieren und nicht zu zerstören. Die große Mehrheit der Arbeiterschaft, das haben die letzten Bewegungen bewiesen, begreift das sehr wohl und wird sich selber vor den Versuch einer verzweifelten Selbstzerfleischung zu bewahren wissen. Auch unsere Unternehmerverbände haben — so weit meine Erfahrungen bei Verhandlungen reichen — sich mit dem Gedanken der Verhandlung von Organisation zu Organisation auf dem Fuße der Parität befreundet und damit beigetragen, den sozialen Frieden zu bewahren. Ich hege nur den einen Wunsch, daß dieser Geist beiderseitiger verständnisvoller Abschätzung der industriellen und sozialen Notwendigkeiten sich vertiefe. In diesem Zeichen wird es uns am ehesten und am raschesten möglich sein, unsere Volkswirtschaft wieder herzustellen. Jedenfalls haben die beiden koalitierten Parteien das Verdienst, für die wirtschaftlichen Daseinsnotwendigkeiten des anderen Verständnis aufgebracht zu haben. Die Vertreter der Arbeiterschaft haben den Notwendigkeiten der Landwirte, die Landwirte den sozialen Notwendigkeiten der Industrie Rechnung zu tragen sich bemüht und dabei in zahlreichen rühmlichen Fällen sich selbst und ihre überlieferten Vorstellungen überwunden, um dem sozialen Frieden zu dienen. So hat die Koalition ein oberstes und unvergängliches Verdienst für unser Volk erworben: Sie hat den Kampf, der hinter allen Hütten und Straßenecken lauerte, den allgemeinen Bürgerkrieg und damit die wirtschaftliche Vernichtung unseres Volkes verhütet! Und dieser Erfolg hat zweifellos das Opfer, das jeder Teil an seinen Idealen zeitweise gebracht hat, gerechtfertigt und reichlich belohnt. Und wenn es mir gestattet ist, von dieser Stelle aus einen Wunsch an beide Parteien in- und außerhalb des Parlaments zu richten, so ist es der eine: Mögen beide Parteien und die von ihnen vertretenen Klassen bis zur endgültigen Überwindung

unserer wirtschaftlichen und staatlichen Not alles anbieten, um unserem Lande dieses äußerste Übel zu ersparen!

Gerne würde ich bei der inneren Politik des Landes verweilen und noch viele einzelne Gesetzgebungswerke und Verwaltungsarbeiten der Koalition anführen, die als zum Teile höchst originelle Schöpfungen für unser Land dauernden Wert haben. Gerne würde ich mich polemisch mit den einzelnen Kritikern auseinandersetzen.

Ich gehe jedoch über zu den auswärtigen Beziehungen der jungen Republik. Frisch, wie am ersten Tage, ist der unstillbare Schmerz unseres Volkes, daß es ihm versagt worden ist, in unserem Muttervolke aufzugehen und somit überhaupt keine andere auswärtige Politik zu haben, als jene unserer ganzen Nation. In diesem Punkte bleibt uns nichts als der Ausweg des Friedensvertrages selbst, der uns freisetzt, an den Völkerbund zu appellieren. Ich setze als gewiß voraus, daß die Nationalversammlung, sobald der Friede ratifiziert ist — und das dürfte Mitte Mai der Fall sein —, allsogleich den Beitritt zum Völkerbund beschließen wird, um das legale Forum für die Vertretung seines Herzenswunsches zu gewinnen. Zur Zeit steht uns nichts frei als die seelische Anteilnahme an den Geschicken des Deutschen Reiches und es gibt niemand in unserem Lande, der diese Geschicke nicht mit jeder Faser seiner Seele teilnehmend verfolgen würde.

Inzwischen haben wir — und darin stimme ich mit Professor Seipel völlig überein — unser Staatswesen so zu nehmen, wie es ist und ihm liebend zu dienen. Unsere auswärtige Politik kann keine andere sein, als zunächst — bis sich ein Weg zur Revision des Friedensvertrages ergibt — den Frieden, den wir unterzeichnet haben, mit bestem Willen im Rahmen unserer Kräfte durchzuführen und dadurch unsere ehemaligen Feinde zu überzeugen, daß das österreichische Volk in seinem innersten Herzen friedliebend ist, und die Versöhnung der Völker mit uns und untereinander wünscht.

In diesem Geiste ist unser Außenamt dem Obersten Räte, der Botschafterkonferenz, der Reparationskommission gegenübergetreten. In diesem Geiste ist eine Abordnung unserer Regierung zu wiederholten Malen nach Paris gegangen und wir glauben, daß die große Nation, deren unvergänglichen geschichtlichen Verdiensten um die bürgerliche Freiheit wir in unseren Einrichtungen nachstreben, sich überzeugt hat, daß wir nichts wollen als den Frieden und das verständnisvolle Zusammenarbeiten der Nationen.

Unser Außenamt hat in dem Entschlusse, eine an Mißverständnissen reiche, zu beiderseitigem Unheile verwirrte Vergangenheit abzuschließen, den Weg

nach Prag eingeschlagen, um die Bahn für eine anders geartete Zukunft zu eröffnen. Die tschechoslowakische Regierung ist uns auf diesem Wege bis zur Schwelle entgegengekommen und das Ergebnis unserer Verhandlungen hat gezeigt, daß trotz der erschütternden Umwälzungen zwischen den beiden Nachbarrepubliken viele gemeinsame Interessen und Aufgaben bestehen. Mit den gleichen Absichten haben wir Verhandlungen mit unserem südöstlichen Nachbarn, dem jugoslawischen Königreich angeknüpft und wollen sie ausdehnen über die nächsten Grenznachbarn hinaus auf das zukunftsreiche Rumänien und das nach langem Leiden glücklich wieder vereinigte und neu erstandene Polen.

Selbstverständlich mußte die junge Republik Österreich von den ersten Tagen ihres Bestandes an den größten Wert auf die Wiederherstellung der normalen Beziehungen zu dem größten unserer fremdnationalen Nachbarstaaten, zu dem Königreiche Italien, legen. Obwohl es einen Teil des alten Habsburgerreiches übernahm, zählte es nicht in die Reihe der erwähnten Nachfolgestaaten, sondern zu den fünf Hauptmächten des Völkerbundes und in den Versuchen, auch in unserem Südwesten Freunde zu gewinnen, war uns darum eine gewisse Zurückhaltung auferlegt. Diese Zurückhaltung war uns auch geboten durch die Ungewißheit des Schicksals unserer Nationsgenossen südlich des Brenner. Um so bereitwilliger und dankbarer begrüßte das Außenamt und mit ihm die gesamte österreichische Öffentlichkeit die hochherzige Einladung des italienischen Ministerpräsidenten Ritti und der italienischen Regierung: es war die erste unter den fünf Hauptmächten des Friedensvertrages, welche, bevor noch der Friedensvertrag ratifiziert ist, uns zur Herstellung unmittelbarer freundschaftlicher Beziehungen einlud in der Absicht, auch die unsichtbare moralische Scheidewand niederzuwerfen, die, obschon die Friedensverträge geschlossen sind, heute noch immer zwischen den Völkern zu stehen scheint. Wir sind der Einladung gerne, wenn auch nicht ohne ein gewisses Bangen gefolgt. Wir haben bei dieser unserer Romfahrt einen Eindruck empfangen, der uns überaus wohl tat. Wir meinten, inmitten unseres südwestlichen Nachbarvolkes weilend, zu merken, daß sich hier ein Neues vorbereitet: Der Friede zwischen den Völkern und nicht bloß zwischen den Regierungen, der Friede nicht bloß auf dem Papier der Verträge, sondern in den Herzen der Völker selbst. Und nur das ist der wahre und endgültige Friede.

Und wir konnten uns diesem Eindruck um so freier hingeben, als die italienische Regierung, wie uns der italienische Ministerpräsident eröffnete, die Absicht kundgab, den Deutschen südlich des Brenner in weitgehendem Maße die nationale Selbstregierung zu gewähren.

Die Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen ergaben die wertvollsten wirtschaftlichen und kommerziellen Vereinbarungen, die der Öffentlichkeit bereits bekannt sind. Wir danken der italienischen Regierung für die neuerliche Bereitwilligkeit, uns Ernährungsausshilfen zu gewähren; wir danken ihr für die erklärte Bereitwilligkeit, an der amerikanischen-englischen Rohstoffaktion sich bis zu einem Betrage von 100 Millionen Lire zu beteiligen, und auf der Konferenz von San Remo als Anwalt unserer politischen und wirtschaftlichen Not für uns einzutreten. Die in Rom begonnenen Verhandlungen und Vereinbarungen sollen durch die beteiligten Ressorts fortgesetzt und ausgebaut werden und das beschlossene Handelsübereinkommen läßt die Hoffnung aufdämmern, daß wir endlich in nicht zu fernere Zeit mit einem europäischen Großstaat zu einem regelmäßigen Handelsvertrage gelangen.

Sicherlich sind durch Ritti in Rom neue Bahnen der europäischen politischen und wirtschaftlichen Wiederaufrichtung eingeschlagen worden und sie sind — wie wir meinen — für ganz Europa von Wert, weil sie bestimmt sind, sich nicht auf zwei Nachbarn zu beschränken, sondern auf das ganze Abendland ausgedehnt zu werden. Wir für unseren Teil wollen den Versuch unternehmen, die gleiche wirtschaftliche Annäherung gegenüber allen unseren Nachbarstaaten zu vollziehen und sind uns dabei von vornherein der Zustimmung der italienischen Regierung gewiß.

Die bisherigen Verhandlungen mit den hohen Mächten, mit Frankreich, Italien und mit unseren Nachbarstaaten, über die hier zu Unrecht skeptisch gerurteilt worden ist, ergeben in wirtschaftlicher Beziehung folgendes Bild: Dank der von den Vereinigten Staaten uns in der großzügigsten Weise verheißenen Mehllieferung von 200.000 Tonnen und dank der im Gang befindlichen Aktion zur Gewährung von Rohstoffkrediten wird unsere Republik bis zum Herbst der allerdringlichsten Sorge um das tägliche Brot enthoben sein. Die Regierung hofft, nach dem Eintreffen der amerikanischen Mehllieferungen bald zur Ausgabe der vollen Mehl- und Brotration übergehen zu können. Sie hofft zugleich durch den Rohstoffkredit in den Besitz der unerläßlichsten Voraussetzungen für unsere Produktion zu gelangen — beides ohne sofort im Auslande Kronen zahlen und unsere Währung weiter gefährden zu müssen. Der Kredit muß zur Hebung unseres Geldwertes und damit zur Gesundung unserer Finanzen beitragen. Wenn sich die Rohstoffaktion verwirklicht, sehen wir zum erstenmal einen Weg ins Freie, zum ersten Mal Licht auf unserem Wege! Endlich wäre es uns vergönnt, an einen schrittweisen Wiederaufstieg zu denken, endlich finden wir die freie Zeit für den Verfassungsbau im Innern. Und also gilt es jetzt, im Innern alle

Kraft zusammenzunehmen, den Kleinmut abzutun, sich aufzuraffen und die dargebotene Hand entschlossen zu ergreifen. Wir sind allen den Männern, die an dieser Kreditaktion mitgearbeitet und den Mächten, die sie eingeleitet haben, fortsetzen und zu einem guten Ende führen wollen, zu dauerndem Danke verpflichtet und statten ihn hiemit ab. Zugleich danken wir den zahlreichen Liebeswerken, welche die neutralen Völker, allen voran die Schweiz, Holland, Schweden und der Heilige Stuhl an unserer Jugend getan haben, danken Amerika und England für das Hilfswerk, das sie in unserem Land organisiert haben, und bitten sie, es fortzusetzen, bis wir die Kraft erlangt haben, für uns selbst zu sorgen. Möge so die Wunden — die der Völkerkrieg und der Völkerhaß geschlagen haben — überall und auf immerdar die Menschenliebe und die Völkerversöhnung heilen! Sicherlich wird unsere Jugend in dankbarer Erinnerung an das, was so viele Nationen für sie geleistet haben, im Geiste der Völkerversöhnung heranwachsen und stets bereit sein, dem Völkerfrieden zu dienen!

Wenn uns diese Hilfsbereitschaft erhalten bleibt und die Rohstoff- und Ernährungssaktion der Mächte gelingt, dann ist zu hoffen, daß die Nationalversammlung ihre zwei großen Hauptaufgaben ruhig wird zu Ende führen können. Bisher hatte sie unter dem täglichen Anprall unausweichlicher Sorgen und in dem täglichen Kampfe ums Brot noch nicht die Möglichkeit, sich diesen Aufgaben mit ganzer Kraft zu widmen. Wir hoffen: Nun kann es anders werden, die konstituierende Nationalversammlung hat dem Land seine finanzielle, wie seine politische Verfassung zu geben. Die eine ist ohne die andere nicht durchführbar und beide Aufgaben müssen gleichen Schrittes gelöst werden: die finanzielle Verfassung des Landes, das heißt die große Vermögensabgabe, die durchgreifende Steuerreform, die Stabilisierung unseres Geldwertes und die Festigung unseres Staatshaushaltes — die politische Verfassung, das ist die Aufrichtung der Republik als freier Bundesstaat, die Einrichtung einer neuen östlichen Schweiz neben der alten, eines Bundes, in dem die Freiheit jedes einzelnen und jedes Landes sich eingliedert in das harmonische kraftvolle Ganze der Nation und des Staates. Wir Alpendeutschen sind tatsächlich ein Volk, Leute eines Stammes und einer Geschichte, eine Schicksalsgemeinschaft. So möge denn die Nationalversammlung diesem Volk ein geräumiges, wohlhohes und wohlgegliedertes Haus erbauen. Dieses Haus wird seine Verfassung sein! Hat die Nationalversammlung dieses ihr zweifaches Lebenswerk verrichtet — und sie hat dazu ausreichend Zeit — dann hat sie ihre Pflicht erfüllt, dann haben die koalitierten Parteien die Aufgabe, die sie sich selbst und ihrer Arbeitsgemeinschaft gestellt haben, tatsächlich gelöst, dann

mögen sie ruhig, jede für sich, vor die Wählerschaft hintreten und ich bin dessen gewiß, daß das Volk ihnen jedes gebrachte Opfer danken und sie mit erneutem Vertrauen lohnen wird. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident **Hausler**: Zum Worte gelangt der nächste Kontraredner, Herr Abgeordneter Dr. Schönbauer.

Abgeordneter Dr. **Schönbauer**: Hohe Nationalversammlung! Der Herr Staatskanzler Dr. Renner ist ein ganz besonders glücklicher Mensch. So oft er von einer Reise zurückkommt und so oft er in diesem Hause die Koalition zu verteidigen hat, immer wird man an das biblische Wort erinnert: „Und er sprach: es ist gut.“ Es ist nur schade, daß die Allgemeinheit, daß die Bevölkerung und daß auch die Regierungsparteien, deren Wortführer hier gestern gesprochen haben, nicht ganz derselben Ansicht zu sein scheinen. Der Herr Staatskanzler Dr. Renner hat uns, der Großdeutschen Vereinigung, heute das Lob zuerkannt, daß wir keine faktische Opposition treiben und ich glaube, dieses Lob ist wirklich voll verdient. Denn die gestrige Erörterung unseres Staatshaushaltes bot ein etwas merkwürdiges Bild. Während die Vertreter der Oppositionspartei, der Großdeutschen Vereinigung, in voller Sachlichkeit, ohne auch nur die Parteipolitik zu streifen, über das Staatsproblem und über die Staatswirtschaft und deren Zukunft sprachen, waren es die Herren Vertreter der beiden Regierungsparteien, die sich etwas unsanft gegeneinander aussprachen, die gegeneinander in ziemlich scharfem Tone losgegangen sind, so daß ein unbefangener Zuhörer, der von den inneren Verhältnissen dieses Staates nicht unterrichtet ist, kaum auf den Gedanken gekommen wäre, daß das die Vertreter der zwei in so „schöner Eintracht“ lebenden Regierungsparteien sind, daß das die friedliche Eintracht ist, die heute der Staatskanzler Dr. Renner mit so schönen Worten geschildert hat. Sie müssen mir aber verzeihen, wenn ich die Zusammenstöße der Koalitionsparteien in diesem Hause nicht allzu ernst nehme. Vor einem Jahre hätte ich es vielleicht noch getan, aber in diesem Jahre habe ich so oftmals gesehen, wie Sie hier gegeneinander gedonnert haben, wie Sie hier gegeneinander mit den größten Geschützen aufgefahren sind, und siehe da! Einige Wochen später, saßen sie wieder friedlich beisammen, wenn es galt, die Macht in diesem Staate mit Ausschluß von Dritten zu verteilen.

Und deshalb verzeihen Sie, wenn wir der Ansicht sind, daß es im wesentlichen taktische Erwägungen sind, die Sie hier zu parlamentarischen Kämpfen veranlassen, daß es die Frage ist, ob

vielleicht in absehbarer Zeit Wahlen kommen könnten, und daß jede von den beiden Parteien, die sich nun seit mehr als einem Jahre in dem parlamentarischen Kuhhandel glänzend geschult haben, immer bestrebt ist, die andere Koalitionspartei zu übervorteilen. Ein Mensch, der als Historiker dieses letzte Jahr zu beurteilen hat, wird sich sagen müssen, daß jede der zwei Koalitionsparteien von Anfang an schon bei Eingehen der Koalition bestrebt war, den anderen Teil hineinzulegen, und wenn wir ein Urteil fällen, so müssen wir sagen, daß es bis jetzt den Christlichsozialen gelungen ist, in der Hauptsache den anderen Teil hineinzulegen. Sie waren mindestens seit mehr als einem Jahre taktisch der angreifende Teil und die Sozialdemokraten waren in der Verteidigung. Den Sozialdemokraten ist dazu noch zugute gekommen, daß uns in diesem Winter unser Herrgott ein überaus mildes Wetter geschenkt hat. Wäre es anders gekommen, dann wäre wahrscheinlich in diesem Hause von der sozialdemokratischen Regierung heute überhaupt nichts mehr zu sehen. Jetzt aber sagen sich nach meiner Überzeugung die Sozialdemokraten, wie aus der letzten Rede sowohl des Herrn Staatskanzlers, wie der anderen Parteiführer hervorgegangen ist: wenn schon in absehbarer Zeit Wahlkämpfe stattfinden sollen, dann noch vor Einbruch des Winters, am besten im Herbst.

Von diesem Gesichtspunkt aus, weil sie jedenfalls darauf ausgehen, für ihre Partei eine möglichst gute Plattform für die Neuwahlen zu schaffen, aus diesem Gesichtspunkte beurteilen wir die Reden, die hier von den Koalitionsparteien gehalten werden. Wir haben es erst vor kurzer Zeit erlebt, daß Sie hier mit großer Heftigkeit gegeneinander losgegangen sind. Es war in der Wehrreform. Die Öffentlichkeit hat gemeint, es handle sich um unüberbrückbare Gegensätze und wenige Wochen später saßen Sie wieder friedlich beisammen und haben auch in der Wehrreform die Macht verteilt. Solange es Ihnen möglich ist, es mit Ausschluß von Dritten zu tun, solange sind Sie einig. Und wenn der Herr Staatskanzler heute die Koalition eine Opfergemeinschaft genannt hat, so muß man schon fragen: aus welchen Taschen sind denn die Opfer für diese Koalition gebracht worden? Die Opfergemeinschaft scheint mir mehr aktiver Natur gewesen zu sein, als daß Sie aus eigenen Taschen große Opfer gebracht hätten.

Wir wollen aber auf die innerpolitischen Streitigkeiten, wie gesagt, kein großes Gewicht legen. Unsere bisherigen Redner haben dies ja deutlich betont. Das, was man dem Herrn Staatskanzler auch bei seiner heutigen Rede wieder vorwerfen muß, ist sein Optimismus, der das Ausland und die Öffentlichkeit dazu verführen muß, das Problem unseres Staates, das Gesamtproblem, zu verkennen oder nicht richtig, nicht in seinem vollen

Ernst, in seiner fürchterlichen Tragik zu begreifen. (Zustimmung.) Unsere Bevölkerung muß nach solchen Reden immer wieder zur Überzeugung kommen, es handle sich nur um Regierungsmethoden, es handle sich nur um einzelne Regierungsmaßnahmen, es handle sich nur darum, wie sich die Parteien untereinander vertragen, ob der Koalitionsausschuß besser funktionieren soll oder nicht. Nein! Das Problem geht doch viel tiefer und ich glaube, es wäre Sache der Regierung und des Herrn Staatskanzlers, so oft er von seinen Reisen zurückkommt, so oft er hier im Hause das Wort ergreift, eindringlich dem Auslande und unserer Bevölkerung den Ernst der Lage vor Augen zu führen, eindringlich zu sagen, daß dieser Staat nicht lebensfähig ist, selbst wenn wir alle einig wären, selbst wenn es gar keine Parteipolitik gäbe. Aber so treten immer die rein parteipolitischen Fragen sowie auch jetzt in unserer Budgetdebatte allein hervor und erzeugen einen ganz falschen Schein.

Die Herren Sozialdemokraten beschwerten sich darüber, daß man in der Öffentlichkeit unsere Lage so vielfach unrichtig beurteilt, daß man die Schwere unserer wirtschaftlichen Bedingungen und die Unmöglichkeit unserer Existenz nicht anerkennt, sondern glaubt, die Schwierigkeiten seien bösem Willen zuzuschreiben. Ich muß aber sagen, sie haben selbst mit daran Schuld, und gerade der Herr Staatskanzler Dr. Renner, bei allen seinen hervorragenden Eigenschaften, die ich neidlos anerkennen muß, hat nach meiner Meinung einen großen Teil dieser Schuld auf sich geladen, weil er die innerpolitischen, die parteipolitischen, die Verwaltungsprobleme in den Vordergrund rückt, während für absehbare Zeit für diesen Staat eben das gesamte Staatsproblem in den Vordergrund zu stellen wäre.

Wenn die Not in diesem Staate, wie auch aus dem Budgetberichte hervorgeht, außerordentlich groß ist, wenn der Geldwert so tief gesunken ist, wenn wir in einer ernsten Krise, und zwar in einer fortdauernden Krise leben, dann interessiert uns als Opposition, als Vertreter jenes Teiles der Bevölkerung, die in der Regierung nicht vertreten ist, vor allem ein klares Regierungsprogramm für die Zukunft. Wir vermissen noch immer eine Antwort auf die Frage, wie Sie uns aus diesem Zustande hinausführen wollen. Wir hören vorläufig nur sehr allgemeine Redensarten und Optimismus, der nach unserer Meinung nicht am Platze ist. Bei unserem Herrn Staatskanzler Dr. Renner bin ich diesen Optimismus gewohnt, — sehr gewundert hat es mich aber, daß auch der Herr Berichterstatter Dr. Bauer in seinem Berichte nun zu einem Optimismus überzugehen scheint, der nach meiner Meinung ebensowenig am Platze ist. — Es wurde ja auch in dem mündlichen Berichte rühmend hervorgehoben, daß es uns gelungen ist, den Aus-

verkauf hintanzuhalten, daß nun die Preise bei uns im Inlande ebenso hoch sind, daß der Ausländer eher über zu hohe Preise klagt, als daß er noch in Versuchung käme, von hier Waren zu Schleuderpreisen fortzutragen. Da muß man sich schon fragen: „Ist es denn ein Verdienst daß es so gekommen ist?“ Ich halte das im Gegenteile für eine höchst bedauerliche Tatsache; dieser Stillstand des Ausverkaufes ist uns nur gegen Opferung eines großen Teiles des Volksvermögens gelungen, mit der unglückseligen Parole von der Annäherung an die Weltmarktpreise haben wir nichts anderes gezeigt, als daß wir jede Hoffnung aufgeben, daß sich unser Geldwert im Auslande oder Inlande noch einmal wesentlich erhöhen könnte. Daß wir heute so hohe Preise haben, bietet uns auch gar keinen Vorteil dem Auslande gegenüber. In normalen Zeiten würde das den Import fördern. Aber wie könnte heute dieser Import aussehen? Was eingeführt wird, könnte nur gegen Barzahlung hereinkommen, gegen Kronen; nach Papierkronen strebt aber das Ausland nicht. Daher käme wieder nur der Export von Waren in Betracht, denn man kann dem Auslande gegenüber in letzter Linie doch immer wieder nur mit Waren zahlen. Der einzige Vorteil, der allenfalls zu erringen wäre und den auch Herr Dr. Bauer hervorgehoben hat, wäre der, daß im Inlande getrachtet würde, entsprechend dem höheren Kurse unserer Krone die Warenpreise herabzusetzen. Dabei verkennt er aber meines Erachtens eines: Die Lebensmittel, die eingeführt worden sind, sind im wesentlichen von staatlichen Zentralstellen eingeführt, sie wurden ganz von Staats wegen verteilt und daher kommt dieser Gesichtspunkt für die staatlichen Stellen kaum in Betracht. Ich glaube nicht, daß ein Vertreter einer Regierungspartei gegenüber der Regierung den Vorwurf erheben will, daß sie die Preise der Lebensmittel oder der anderen Waren, die sie liefert, zu hoch stellt. Was aber die Einfuhr von Rohstoffen oder von fertigen Waren betrifft, so müssen wir uns zweierlei vor Augen halten: erstens, daß im Auslande die Preise noch beständig steigen, was mit der Minderproduktion und dem Begehren der Arbeiterklasse nach einem größeren Teile des Gesamteinkommens zusammenfällt, und zweitens, daß unterdessen die Rohstoffe, die in das Inland eingeführt werden, hier zu einer Zeit verarbeitet werden, wo die Löhne und Gehälter gegenüber der früheren Zeit schon bedeutend gestiegen sind. Daher ist die Hoffnung auf eine behördliche Herabsetzung der Preise im Inlande nach meiner Überzeugung eine ganz trügerische. Übrig bleibt also am Schlusse die dauernde Schädigung unseres Volksvermögens; denn wirtschaftlich betrachtet, leben wir jetzt von den Ersparnissen der Vergangenheit und zehren auf Kosten der Zukunft. Unsere eigene Volkswirtschaft wird von Tag zu Tag güter-

ärmer und die Folge der hohen Preise im Inlande ist nur die, daß der Export stillgestanden ist und daß er noch heute stille steht.

Was wird aber die Folge sein? Daß in absehbarer Zeit wieder ein Kronenexport in größeren Mengen wird kommen müssen und dann geht der Tanz von Neuem los, ganz abgesehen davon, daß wir wissen, daß diese Hebung des Kurses leider nur durch eine Intervention gelungen ist, über deren Wirkungsmöglichkeit und Dauer wir noch nicht unterrichtet sind. Wenn Sie also jetzt mit Genugtuung feststellen, daß die Preise im Inlande so hoch sind, so bekennen Sie nur, daß Sie unfähig gewesen sind, der schweren Gefahr der Entgitterung, die mit dem beständigen Sinken unserer Krone hereinbrach, auf andere Weise beizukommen als durch dieses automatische Gehenslassen, obwohl das eine schwere Gefahr für unsere Volkswirtschaft bringen mußte. Es ist Ihnen nicht gelungen, die Ausfuhr in wirklich wirkungsvoller Weise zu kontrollieren, zu beschränken und Exportabgaben durchzuführen. Es ist Ihnen nicht gelungen, weil die staatliche Autorität auf ein Minimum herabgesunken ist, weil die Verordnungen der Regierung heute zum größten Teil bereits nur auf dem Papiere stehen. Ich glaube also nicht, daß die Regierungsparteien Anlaß haben, sich dieses Erfolges zu rühmen.

Für uns bleibt aber, wie gesagt, von beiden Regierungsparteien die Frage unbeantwortet: Mit welchen Mitteln hoffen Sie, das Volk, diesen Staat in der nächsten Zeit über Wasser zu halten? Mit welchen Mitteln wollen Sie es ermöglichen, daß Sie das Volk halbwegs erträglich ernähren, kleiden und ihm Wohnung verschaffen können? Auf diese Frage habe ich noch keine klare Antwort gehört (*Sehr richtig!*), weder von der sozialdemokratischen, noch von der christlichsozialen Partei. Und trotzdem sagen uns beide Parteien in ihren Wählerversammlungen: die heutige Koalition ist nur ein Notbehelf, wir hoffen, daß Ihr, unsere lieben Wähler, bei der nächsten Wahl klüger sein und nur uns allein wählen werdet; dann werden wir — sagen die Sozialdemokraten — allein regieren; dasselbe sagen ihrerseits auch die Christlichsozialen. Ich glaube natürlich daran nicht, daß, wenn Neuwahlen kommen werden, eine der Parteien in absehbarer Zeit allein zur Herrschaft kommen wird. Vor allem ist es aber für mich unverständlich, daß Sie, die die Herrschaft Ihrer Partei in der Zukunft proklamieren, absolut noch kein klares Regierungsprogramm für diese Zeit entwerfen, denn bis jetzt habe ich wenigstens noch keines gehört.

Wie furchtbar die Lage unseres Staates eben ist, muß immer wieder, insbesondere gegenüber dem Auslande aufs neue betont werden. Dem drohenden Defizit, dem Abgange in unserem Staatshaushalte beizukommen, erscheint als ein fast aussichtsloses

Beginnen. Der Herr Hauptberichterstatter Doktor Bauer empfiehlt die alten Maßregeln, die wir schon so oft gehört haben: Ersparungen und neue Steuern. Wenn er aber bei den Ersparungen hauptsächlich an die Ersparungen des Personalaufwandes denkt und zur selben Zeit die Vermögensabgabe und eine große Anzahl neuer direkter Steuern befürwortet, so muß ich sagen, beides zusammen ist unmöglich; heute verfügt die Finanzverwaltung bereits vollständig, denn heute ist es so, daß in jeder Steueradministration noch die Vorschriften der früheren Jahre liegen, daß wir, wenn wir auf die Steueradministration hinkommen, merken, daß dort kein Beamter sich in dem Buxte, in dem Berge von Akten zurecht findet, die sich dort angehäuft haben.

Die Finanzverwaltung leidet heute an einem großen Personalmangel und nun wollen Sie in diesem Jahre die Veranlagung der Vermögensabgabe und die Veranlagung der neuen direkten Steuern, insbesondere der erneuerten Einkommensteuer durchführen. Dazu brauchen Sie ein ganz großes Heer von Beamten und es ist nach unserer Überzeugung ganz falsch gewesen, daß Sie sich des Abbanes der Beamenschaft rühmen, daß Sie das Pensionsbegünstigungsgesetz sowie das Militär- und Offiziersabbangegesetz gemacht haben, ohne in geringsten zu überlegen, ob Sie diese bereits im Staatsdienste stehenden Kräfte zu anderen Aufgaben hätten überleiten können, insbesondere für Zwecke der Finanzverwaltung. Und wenn es Ihnen auch gelingt, die Steuervorschriften für die Vermögensabgabe usw. zu machen, denken Sie dann nicht daran, daß Sie einem passiven Widerstande des Volkes gegenüberstehen werden, daß die Steuerbehörden ein ungeheures schweres Arbeiten haben werden? Wenn Sie die Einkommensteuer mit 3000 K beginnen wollen, so besagt das, daß tatsächlich jeder Mensch, mindestens jeder berufstätige Mensch darunterfällt. Denken Sie nicht daran, daß dann wenige Beamte der Volksgesamtheit gegenüberstehen werden, daß da von einer Einbringlichkeit so gut wie keine Rede sein kann.

Hier zeigt sich eben die Verfehltheit Ihrer Finanzpolitik. Noch vor einem Jahr, als der Geldwert noch ein anderer war, wäre es möglich gewesen, erfolgreich mit der Vermögensabgabe, mit neuen Einnahmen einzugreifen. Da hätte selbst die Festsetzung der Einkommensteuer vielleicht auf 3000 oder 10.000 K noch Aussicht auf Erfolg bei der Durchführung gehabt. Sie haben aber den alten Dr. Steinwender als einen vertrottelten Fiskalisten beschimpft, jedoch aus Ihren beiden Parteien absolut keine Kraft aufgebracht, um nur einigermaßen in unseren Staatshaushalt, in unsere Geldwirtschaft Ordnung zu bringen. Heute ist es, wie unser Kollege Kraft festgestellt hat, zu unserem größten Bedauern

so, daß die Vermögensabgabe nur einen kleinen Beihelf, nur ein ganz kurzes Weiterkretzen bewirken kann, statt den Zweck zu erfüllen, der im § 1 des Gesetzes über die Vermögensabgabe angegeben ist, unseren Geldwert zu heben.

Was wird Ihnen insgedessen übrig bleiben? Sie werden wieder, ob Sie wollen oder nicht, neue Noten ausgeben müssen. Nun bin ich nicht der Überzeugung, daß die neuen Noten, die Vermehrung der Noten allein, das gesamte Unheil darstellt, denn selbst den Fall angenommen — er ist natürlich ganz unmöglich —, es gelänge Ihnen, so viele Ersparungen und so viele neue Einnahmen zu erzielen, daß Sie ohne die Notenpresse auskommen könnten, so bliebe noch immer in seiner vollen Schwere das Problem: wie wollen Sie unsere Bevölkerung so weit ernähren, daß sie nicht direkt verhungert, daß sie doch halbwegs bei Kräften bleibt, um arbeiten zu können? Wie wollen Sie die nötigen Kleider beschaffen.

Wie wollen Sie die Gebäude wieder herichten lassen und wie wollen Sie unsere Wohnungen wieder in Stand setzen lassen? Das alles ist durch die fünf Jahre der Kriegsentbehrungen in einen höchst elenden Zustand geraten. Sie müssen eben bedenken, daß es selbst bei Einstellung der Notenpresse und Abschöpfung der höheren Einkommen durch Steuern und Vermögensabgabe — was uns da immer in Aussicht gestellt wird — uns höchstens gelingen könnte, überflüssige Luxusausgaben zu vermeiden, die Bevölkerung zu zwingen, keine solchen Ausgaben zu machen. Es bleiben aber dann trotzdem die unerläßlichen Bedürfnisse und die sind nicht gedeckt. Das ist das Problem auch für die Zukunft und ich höre von unserem Staatskanzler so gut wie gar nichts darüber, wie er sich die Sache im nächsten Jahr, insbesondere im nächsten Winter vorstellt. Wir haben bis jetzt von den Ersparnissen der Vergangenheit gezehrt. Alles, was wir noch hatten, ist langsam darauf gegangen; und was bleibt noch übrig? Sie hoffen auf den Kredit vom Ausland, insbesondere auf den Rohstoffkredit und auf den Kohlenkredit, um unsere Industrie in Tätigkeit zu setzen; und dann soll in diesem Staat ein Industrieexport einsetzen, wie wir seinesgleichen in der Weltgeschichte noch nicht gesehen haben. Das ist eine ganz falsche Ansicht. Wir müssen uns immer und immer wieder ins Gedächtnis zurückerufen, daß dieses Wirtschaftsgebiet, das man jetzt in grausamster Weise von einem natürlichen Wirtschaftskörper, vom Deutschen Reich abgespalten gelassen hat oder dessen Vereinigung mit diesem Wirtschaftskörper man verhindert hat, daß diese sogenannte Republik Österreich niemals von der eigenen Produktion allein lebte und auch in absehbarer Zeit nicht davon wird leben können. Es müßte dazu eine vollständige Umstellung der Produktion, eine Um-

stellung der Industrie eintreten; das erfordert aber Jahrzehnte. Dazu kommt noch, daß diese Umstellung hier in einem Augenblicke vor sich gehen soll, wo wir nach einem fünfjährigem Krieg aller Güter, aller Industriewaren vollkommen entblößt sind. Wären wir zum Beispiel im Jahre 1913 vor diese Trennung des Wirtschaftsgebietes gestellt gewesen, so wäre der Neubau eine außerordentlich schwierige Aufgabe für die Staatenlenker gewesen. Er hätte zur Folge gehabt, daß dieser Staat sich in den nächsten Jahren unweigerlich schwer an das Ausland hätte verschulden müssen. So aber kommt als große Verschärfung noch hinzu, daß zur selben Zeit unsere Bevölkerung einen Warenhunger hat, wie er eben nur verständlich ist nach sechs Jahren, während welcher so gut wie nichts in mittleren Haushaltungen angeschafft werden konnte. Es muß daher damit gerechnet werden, daß jede Industrie zunächst den Inlandsbedarf halbwegs decken muß und damit gehen schon fast die gesamten Erzeugnisse der heimischen Industrie auf. Schon jetzt sehen wir immer deutlicher, daß sich die gesamte Bevölkerung, insbesondere aber die Arbeiterschaft, gegen einen großen Export stemmt. Wenn ich zum Beispiel nur den Papierexport nehme, so müßten wir, volkswirtschaftlich betrachtet, so viel Papier als nur möglich ersparen und ins Ausland exportieren. Zu gleicher Zeit wehren sich aber insbesondere die Arbeiter des Druckereigewerbes mit aller Macht dagegen, daß exportiert wird, solange nicht das inländische Gewerbe vollauf mit Rohstoffen versorgt ist.

Und wenn Sie Stahlwaren in großen Mengen exportieren, wird eben der Inlandsbedarf nicht genügend gedeckt sein und eine allgemeine Unzufriedenheit wird dann entstehen, ganz abgesehen davon, daß die landwirtschaftliche Produktion darunter schwer leiden muß. Wir haben ganz wenige Industrien in diesem Staate, die von vorneherein schon Exportindustrien sind, die unbedingt exportieren müssen, weil sie auch nach Deckung des Inlandsbedarfes noch sehr viel Ware übrig haben. Es kommen hier überhaupt nur einige wenige Industrien in Betracht, vielleicht die Automobilindustrie, die Holzindustrie, die Möbel-, die Lokomotivenindustrie und die Sensenindustrie. Wir müssen aber bedenken, daß wir zu gleicher Zeit selbst fertige industrielle Waren in großer Menge einführen müssen. Denken Sie vor allem an unsere Bekleidung. Unsere Textilindustrie ist ja so schlecht bestellt, daß wir zwar genug Spindeln haben, um unseren Bedarf zu decken, nicht aber genug Webereien, daß wir in unserer Leinenindustrie, in den Leinen-, Baumwoll-, Schafwollwaren so gut wie ganz an das Ausland angewiesen sind, ebenso in Glas und anderen Sachen.

Was ist die Folge? Die Folge ist die, daß man einen Vergleich mit dem Deutschen Reiche

nicht ziehen darf. Das Deutsche Reich ist mit seiner Industrie von vorneherein auf den Export abgestellt. Wenn es auch den Inlandskonsum mit Industrieartikeln vollaus deckt, bleibt noch immer genug für die Exportindustrie und die reichsdeutsche Industrie ist darauf angewiesen. Das ist ein grundlegender Unterschied gegenüber unserer Wirtschaft und das kommt offiziell in unseren amtlichen Reden so gut wie gar nicht zum Ausdruck. Nun bliebe als Heilmittel — und daran denken Sie scheinbar — die ausländische Hilfe übrig. Und dieser ausländischen Hilfe sollen die Reisen des Staatskanzlers dienen.

Wir haben heute wieder einen Bericht über eine solche ausländische Reise gehört und wieder war der Herr Staatskanzler in der glücklichen Lage, zu sagen: „Es war sehr schön, es hat mich sehr gefreut, es war wirklich einzigartig.“ Das sind Ausdrücke, Worte und Urteile, die wir schon bei früheren Anlässen gehört haben. Dieser Optimismus hat aber leider in der Praxis, bei der Durchführung der Ergebnisse etwas anders ausgesehen. Wenn der Herr Staatskanzler auf Reisen geht, so haben wir, wie schon unser Präsident Dr. Dinghofer gesagt hat, nichts dagegen. Aber es muß doch andererseits hervorgehoben werden, daß, je öfter der Staatskanzler selbst ins Ausland fährt, desto weniger Gewicht auf eine solche Auslandsreise gelegt wird und daß es, wenn er heute immer mit Bettelreisen, mit Bittfahrten selbst in eigener Person in eine andere Hauptstadt fährt, das letzte Mittel, das größte Regieaufgebot ist, um Erfolg zu erzielen und daß man diese Reisen nicht beliebig wiederholen kann, ohne sie zu völliger Bedeutungslosigkeit herabzudrücken.

Nun glaube ich, daß gerade die Romreise nicht bedeutungslos ist. Es ist aber etwas stark verschleiert, wie der Herr Staatskanzler darüber berichtet. Ich finde es begreiflich, daß er sich gerade als Staatssekretär des Außern in einem Staate, der so abhängig ist wie der unsere, das heißt, der eben überhaupt nichts zu reden hat, in der auswärtigen Politik, sehr vorsichtig ausdrückt. Aber in Wirklichkeit ist die Romreise vom ausländischen Standpunkt, aber auch für den ruhig denkenden Historiker nichts anderes als eine Kurschwankung gewesen. Denn wenn der Herr Staatskanzler seit Oktober erklärt hat, er sei nach Westen orientiert, so war damit selbstverständlich und nach den Umständen, die dabei in Betracht kamen, ein französischer Kurs gemeint! Und ganz im Sinne des französischen Kurses war auch noch die Prager Reise. Der Herr Staatskanzler ist damals im Dezember voll Bewunderung für Clemenceau zurückgekommen, er hat mit der Prager Reise diese Politik fortgesetzt. Unter dessen mußte er sich aber seither überzeugen, daß er auf das falsche Pferd gewettet hatte, daß

sofort nach seiner Rückkehr sich die Weltlage zu entwickeln begann, wie sie sich entwickeln mußte, daß eben Frankreich mehr in den Hintergrund gedrängt wurde (*Sehr richtig!*), weil es sich zu Tode gesiegt hat und heute nur im Siegestaumel dies nicht sehen will, daß in diesen wenigen Monaten das Schwergewicht auf Amerika und England übergegangen ist. Und weil eben zugleich in den letzten Monaten die Entfremdung zwischen Italien und Frankreich immer größere Dimensionen angenommen hat — so daß sie nun in ihrer Schärfe an die Zeiten von Crispi erinnert, als dieser sich Bismarck näherte, weil diese Verschärfung so gestiegen ist, daß zum Beispiel, wie mir neulich erzählt wurde, ein reichsdeutscher Journalist in Italien tüchtig verprügelt wurde, weil er französisch gesprochen hat, ist infolge dieser Entfremdung zwischen den beiden „lateinischen Schwestern“ eine neue Lage für die auswärtige Politik entstanden.

Damals, vor 1883, war es ganz ähnlich. Italien fühlte sich isoliert. Es war bei seiner langen Küstenerstreckung auf den Schutz der Mittelmeerinteressen angewiesen und sah gerade für seine Mittelmeerpolitik in Frankreich seinen schärfsten Gegner. Es suchte daher Anlehnung einerseits bei England mit seiner Seemacht und andererseits beim Deutschen Reiche. Und nicht anders ist die heutige italienische Politik, ist die Einladung an unseren Staatskanzler zu beurteilen. Um unseres Staates willen braucht sich heute wirklich kein Staat irgendwie zu bemühen, denn dieses unglückliche Gebilde, diese sogenannte Republik Österreich, wird in der auswärtigen Politik wirklich nicht viel zu reden haben. Aber wir stellen die natürliche Vermittlung mit unseren Brüdern im Deutschen Reiche dar und für Italien kann der Weg nach Norden zum Deutschen Reiche nur über Deutschösterreich gehen. Und diesem Bestreben Italiens, das sich heute in einer mißlichen Lage sieht, sich von Frankreich zurückgestoßen fühlt, von der lateinischen Schwester, die es immer wieder daran erinnert, daß die Existenz des selbständigen Italien eigentlich nur Frankreich zu verdanken sei, diesem Bestreben Italiens nach Fühlungnahme mit England und nach der alten Fühlungnahme mit Reichsdeutschland ist meines Erachtens vor allem die italienische Einladung zu verdanken.

Es ist aber auch klar, daß diese Einladung, diese deutschfreundliche italienische Politik nicht möglich wäre, ohne daß England wenigstens inoffiziell damit einverstanden wäre. Die größte Schwäche des Dreibundes ist es ja gewesen, daß er nicht über eine genügende Seemacht verfügte, um Italien mit seiner langen Küstenausdehnung zu schützen. Das war der wunde Punkt und daran schon mußte der Dreibund, was Italien betrifft, scheitern, ganz abgesehen von den anderen Ursachen.

die noch hinzukamen. Auch heute ist, darüber müssen wir uns vollkommen klar sein, Italien nach wie vor durchaus auf das Wohlwollen Englands angewiesen und es kann keine Politik machen, die sich gegen England richtet. Weil aber eben zu gleicher Zeit eine Entfremdung zwischen England und Frankreich Platz greifen mußte, da Frankreich die Grenzen seiner Macht nicht erkennen will, sondern noch immer davon träumt, daß es, das glorreiche Frankreich, den Weltkrieg gewonnen hat und demgemäß die erste Macht auf Erden sein müsse, darum war es auch für unseren Staat einfach unmöglich, die Politik weiter zu betreiben, die der Herr Staatskanzler Dr. Renner seit Oktober eingeschlagen hatte, die sich ganz falsch nach Frankreich orientierte und darauf ausging, gemäß dem Rat oder Befehl Frankreichs sich mit Tschechien und Jugoslawien in ein möglichst enges Bündnis zu begeben. *(Schr. richtig!)*

Wir sagen also: Die ausländische Hilfe, die wir uns von diesen Besuchen unseres Staatskanzlers im Ausland versprechen, kann immer nur eine Nothilfe sein. Dies ist wiederum eine Tatsache, die bei uns so häufig verkannt wird. Man gibt sich noch immer der Hoffnung hin, daß ein Kredit, den der Herr Staatskanzler eines schönen Tages von einer seiner vielen Reisen nach Hause bringt, uns dauernd gerettet hat, daß wir diesen Kredit nur anzulegen brauchen, ihn nur in Arbeit umsetzen müssen, und die Geschichte geht dann von selbst glänzend weiter.

Das ist der schwerste Fehler und das ist der Optimismus, den ich verurteile. Denn an und für sich bin ich vollkommen der Überzeugung: Pessimismus, Verzweiflung, Kleinmut wäre auch in unserem Falle durchaus nicht am Platze. Für uns Großdeutsche liegt die Sache so: Wir glauben nicht, wie ich schon einmal gesagt habe, daß dieser Staat aus eigener Kraft in absehbarer Zeit für seine Bewohnerschaft Lebensfähigkeit, Existenzmöglichkeit wird bieten können. Dies ist nur möglich unter dauernder ausländischer Hilfe.

Es muß dem Ausland immer wieder vorgehalten werden: Was ihr euch da eingebracht habt mit diesem selbständigen Österreich, das überseht ihr heute noch gar nicht, ihr seid heute auch noch, wie ein großer Teil unseres Volkes, der Meinung, mit einem Kredit sei uns geholfen. Das ist ein Irrtum, das ist ein Märchen. Wenn wir heute auch einen bedeutenden Kredit bekommen, ist es nur eine Notaushilfe und nach verhältnismäßig kurzer Zeit müssen wir den alliierten Mächten wieder sagen: Wir sind fertig mit dem Kredit, wir haben aber noch nicht die Möglichkeit, aus der eigenen Produktion zu leben, weil ihr uns eben verurteilt habt zu glorreicher „Unabhängigkeit“ in

einem Staatswesen, das nach seiner Zusammenfassung ganz unnatürlich ist.

Für uns ist also die Aufgabe nicht die, mit diesem Schiff, das an und für sich schon leck ist, in das schon Wasser in immer größerer Menge einströmt, auf hohe See, in den Ozean hinaus zu segeln und eine große Fahrt zu machen. Für uns lautet die Aufgabe nur, dieses Schiff, das schon leck ist, mit allen Mitteln in den Heimatshafen zu führen.

Wir müssen heute eine Verzweigungsarbeit leisten, wir müssen beständig Wasser ausschöpfen, damit dieses Schiff nicht vorzeitig sinke, bevor es uns möglich ist, in den heimatischen Hafen zu gelangen. Und das kann nur Reichsdeutschland sein. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Und die weitere Aufgabe ist für uns die, daß wir nicht allein Wasser ausschöpfen müssen, um nicht vorzeitig zu versinken, sondern wir müssen immer wieder die Notflagge hissen und Notsignale geben, damit irgendein uns freundlich gesinntes anderes Schiff komme, um es uns zu ermöglichen, in den heimatischen Hafen geführt zu werden. Für uns ist also die Frage nur die: Wie können wir dieses Gemeinwesen mit den geringsten Schwierigkeiten so einrichten, daß die Not, die uns droht, bevor wir zum natürlichen Anschluß an das Deutsche Reich kommen, bis dahin nicht allzugroß wird, daß unser Volk nicht ganz verhungert und nicht in vollständig demoralisiertem Zustand ist, wenn der günstige Augenblick zum Anschluß einmal kommt.

Denn unser Bestreben muß es sein, von diesem deutschen Boden und von diesem deutschen Stamme, der aus dem großen Volkskörper genommen ist — waren es doch Bayern und Franken, die dieses Land besiedelt haben —, so viel als möglich für das ganze Volk zu retten. Das ist die einzige Aufgabe dieses Staates.

Wir haben aber — ich muß es wieder sagen — von den beiden Regierungsparteien viel zu wenig darüber gehört, wie sie sich die Durchführung dieser Aufgabe denken, wie sie die Schwierigkeiten bannen wollen, wie sie uns wenigstens über die Übergangsjahre hinüber retten wollen. Wir sehen im Innern nicht einen Aufstiege, sondern unbeschadet unserer Not eher eine Verwilderung. Und wenn der Herr Staatskanzler erklärt hat, daß sich alles, der Abbau der Kriegswirtschaft, der Abbau der Berufsmilitärpersonen, der Abbau der Gewaltzustände in reibungsloser Weise vollzogen hat, so muß ich sagen, da sind weite Volksschichten in unserem Staate einer anderen Meinung. Weite Kreise unseres Volkes — und das beste Beispiel haben ja gerade die Ausführungen der Koalitionsredner von der christlichsozialen Partei geboten — sind nicht dieser Ansicht, daß unser Staat aus einem

Gewaltstaat, aus einem Obrigkeitsstaat ein Rechtsstaat geworden ist, sondern sie sind der Meinung, daß sich nur die Macht nach links verschoben hat, daß aber die Zustände, was Gewalt und Willkür betrifft, um kein Haar besser geworden sind als sie früher waren. Es gehört schon — sagen wir — ein gewisses Maß von Schönfärberei dazu, wenn man heute dem Volke wirklich weismachen will, bei uns ist alles gut und schön, wir haben die Arbeitslosigkeit gebannt und haben alles in schöne Ordnung gebracht. Die Arbeitslosigkeit hat man nur auf dem Papier gebannt, indem man den Betrieben kraft Gesetzes aufgetragen hat, einen großen Teil der Arbeiter, zuletzt 15 Prozent, neu einzustellen. Wenn aber nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen nur so viele Arbeiter in die Betriebe eingestellt würden, als die Aufarbeitung des Rohmaterials erfordert, dann gäbe es ein solches Heer von Arbeitslosen, daß es geradezu fürchterlich wäre. Was ändert sich denn daran volkswirtschaftlich, daß wir scheinbar diese Arbeitslosigkeit abgebaut haben, wenn eben aus anderen Vorräten der Vergangenheit und nicht aus staatlichen Vorräten gezehrt wird?

Wir sehen aber leider auch, daß es den Sozialdemokraten nicht gelungen ist, den Arbeitern neue Wege zu weisen, auch nicht bei der Sozialisierung, von der sie sich so viel versprochen haben. Denn betrachten wir die Arbeiterschaft in den sozialisierten Betrieben! Haben Sie das Gefühl, daß die Arbeiter dort glücklicher sind, oder hören Sie von ihnen Äußerungen, daß sie jetzt vollauf zufrieden sind, da die Betriebe doch der Allgemeinheit, sagen wir, dem Staate gehören und sie eine weitgehende Selbstverwaltung besitzen? Nein! Dieselbe Unzufriedenheit oder eine noch ärgere herrscht auch in diesen sozialisierten Betrieben. Und was für mich das Allerbetrüblichste ist, Sie haben — glaube ich — immer bei der Sozialisierung vergessen, daß es die grundlegende Bedingung für eine Sozialisierung ist, die Arbeiter auch seelisch, psychologisch dafür vorzubereiten. Heute aber ist es so, daß die Arbeiterschaft von ihren freigewählten Führern, von ihren eigenen Führern im Betriebe mit Worten spricht, die keineswegs darauf schließen lassen, daß sie mit ihnen zufrieden sind. Ganz allgemein hört man das merkwürdige Wort: „Stehlen tuns alle“ und das geht soweit, daß sich dieses Mißtrauen gegen die eigenen Führer auch auf den Politiker überträgt, daß es selbst vor unserem Staatsoberhaupt nicht Halt macht, eine unglückliche Eigenschaft unseres süddeutschen Stammes, glaube ich, überhaupt, die aber in dieser Zeit in vermehrtem Maße zum Ausdruck kommt. Das ist für mich das Allerbetrüblichste und daran wird, glaube ich, jede Sozialisierung in absehbarer Zeit scheitern, daß die Arbeiter psychologisch für eine Sozialisierung gar nicht vorbereitet sind, daß sie die Sozialisierung

als Syndikalismus auffassen, daß sie ganz einfach sagen, der Betrieb gehört uns und zwar nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen. Ich würde mich gar nicht wundern, wenn wir eines schönen Tages lesen würden, die Angestellten eines sozialisierten Betriebes haben beschlossen, diesen Betrieb zu verkaufen. (Heiterkeit.) So wird die Sozialisierung auch auf dem Lande aufgefaßt, die Sozialisierung des Großgrundbesitzes ist immer dahin verstanden worden, daß die Forste dann nicht der Allgemeinheit gehören und ihr zugutekommen sollen, sondern jeder hat sich den Baum oder das Stück Wald ausgesucht, das er bekommen will. Es war eine Enteignung gemeint, aber nicht zu dem Zwecke, um das enteignete Gut der Allgemeinheit dauernd zuzuführen, sondern im Gegenteil, man dachte immer daran, seine eigene privatwirtschaftliche Macht zu vergrößern, sein Eigentum zu vermehren oder eines zu schaffen, wo keines vorhanden war.

Der zweite große Fehler scheint mir der zu sein, daß es den Führern der Arbeiterschaft, daß es der Sozialdemokratie nicht gelungen ist, das Wort vom Aufstieg der Tüchtigen auch nur einigermaßen in die Tat umzusetzen. Der Aufstieg der Tüchtigen ist sicherlich das, was alle begrüßen, die eines guten Willens sind. Wer wie ich in seiner Jugend die Freude erlebt hat, wie belebend und aneifernd der Aufstieg wirkt, wird vom Herzen wünschen, daß es in jedem Staate möglichst vielen Personen gegönnt wäre, den Aufstieg zu erringen. Aber heute vollzieht sich dieser sogenannte Aufstieg in anderen Formen. Sie suchen nicht, den einzelnen Begabten, Tüchtigen emporzuheben, sondern Sie heben ganze Schichten der untersten Klassen empor, indem Sie die oberen herabdrücken. Mit anderen Worten: Sie machen es dem Arbeiter nicht möglich, zu einem Standesbewußtsein zu kommen, Sie geben ihm nicht die Möglichkeit, auf Grund eigener individueller Tüchtigkeit zu einem kleinen selbständigen Unternehmer zu werden, sich weiter emporzuarbeiten. Sie sagen nicht: Du bist so viel wert als der Unternehmer, sondern Sie sagen: Der Gauner, dieser Unternehmer, ist auch nicht mehr wert als du. (Zustimmung.) Dieses psychologische Vorgehen gegenüber der Arbeiterschaft ist der schwerste Fehler, den man dem heutigen System vorwerfen muß.

Für uns großdeutsch Gesinnte ergibt sich also bei der Budgetberatung eine einfache Folgerung. Ob Vertrauen zu dieser Regierung oder nicht, ob Vertrauen zu diesem System oder nicht, für uns ist die Antwort nicht schwer. Der gestrige Tag hat sie uns wieder ganz außerordentlich leicht gemacht. Wenn die beiden Koalitionsparteien zueinander gar kein Vertrauen haben, dann werden Sie es uns verzeihen, wenn wir zur Vereinigung dieser zwei Koalitionsparteien auch kein Vertrauen haben. (Heiterkeit und Zustimmung.) Unsere Stellung

gegenüber dem Budget ist daher einfach. Aber ich möchte doch wieder betonen, daß wir weit davon entfernt sind, eine Opposition in dem gewöhnlichen Sinne zu sein, weil wir glauben, die Zeit ist nicht darnach beschaffen. Wir alle streben nichts anderes an als die Hebung der Wohlfahrt des Volkes auf diesem deutschen Grund und Boden und weil wir der Überzeugung sind, daß gerade ein Aufwärtkommen, eine Erhaltung der Volkskraft nur möglich ist durch die Erhaltung der ländlichen Volkskraft, deswegen weisen wir auch immer darauf hin, daß heute dort der Schwerpunkt ruht. Wir sind aber nicht so blind, um die Not der städtischen Bevölkerung zu verkennen. Gerade die unabhängigen Bauernblünde haben in der allerletzten Zeit wieder gezeigt, daß sie der Not der Kinder, der Not der großstädtischen Bevölkerung mit größtem Verständnis und Wohlwollen gegenüberstehen. Aber wir sagen uns: Der Aufbau unserer Wirtschaft, unseres Volkes kann auch in diesem Staate nicht in der Weise geschehen, daß wir das gesunde Landvolk herunterdrücken und ruinieren, wenn die städtische Bevölkerung ruiniert ist, sondern wir müssen das Gesunde gesund erhalten und müssen weiterbauen auf dem gesunden Körper. Wenn Sie uns zu solcher Arbeit aufrufen werden, so werden Sie uns immer finden. Unser Appell an Sie, meine Herren von den Regierungsparteien, ist der Ruf, der heute immer stärker in der Bevölkerung ertönt: Denken Sie weniger an Ihre Parteien, denken Sie mehr an das gesamte Volk! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Heilrufe!)*

Präsident **Hausler**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Goldemund; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Jng. Dr. **Goldemund**: Hohes Haus! Ehe ich meine Absicht, über die wirtschaftlichen Probleme des Wiederaufbaues unseres Staates zu sprechen, erfülle, muß ich doch auf einen gewissen Gegensatz hinweisen, der zwischen dem Optimismus unseres Herrn Staatskanzlers und der Meinung der Bevölkerung besteht. Der Herr Staatskanzler hat irgendwo, ich glaube in Graz, in einer Rede bemerkt, daß wir uns schon in einem Aufstiege befinden, daß die Arbeitslosigkeit im Abnehmen begriffen ist, daß wir uns also tatsächlich langsam emporringen. Nun, dieser Glaube ist wohl nach der Meinung des größten Teiles der Bevölkerung ein viel zu optimistischer. Es hat vielleicht die Zahl der Arbeitslosen abgenommen, aber nicht die Arbeitslosigkeit, denn mehr oder minder ist die Zahl der Arbeitslosen ja nur dadurch vermindert worden, daß sie in die Betriebe eingeteilt worden sind; aber die Arbeitslosigkeit ist geblieben, denn in den Betrieben wird eben nicht im vollen

Umfange gearbeitet. Es ist aber die Meinung des größten Teiles aller Wissenden, die mit der Industrie, dem Gewerbe und dem Handel zu tun haben, daß nun, nachdem der Ausverkauf unseres Landes aufgehört hat, nachdem der Ausverkaufsummel, der die Entgüterung unseres Landes in so reichem Maße verursacht hat, zu Ende ist, eine große Arbeitslosigkeit in der allernächsten Zeit eintreten wird und sehr ernste Männer, die dieses Problem genau verfolgen, hegen für die nächsten Monate in diesem Belange die größten Befürchtungen. *(Sehr richtig!)*

Der Herr Staatskanzler hat in seinen Ausführungen hervorgehoben, daß sein Bestreben dahingeht, das Vertrauen in unsere Volkswirtschaft zu heben. Nun, unsere Volkswirtschaft ist ja vor dem Kriege sehr gesund gewesen, unsere Industrie ist vorzüglich geleitet gewesen, wir können also in dieser Hinsicht das Vertrauen nach wie vor in Anspruch nehmen. Ich glaube aber, es ist viel wichtiger, daß wir das Vertrauen in unsere politische Verwaltung gewinnen, das leider nicht in dem Umfange vorhanden ist, als wir es brauchen würden, um tatsächlich aus dieser Notlage, in der wir uns befinden, glatt herauskommen zu können. Wir können mit eigenen Mitteln nicht emporkommen. Auch die Reisen unseres Herrn Staatskanzlers zeigen uns ja, daß wir auf die Hilfe der Fremden angewiesen sind. Diese Hilfe allein kann uns aus den ungünstigen Verhältnissen emporhelfen, in die wir geraten sind. Aber das fremde Kapital verhält sich gegen uns merkwürdig und übereinstimmend ablehnend und das ist jedenfalls ein Zeichen — nicht des mangelnden Vertrauens in unsere Wirtschaftsfähigkeit, in unsere Industrie, sondern des mangelnden Vertrauens in unsere Verwaltung. Man erhält überall, man möge zusammenkommen, mit wem man will, eine diesbezügliche Mitteilung, die auf das mangelnde Vertrauen in unsere politische Verwaltung hinweist.

Ich möchte nur ein kleines Beispiel hier anführen. In einem Zeitpunkte, in dem die Gruppe Morgan Abgesandte nach Deutschösterreich und nach Tschecho-Slowakien schickt, um die Verhältnisse daselbst zu studieren, zeigt unsere Staatsregierung und die sozialdemokratische Partei, daß sie ihre Organisationen gar nicht in der Hand hat, die just in diesem Zeitpunkte durch die Vorbereitungen für den Streik der industriellen Bediensteten und durch die Vorbereitungen, beziehungsweise durch das Eintreten des Eisenbahnerstreiks der Morgangruppe sozusagen einen Empfang veranstalten. *(Sehr richtig!)* Wie sehr uns das geschadet hat, das werden wir erst später fühlen. Die Tschecho-Slowaken sind gewiß nicht so unschlau wie wir. Sie lesen heute in den Zeitungen, daß die Kohlenproduktion in Ostra in hohem Maße gestiegen ist. Das ist natürlich eine Sache, die auf die Morgan-

Leute und die ganzen fremdländischen Kapitalisten einwirken soll. Dort ist Ordnung, hier sind überall Streiks. Ihre Parteileitung hat die Fähigkeit verloren, den Streik, der ja in einen wilden ausgeartet ist und der auch von der linken Seite des Hauses mit Recht verurteilt wird, zu vermeiden, und gerade der Umstand, daß die Parteiverhältnisse so geworden sind, daß man die Leute nicht mehr in der Hand hat, das ist ja dasjenige, was uns um alles Vertrauen bringt. So glaube ich denn, daß wir in diesen Dingen einen anderen Weg einschlagen müssen, um wieder aufzubauen und unsere Wirtschaft ins Gleiche zu bringen. Wir haben etwas zu viel organisiert, wir haben sehr viel in sozialer Gesetzgebung gearbeitet — ich glaube, es kann uns kein Staat in dieser Beziehung nachkommen. Wir haben in diesen Fragen zu viel geleistet, vielleicht zum Schaden der Sache. Wir haben die individuelle Freiheit außerordentlich ausgebildet, sie vielleicht zu sehr in den Vordergrund gestellt. Wir hätten eher unser haufälliges Gebäude rasch notdürftig instand setzen sollen, als uns durchaus einzubilden, wir müßten ein ganz neues Haus für unsere Wirtschaft aufbauen; in diesem rasch hergestellten, haufälligen Hause hätten wir unsere Wirtschaft zweifellos rascher in Gang setzen können.

Wir verkennen aber auch, daß wir eigentlich fast nur mehr ein einziges Nationalvermögen besitzen, das ist unsere Arbeit, wir machen davon nicht den notwendigen und nützlichen Gebrauch. Wir haben mit der Schaffung des Achstundentages vielleicht doch nicht denjenigen glücklichen Weg eingeschlagen, der zum Wiederaufbau eines zusammengebrochenen Wirtschaftsstaates führt. In Deutschland regen sich schon überall die Bestrebungen und das Verständnis für die Lösung der Frage und die Arbeiterschaft geht dort schon auf den Akkordlohn ein. Das ist ein ungeheurer Vorteil, denn durch die Einführung der Akkordarbeit ist es tatsächlich möglich, eine 40prozentige Erhöhung der Arbeitsleistung zu erreichen. Das wird auch bei uns notwendig sein. Ich sage nicht, daß wir die Gesetze, die wir beschlossen haben, ändern sollen, aber wir müssen auf alle arbeitenden Stände einwirken, damit sie die Schäden einsehen, die dadurch entstanden sind, daß wir unsere Arbeitsfähigkeit in dieser künstlichen Weise beschränken. Eigentlich ist es doch mehr oder weniger eine dogmatische Auffassung, wenn man sagt, man dürfe nur acht Stunden arbeiten, müsse acht Stunden ruhen und acht Stunden der Erholung und Ausbildung widmen. Diese etwas dogmatische Auffassung billigen selbst jene Kreise, die selbst lange bei der Arbeit gestanden sind, nicht. Es ist mehr ein physiologisches Problem, das hier zur Lösung kommen soll; es ist die Frage, ob wir tatsächlich nicht länger arbeiten können oder welche Arbeit verkürzt werden muß. Daß man aber hier

uniform alles gleich behandelt, daß man eine Normalisierung in diesem Sinne einführt, das, glaube ich, wird sich auf die Dauer nicht halten können. Es wird notwendig sein, daß wir in dieser Hinsicht unsere Auffassung grundstürzend ändern.

Nun möchte ich zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft selbst kommen, der ja unerlässlich ist, wenn wir noch weiter leben wollen. Dieser Wiederaufbau unserer Industrie, unseres Gewerbes und unseres Handels muß wohl in zwei verschiedenen Richtungen erfolgen, sozusagen in zwei Stappen. Einerseits ist natürlich eine rasche Belebung der jetzigen Betätigungsmöglichkeit nötig, damit wir über die nächste Zeit hinwegkommen, damit wir rasch jene ausgiebige Beschäftigung finden, die für die Lebensführung unseres Staates unerlässlich ist. In dieser Hinsicht ist gewiß anzuerkennen, daß unser Staatskanzler auf seinen Reisen durch das Auffuchen von Verbindungen sehr bestrebt ist, diesen Wiederaufbau, dieses Ingangsetzen zu fördern. Es ist nur vielleicht ein wenig optimistisch, zu glauben, daß damit alles getan ist. Manchmal habe ich die Empfindung, als ob der Herr Staatskanzler schon einen Strohalm, den man ihm hinhält, als eine Rettung ansehen würde.

Wir hoffen ja alle, daß natürlich auch die italienische Reise uns Positives bringt. Wenn sie uns Rohstoffkredite verschaffen wird, werden sie doch nur für einen ganz kleinen Zeitraum ausreichen und wir werden in kürzester Frist wieder dort stehen, wo wir heute sind. Es werden also wieder die schwierigsten Verhältnisse für uns kommen. Heute haben wir ja positivere Angaben und beruhigendere Mitteilungen über den Rohstoffkredit gehört. Was wir bis jetzt aus den Zeitungen lesen konnten, war ungeheuer wenig. Wir haben nur gehört, daß wir unsere Waren nach Triest schicken dürfen, obwohl die Triester Angelegenheit die Italiener wahrscheinlich noch mehr interessiert als uns, denn Triest bricht ohne unseren Handel sicherlich zusammen. Wir haben weiters in der Zeitung gelesen, daß wir Pelaggio erhalten werden. Das sind gewiß wertvolle Errungenschaften, aber eine besondere Gelegenheit zum Aufbau der Wirtschaft werden wir damit unmöglich finden. Ich meine, daß diese Bestrebungen auf Gewinnung fremder Hilfe fortgesetzt werden müssen, aber ich würde es im Interesse des Wiederaufbaues und der weiteren Erhaltung unseres Landes wünschen, daß die Erfolge intensivere seien als bisher.

Ich habe nun einige besondere Wünsche vorzubringen, deren Erfüllung notwendig ist, um das wirtschaftliche Leben in allernächster Zeit wieder in Gang zu bringen. Ich möchte kurz die Förderung der Rohöltransporte hervorheben. Es ist ganz unmöglich, sich auf Kohle allein stützen zu wollen, es

ist unerlässlich, daß wir der Lösung unserer Heizfrage, beziehungsweise der Frage der Heizung der Kessel mit Kohöl, nähertreten. Nun ist aber ganz merkwürdigerweise in der letzten Zeit gerade die Kohöllieferung aus Polen vollständig ausgeblieben. Es ist hier gestern von der unbegreiflichen Nachlässigkeit des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten bei der Sachdemobilisierung gesprochen und erwähnt worden, daß so und so viele Helme hinausgeführt worden sind.

Vielleicht hängt die Einstellung dieser Transporte auch damit zusammen. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkte, daß mir 40.000 Helme, die hinausgehen, nicht sehr wertvoll erscheinen, wenn ich dafür Kohle oder Kohöl bekomme. *(Zustimmung.)* Diese Rohstoffe sind für den Wiederaufbau in jeder Hinsicht notwendig, während ich diese Helme, nachdem wir doch ein Staat sind, der nach der Meinung aller Mitglieder der Nationalversammlung den Frieden halten will, überhaupt nicht für notwendig halte. *(Abgeordneter Leuthner: Ungarn hat doch weder Kohöl noch Kohle!)* Ich weiß nicht, ob die Helme nach Ungarn gegangen sind, aber die Einstellung der Transporte von Polen stören mich momentan sehr. Die Steigerung unserer eigenen Kohलगewinnung ist natürlich auch eines der wichtigsten Momente, das wir in allernächster Zeit mit aller Kraft betreiben müssen, damit wir über die nächste Zeit hinwegkommen. Die Nuzbarmachung des Torfes ist ebenfalls eine Frage, die in der Nationalversammlung schon einmal angeschnitten worden ist, ich glaube jedoch aus vielen sachlichen Mitteilungen entnommen zu haben, daß in dieser Hinsicht doch noch nicht so viel geschehen ist, als in Deutschösterreich tatsächlich geschehen könnte, um wenigstens dieses Brennmaterial nutzbringend verwerten zu können. Ich lenke aber die Aufmerksamkeit des hohen Hauses ganz besonders auf einen Bericht der Handelskammer von Niederösterreich — es ist der Bericht Nr. 21 — und möchte die hohe Staatsregierung bitten, sich den dort zum Ausdruck gebrachten Wunsch sehr zu Herzen zu nehmen. Es sind Erzeugungsbetriebe für hochwertige Waren vorhanden, welche eine besondere Belieferung mit Kohle ermöglichen würden, wenn man ihnen bewilligte, daß sie Lieferungsverträge mit Amerika, Kanada oder mit englischen Firmen abschließen. Sie wollen 120.000 und selbst 130.000 K pro Waggon bezahlen. Das ist aber nur möglich, wenn sie tatsächlich über den Kohlenhöchstpreis einkaufen dürfen und wenn sich die Staatsregierung ihnen gegenüber verpflichtet, daß sie entweder keine Beschlagnahme dieser hochbezahlten Kohle vornimmt oder daß sie, wenn schon im äußersten Notfalle, zum Beispiel, wenn irgendwo ein lebensnotwendiger Betrieb stehen bleiben müßte, diese Beschlagnahme doch durchführen muß, dann zumindest diese beschlagnahmte Kohle

im vollen Werte ersetzt. Diese Erzeugungsbetriebe für hochwertige Ware erscheinen wohl der Unterstützung würdig und ich glaube, daß die hohe Staatsregierung in diesem Falle von allfälligen administrativen Bedenken unter allen Umständen absehen sollte.

Im übrigen glaube ich aber, daß wir den Wiederaufbau oder die Inangabezung unserer Betriebe auch dadurch wesentlich fördern könnten, daß wir tatsächlich möglichst wenig neue Verordnungen und Gesetze für dieselben erlassen und die private Initiative unserer Industriellen nicht weiterhin beschränken. Sie selbst sind rührig und suchen alle Wege und werden auch Wege finden, aber sie werden durch manche der Verordnungen, die da so schnell hinausgegeben und durch manche Gesetze, die da so schnell beschlossen werden, tatsächlich gestört.

Das ist so der Übergang für die allernächste Zeit; wir kommen aber mit einer solchen Inbetriebsetzung allein für die Zukunft aus unseren Verhältnissen nicht heraus. In diesem Belange müssen wir eine gründliche Überführung unserer Verhältnisse in die neue Zeit ins Auge fassen und durchführen. Wir dürfen nicht verkennen, daß uns neue Konkurrenzen erwachsen, welche uns zwingen werden, vollständig neue Produktionsmethoden einzuschlagen. Die neuen Staaten Mitteleuropas, die sich aus der alten Monarchie gebildet haben, wollen sich ja alle industrialisieren; man sieht die Bestrebungen deutlich und es wird uns daraus eine ungeheure Konkurrenz erwachsen. Diese neuen Staaten werden natürlich ihre Bodenschätze, die sie besitzen, weil sie sich industrialisieren wollen, nur mit Widerwillen mit uns teilen. Es erwächst uns aber auch aus der Konkurrenz der Weststaaten eine neue Konkurrenz, die wir nie besessen haben, denn die Weststaaten richten sich ja, wie wir sehen, in diesem Mittel- und Osteuropa gewöhnlich ein und tun dies zweifellos nur deshalb, um sich neue Absatzgebiete zu schaffen. Es ist ganz gewiß auffällig, daß England die Schifffahrt auf der Donau sozusagen monopolisieren will. Es ist kein Geheimnis, daß Verhandlungen mit der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft stattfinden, und ich glaube, auch unsere Staatsregierung verhandelt oder hat wegen der Süddeutschen Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft schon fast zu Ende verhandelt, deren Aktien in unserem Portefeuille sich befanden. Auch diese Gesellschaft wird also in die Hände der Engländer übergehen. Nun, nur zu dem Zwecke, um unsere Ausfuhrerzeugnisse auf den Weltmarkt zu bringen, wird England nicht die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft und die Süddeutsche erwerben wollen, es wird also zweifellos einen heftigen Wettbewerb mit seiner Einfuhr in unser Land und in unsere früheren Absatzgebiete einzuleiten versuchen.

Aber auch Deutschland wird, solange wir nicht mit ihm verbunden sind, solange wir nicht in dessen Staatsverband übergegangen sind, uns eine sehr schwere Konkurrenz bereiten müssen, denn infolge der ungeheuren Lasten des Versailler Friedens, welcher auf Deutschland lastet und ihm die ganze Handelsflotte geraubt hat, wird natürlich auch Deutschland neue Absatzgebiete suchen müssen, insbesondere in Rußland, Polen, Galizien, Rumänien, ja vielleicht sogar in Ungarn und es ist nicht ausgeschlossen, daß wir in diesem Belange auch auf unsere deutschen Freunde stoßen werden.

Gegenüber solchen Konkurrenzen müssen wir also für den Betrieb unserer industriellen Wirtschaft ganz neue Wege einschlagen und ich sehe leider bei uns gar keine Anlässe und Vorsorgen, während ich aus Deutschland außerordentlich erfreuliche Berichte empfangen, aus denen man ersieht, daß eine gewaltige Betätigung, ein gewaltiges Bestreben vorhanden ist, um sich auf die neuen Verhältnisse umzubauen und für die Zukunft in industrieller Hinsicht neue Erfolge zu ermöglichen. In diesen Belangen muß also die Wettbewerbsfähigkeit neu geschaffen werden, denn für Massengüter oder Massenindustrieartikel, wie sie früher erzeugt worden sind, wird weder Deutschland noch Österreich künftig einen Absatz finden können, sondern sie werden von Amerika oder England in reichem Maße eingeführt werden. Wir müssen also tatsächlich eine Produktion suchen, die uns die Möglichkeit bietet, Absatz zu finden, trotz des Wettbewerbes der Amerikaner und Engländer. Wir müssen vorwiegend zur Qualitätsarbeit übergehen, zur Beredlungsarbeit im höchsten Stile; um dies aber zu ermöglichen, müssen auch neue Arbeitsmethoden erforscht werden, müssen neue Versuche und Untersuchungen angestellt werden, um den rationellsten Weg zu finden, wie dies möglich ist. Da möchte ich auf die hervorragenden Arbeiten hinweisen, die in Deutschland diesbezüglich stattfinden und die wir uns nutzbar machen müssen.

Ich habe Gelegenheit gehabt, vor kurzer Zeit über diese Arbeiten einen Bericht des Ingenieurs Helmich entgegenzunehmen. Es sind in Deutschland außerordentliche Studien eingeleitet worden und Ingenieure, Staat und Industrie arbeiten einhellig zusammen in dem Bestreben, ihre Produktionskraft wieder herzustellen, beziehungsweise zu heben. Es sind Studien eingeleitet worden über die weitestgehende Verbilligung der Erzeugung, über sparsame Wärmewirtschaft — ein Kapitel, welches schon für Deutschland ungeheuer wichtig ist, noch viel mehr aber für uns, da wir ja ein ungeheuer kohlenarmes Land sind und jede Tonne Kohle, die wir ersparen können, tatsächlich ein außerordentlicher Gewinn für uns ist. Unsere Betriebe sind ebenso wie die deutschen Betriebe vielfach in dieser Hinsicht nicht

auf der Höhe der technischen Forderung und wir können tatsächlich durch eine rationelle Überprüfung der verschiedenen Betriebe zu einer sparsameren Wärmewirtschaft gelangen, als sie derzeit besteht. Es wird aber auch hinsichtlich der Förderung wissenschaftlicher Betriebsführung außerordentliches geleistet. Es sind Kommissionen eingesetzt, die tatsächlich schon erhebliche Resultate aufzuweisen haben. Die Betriebsführung muß verbessert werden, sie muß sozusagen raffiniert werden; sie muß die wissenschaftlichen Errungenschaften bis ins letzte Detail auszunützen versuchen, um unter günstigeren Verhältnissen in den Wettbewerb eintreten zu können als nach den jetzigen Arbeitsmethoden. Die Stichworte von der Normalisierung und Typisierung sind ja allgemein bekannt. Das sind auch Etappen auf dem Wege, den Deutschland einschlägt, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Es sind eigene Forschungsstellen eingerichtet worden für Kohlenverwertung und für rationelle Ausnutzung der Wärme, nicht zu verwechseln mit unserer Kohlenkommission oder wie sie heißt, die sehr unseligen Ungedenkens ist und nicht das leistet, was wir wünschen würden. Es sind aber auch Forschungsstellen für Metalle und für Erze eingerichtet worden, um für die Metallgewinnung aus Erzen neue Ideen zu schaffen. Das Taylorsystem wird für die heimischen deutschen Verhältnisse eingerichtet und es zeigt sich der merkwürdige Umstand, daß selbst die kommunistischen Arbeiter in Deutschland der Sache so viel Verständnis entgegenbringen, daß sie keinen Widerstand leisten und sich nicht alterzieren, wenn man zum Zwecke der Prüfung dieser Methoden mit einer Stoppuhr ihre Arbeit kontrolliert und auf Grund der Ergebnisse neue Methoden ausfindig macht und neue Betriebsverhältnisse einzurichten sucht. Wie schon erwähnt, ist also ein einheitliches Streben der Regierung, der Ingenieure und der Industrie vorhanden, sie sind fieberhaft tätig und arbeiten in großzügigster Weise mit den Mitteln der Wissenschaft und der forschenden Technik, um ihre Position am Weltmarkt wieder zu gewinnen und durch neue Erzeugungsmethoden und neue Erzeugnisse auf den Platz zu treten.

Aber nicht nur Deutschland zeigt dieses Bestreben, sondern auch bei den Siegerstaaten zeigen sich ganz gleiche Erscheinungen. England hat eine Million Pfund Sterling für das technische Versuchswesen gewidmet, um seine Wirtschaft in Ordnung zu bringen und um seinerseits wieder den Wettbewerb mit Amerika günstiger aufnehmen zu können.

Und wir? Was haben wir in dieser Sache bis jetzt geleistet? Eigentlich erschreckend wenig. Wir haben ein Jahr der Stagnation hinter uns, wir haben nicht einmal eine Sammlung der Geister in diesem Belange vorgenommen, um uns endlich auch an die Arbeit zu machen und in ähnlichem

Sinne zu wirken, wie dies in Deutschland der Fall ist. Es gibt einzelne Arbeiten, gute, lobenswerte Einzelarbeiten in Österreich, sie sind gewiß anzuerkennen, aber eine Zusammenfassung und die Führung fehlt und die Erkenntnis in der Staatsregierung, daß man in dieser Hinsicht nicht alles der Privatinitiative überlassen dürfe, während man sie in anderer Hinsicht vielfach leider sehr beeinträchtigt und einschränkt. Wir haben den Nachteil einer früheren Vernachlässigung unseres Versuchswesens und unserer Industrieförderung schwer zu tragen. Es ist im alten Österreich herzlich wenig geschehen, das Verständnis für technisch-wirtschaftliche Fragen hat vollständig gefehlt und es ist nur zu wünschen oder vielmehr es ist unbedingt notwendig, daß es im neuen Staate Platz greife.

Wir haben ein rühriges und gut-geleitetes Versuchsamt. Aber was kann es leisten? Es leidet unter einem unerhörten Dotationsmangel, es ist ganz ausgeschlossen, daß mit den Summen, die zur Verfügung stehen, etwas großartiges eingeleitet werden kann. Unsere naturwissenschaftliche Forschung an den Hochschulen liegt im Argen. Wir haben nicht einmal genug Versuchslaboratorien für die Studenten, noch viel weniger Arbeitslaboratorien für die fertigen Ingenieure und Chemiker, die dort ihre Forschungen beginnen könnten. Im Budget sind für alle diese Dinge natürlich sehr sparsame Beträge eingesetzt. Ich glaube aber, daß mit dieser Ersparungsmethode in der Zukunft wird gebrochen werden müssen, denn es ist unerlässlich, daß für diese Zwecke das Geld aufgebracht werde, und der nächste Voranschlag muß auch in diesen Belangen anders aussehen.

Wir müssen unbedingt den gleichen Weg gehen wie Deutschland und müssen uns auch die deutschen Studien zunutze machen. Es liegen ganz bestimmte Versicherungen vor, daß Deutschland bereit ist, all die Studien, die es bisher gemacht hat, uns gerne zur Verfügung zu stellen. Es fürchtet unsere Konkurrenz durchaus nicht, es will uns vielmehr heben und emporbringen. Wir müssen also jene Qualitäts- und Veredlungsarbeit aufsuchen und finden und jene Unterlage dafür schaffen, die allein uns befähigt, daß wir in Zukunft in Wettbewerb mit den übrigen Industriestaaten treten. Wir müssen damit eine kraftvolle technische Entwicklung einleiten und dauernd so weit führen, daß sie aufrecht bleiben kann. Wenn wir erwägen, daß kaum die Hälfte unserer Bevölkerung von unserer Bodenproduktion ernährt werden kann, so muß doch für die übrige Hälfte der Bevölkerung durch werktätige gut bezahlte Arbeit vorgesorgt werden und da ist tatsächlich nur die gute Qualitätsarbeit und die Veredlungsarbeit in Betracht zu ziehen, wo wenig Rohstoffe, aber sehr viel Arbeitszeit notwendig ist; denn für sie ist die Bezahlung am höchsten, außerdem entbindet uns

eine solche Methode aber auch der großen Schwierigkeit der übermäßigen Rohstoffbeschaffung. Wenn wir also nicht auf diese Veredlungs- und Qualitätsarbeit übergehen, so sehe ich, der ich wohl bis zu einem gewissen Grade zum Optimismus neige, aber nicht in dem Maße wie der Herr Staatskanzler, voraus, daß viele unserer Bewohner entweder verhungern oder auswandern müssen.

Eine weitere große Aufgabe, die wir zu lösen haben, ist die Frage des Kohlenersatzes. Ohne Kraft keine Arbeit, ohne Kraft kein Leben in einem Industriestaate. Und derzeit sind wir durch unsere unglücklichen Verhältnisse, dadurch, daß wir gar keine ausgiebigen Kohlenlager besitzen, in eine fast unhaltbare Lage gelangt. Unser Bedarf an Kohle ist, nach den Friedensverhältnissen berechnet, etwa 120 bis 150 Millionen Meterzentner pro Jahr. Davon verbrauchen die Staatsbahnen allein 31 Millionen Meterzentner, Wien 24 Millionen Meterzentner, also ungeheure Ziffern, die zeigen, daß Wien und die Bahnen eigentlich mehr als die Hälfte des ganzen Konsums verbrauchen, und daß der Sitz der industriellen Betätigung doch vorwiegend in Wien ist. Wien braucht im Durchschnitt 657 Waggons täglich, im Winter sogar 1200 Waggons, ungeheure Mengen, und wie sollen wir sie decken, da wir nur eine ganz geringe Gewinnung im eigenen Lande besitzen? Unsere Produktion wird bei scharfer Anspannung unserer Tätigkeit auf etwa 30 Millionen Meterzentner alljährlich geschätzt werden können. Diese 30 Millionen Meterzentner können wir aber nicht fortgesetzt von dem in unserem Lande geologisch vorkommenden Vorrat abschöpfen, denn dieser Vorrat ist so gering, daß, wenn wir unseren gesamten Kohlenbedarf, also die 120 Millionen Meterzentner daraus decken wollten, wir diese Vorräte bereits in 15 Jahren erschöpft hätten. Wenn wir aber sparsam und, wie es jetzt geschieht, mit Zuhilfenahme fremdländischer Kohle wirtschaften, so können wir etwa 60 Jahre damit auskommen. Dann aber stehen wir kohlenlos da. Wenn wir nun erwägen, daß die derzeitigen Preise der Kohle loco Nordbahn 128,5 K pro 100 Kilogramm betragen, so ergibt sich, daß wir bei vollem Betrieb und bei einer Einfuhr von 90 bis 120 Millionen Meterzentner, alljährlich 11,5 bis 15,4 Milliarden Kronen für Kohle ins Ausland schicken müssen. Heute schicken wir nicht soviel hinaus; wir können es auch nicht, denn man gibt uns nicht soviel Kohle, aber mit dem Kohlenquantum, mit dem wir uns heute beschränken, geht es ja in Zukunft auf die Dauer keinesfalls. Wir müssen also für die bisher verwendete Kohle Ersatz suchen, denn sonst ist eine Produktion ausgeschlossen.

Man könnte vielleicht bemerken, Deutsch-österreich sei ein holzreiches Land und man möge

vielleicht einen Teil der Kohle durch Holz ersetzen. Nun, das wäre eine Illusion, die man sich von vornherein aus dem Kopf schlagen muß, abgesehen davon, daß Holz für vielerlei Betriebe als Heizmittel natürlich gar nicht verwendbar wäre. Ich will Ihnen nur einige Ziffern nennen, um Ihnen die Unmöglichkeit dieser Lösung vor Augen zu führen. Wien würde bloß für die Wohnungsbeheizung über 60.000 Festmeter Holz täglich brauchen. Und nach einer Aufstellung, die Professor Marchet von der Hochschule für Bodenkultur gemacht hat, kann man aus einem Hektar Wald zirka 400 Festmeter rechnen. Wenn wir nun den ganzen Wienerwald in Betracht ziehen, so würde er bei der Holzbelieferung für Wien in 2040 Tagen vollständig verschwunden sein. Es ist also mit einer solchen Versorgung mit Holz nicht einmal für den Hausbrand zu rechnen, viel weniger für andere Bedürfnisse.

Auch Deutschland wird uns nicht helfen können, denn am 17. April d. J. war im „New Courant“ zu lesen, daß die Entente auf Ersuchen Frankreichs Deutschland untersagt habe, Steinkohle nach dem Auslande zu liefern, solange nicht die verabredete Menge an Frankreich geliefert ist. Nun ist diese Menge, die Deutschland an Frankreich zu liefern hat, so ungeheuer, daß der Moment gewiß nicht so schnell eintreten wird, daß Frankreich befriedigt sein wird, und es ist auf diese bisher immer zuverlässige Hilfe aus Deutschland wohl schwer zu rechnen.

In vielen Kreisen wird geglaubt, daß vielleicht durch die Donauföderation sich die Verhältnisse bei uns bessern können. Ich möchte hier aus einem mir vor kurzem gekommenen Berichte der Handelskammer einiges zur Kenntnis der hohen Nationalversammlung bringen, weil es sehr aufklärend wirken kann. In diesem Berichte heißt es (liest):

Den Hauptvorteil, den die wirtschaftliche Donauföderation bringen kann, bildet die Aufhebung der Bedrängung deutschen Kapitals in den nichtdeutschen Nachfolgestaaten, die Niederlegung der Schranken im gegenseitigen Handels- und sonstigen Verkehr (wozu vor allem der freie Austausch von Rohstoffen, Heizmaterial und Fertigfabrikaten gehört), schließlich die Wiederherstellung einer gemeinsamen Währung usw. Hier darf aber niemals außer acht gelassen werden, welcher großer Unterschied darin besteht, ob die Wirtschaftspolitik und die daraus folgenden Vorschriften und Verfügungen — bei der gegebenen politischen Unabhängigkeit der Teile — zentral von einer organisch dazu berufenen Stelle erfolgt oder ob die Entscheidung über die Notwendigkeit von Verfügungen und die administrative Durchführung der entsprechenden Verfügungen von politisch und wirt-

schaftlich gesonderten Körpern geschieht. Die Sachlage wird um so verwickelter, als Kohle und Öle an der Peripherie von Mitteleuropa liegen, der industrielle Prozeß der Herstellung einer einzigen Ware sich früher in den verschiedenen Stadien im Zentrum, Norden und Süden dieses Gebietes abwickelte und die klaglose Funktion des Materialaustausches im kleinen auch das reibungslose Funktionieren einer gemeinsamen obersten Wirtschaftspolitik voraussetzt. Die weitere große Frage hierbei ist noch, ob und wann einige dieser Nationalstaaten diese wirtschaftliche Verständigung auf der angedeuteten Grundlage werden eingehen wollen. Trotz dieser tiefgreifenden Schwierigkeiten und Mängel wird selbstverständlich die wirtschaftliche Verständigung mit den Nachfolgestaaten wie mit den übrigen Staaten, ganz abgesehen vom Wunsche der Entente, Aufgabe auch der österreichischen Wirtschaftspolitik sein. Sind wir uns doch schon jetzt bewußt, daß sich keiner der Nachbarn darüber freuen darf, daß und wenn es dem anderen schlecht geht. Nur wenn sich alle angrenzenden Staaten im Zeichen des Aufschwunges, der Ruhe und friedlichen Entwicklung befinden, sich in der allen gemeinsamen Bedrängnis stützen, ist eine bleibende Gesundung für jedes einzelne Gemeinwesen zu erhoffen. Mag auch aus der gegenseitigen hoffesfrohen Auffassung die Augenblickspolitik Vorteile ziehen, das Wirtschafts- und das Volkswohl aller Teile leidet schwer darunter, weil wir einander zu dringend bedürfen. Eine grundlegende, befriedigende und sofort durchführbare Lösung stellt aber die Donauföderation nicht dar, sondern wohl nur einen hinteren Notbehelf.“ Das ist die Meinung der Wiener Handels- und Gewerkekammer und ich zeige sie aus dem Grunde auf, um zu bemerken, daß auch die Industrie, die ja manchmal andere Wege gegangen ist, diese Frage nunmehr so auffaßt.

Nach der ganzen Sachlage, die ich geschildert habe, kann unsere Tätigkeit für die Zukunft nur darin bestehen, daß wir uns von der Kohle möglichst unabhängig machen und da ist natürlich die Frage der Wasserkraft die naheliegendste. Der Herr Staatskanzler hat ja den hohen Wert der Wasserkraftanlagen anerkannt und hat sie sozusagen als den Hauptteil seines volkswirtschaftlichen Programms erklärt, indem er ausgeführt hat, daß er damit unsere Volkswirtschaft befruchten will. Ich muß jedoch hervorheben, daß diese Erkenntnis nach meinem Dafürhalten etwas spät auftaucht und ich kann nicht recht begreifen, warum wir fast ein Jahr versäumt haben und in der Wasserkraftangelegenheit so wenig vorwärts gekommen sind. Es liegt uns im Finanzbericht ein ganz karger Bericht des B. V. vor, aus dem aber wohl nur wenig zu entnehmen ist. Begrüßen können wir nur die Bahnelektrifizierungsvorlage, die uns in Aussicht gestellt und bereits in den Zeitungen

erwähnt worden ist, obwohl festzustellen ist, daß die Frage des Kohlenersatzes dabei eine verhältnismäßig geringe ist; denn es handelt sich ja nur um den Ausbau von etwa 20.000 bis 22.000 Pferdestärken für etwa 600 Kilometer Bahnen, das ist also etwa ein Siebentel unseres gesamten österreichischen Bahnnetzes. Die Kohlenersparnis wird etwa 4 Millionen Meterzentner im Jahre betragen, im Vergleich zu dem von mir genannten Bedarf, 120.000 bis 150.000 Meterzentner, auch nur ein sehr aliquoter Teil. Die Wasserkraftausnutzung kostet in diesem Plane auch nicht so besonders viel; etwa 354 Millionen Kronen. Der Hauptteil der Kosten entfällt auf die Elektrifizierung der Bahnanlagen, die Beschaffung neuer Betriebsmittel usw.

Wir müssen nun den Weg, den andere kohlenarme Staaten eingeschlagen haben, in viel energischerer Weise verfolgen, als es bisher geschehen ist. Norwegen und Italien, ebenfalls kohlenarme Staaten wie wir, haben bereits je eine Million Pferdestärken als Wasserkraft ausgebaut. In Norwegen besteht eigenes Unternehmen, welches nur Kalksalpeter erzeugt, mit einer ungeheuren Kraftanlage von 320.000 Pferdestärken. Wir haben also Beispiele genug, um uns an die Erfolge dieser Länder zu halten und den von ihnen gewiesenen Weg zu betreten.

In Österreich haben wir Wasserkraft in ausreichender Menge, wir haben nach verlässlichen Schätzungen etwa 1½ Millionen ausbaufähiger Wasserkraft, wirklich ausgebaut haben wir davon kaum 400.000 Pferdestärken, also einen verschwindenden Teil. Es wird notwendig sein, wenn wir aus den geschilderten ungeheuer schwierigen Kohlenverhältnissen herauskommen, wenn wir nicht in materieller und politischer Abhängigkeit von den Kohlen liefernden Staaten bleiben wollen, daß wir den Ausbau unserer Wasserkraft im größten Stile einleiten, und zwar in einer solchen Weise, daß wir doch zum mindesten den kohlenarmen Ländern Italien und Norwegen nachkommen, also etwa eine Million Pferdestärken nutzbar machen. Dann könnten wir de facto etwa ein Drittel unserer benötigten Kohlenmenge dadurch ersetzen und hätten mit dem übrigen Teil, den wir im eigenen Lande produzieren können, die Kohlenmenge, die wir aus dem Ausland beziehen müssen, doch wesentlich eingeschränkt.

Die Hindernisse beim Ausbau der Wasserkraft scheinen von der Staatsregierung vor allem auf die Schwierigkeiten, die sich bei den Ländern ergeben haben, zurückgeführt zu werden. Es ist ja ohne weiteres zuzugeben: Hindernisse sind da, aber es ist sehr fraglich, ob diese Hindernisse nicht durch taktisch-politische Fehler der Sozialdemokraten in der Staatsregierung hervorgerufen worden sind.

Die Sozialisierungsideen haben gewiß auch sehr mitgewirkt, um diese Frage der Wasserkraftausnutzung bei uns in eine Stagnation zu bringen. Es wurde der Weg versucht, diese Wasserkraftausnutzungsangelegenheiten einem eigenen Staatsamte zu übergeben, dem Wewa, und man hat gedacht, es sei damit ein ungeheurer Vorteil erreicht, weil die Verbindung, die zwischen den verschiedenen Interessenten notwendig sei und die Finanzierungsfragen sich in der Hand eines eigenen dafür verantwortlichen staatlichen Funktionärs befinden. Die Erfolge, die uns das Wewa innerhalb dieses abgelaufenen Jahres zu bieten vermochte, sind aber unglücklicherweise gering. Ich glaube, daß die Loslösung dieses Amtes von dem Fachamte, welches wir ohnehin besitzen, dem Staatsamte für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, eine unglückliche Idee war; sachlich sowohl, weil es doch nicht angeht, eine vorwiegend technische Angelegenheit nunmehr an zwei Stellen behandeln zu wollen, von welchen eine rein politisch geleitet wird, aber auch, wie ich schon erwähnt habe, politisch, denn der Gegensatz der Länder würde vielleicht zu überbrücken sein, wenn das Wewa nicht wäre. Da nun de facto, wie schon der farge Bericht, der uns vorliegt, zeigt, Erfolge besonderer Art nicht gezeitigt worden sind und voraussichtlich in der nächsten Zeit nicht gezeitigt werden, wäre es wohl am zweckmäßigsten, der Ansicht des Herrn Berichterstatters für das Budget, des Herrn Abgeordneten Dr. Bauer, daß wir die Ressorts in der Zukunft vermindern müssen, zu folgen, indem wir gleich hier damit beginnen, das Ressort der Wewa aufzulassen und die Geschäfte derselben dem Staatsamte für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten überlassen, wo sie hingehören. Ich glaube, das würde sachlich und politisch die besten Erfolge ergeben. (Zustimmung.)

Die Länder werden sich vor Augen führen, daß schließlich und endlich die Ausnutzung der Wasserkraft doch nicht so ohne weiteres in sich gemacht werden kann. Voll Rechnung tragen kann ich dem Standpunkte, den die Länder manchmal bisher einnehmen, als Abgeordneter von Wien nicht. Die Länder werden einsehen müssen, daß es zur vollen Ausnutzung der Elektrizitätskräfte, die Deutschösterreich besitzt, notwendig sein wird, daß auch der Konsument dafür vorhanden ist. Daß man sich in manchen Ländern den Konsumenten erst sozusagen schaffen, aus dem Boden stampfen will, das ist doch eine gekünstelte Sache, die sich bei näherer Überlegung nicht auf die Dauer wird aufrecht erhalten lassen. Es handelt sich auch bei dem ganzen Problem zweifellos nicht darum, daß wir die Wasserkraft in den Ländern derart ausnutzen, daß neue Industrien geschaffen werden, sondern das Problem unserer Kohlenwirtschaft muß dahin gelöst werden, daß wir alle Betriebe, die wir haben und in denen die

Kohle ersetzbar ist, auf elektrische Kraft umstellen. In dieser Hinsicht sind eben die großen Konsumenten für diese elektrische Kraft schon vorhanden, und zwar vorwiegend in Wien und nächst Wien. Es wird also wahrscheinlich die Elektrifizierung der Länder nur mit den größten Schwierigkeiten zustande kommen, weil sich Konsumentenmangel einstellen wird, während der Großkonsument Wien vielleicht bei weiterer ablehnender Haltung der Länder in bezug auf die Überlassung ihrer Hochdruckkräfte auf die Donaukraft gedrängt wird. Es wird dann natürlich ungeheuer schwer sein, die Wasserkräfte der Länder selbstständig nutzbringend für die ganze Volkswirtschaft zu verwenden.

Jedenfalls ist es zweifellos nicht nur aus diesen Gründen, sondern, um überhaupt endlich die ganze Frage der Elektrizitätswirtschaft in großem Zuge anzuschneiden, notwendig, daß die Donauprojekte ernstlich vorbereitet werden. Technische Vorbereitungen in dieser Beziehung sind ja schon im weitesten Ausmaße getroffen worden, es sind Klärungen in dieser Beziehung bereits eingetreten, die voraussichtlich in der allernächsten Zeit zu ganz konkreten technischen Entschlüssen führen werden. Aber es sind auch Vorbereitungen politischer Art notwendig und da ist insbesondere die Bestimmung des Friedensvertrages von St. Germain, Artikel 298, wichtig, welche vorzieht, daß für die Ausnutzung der Wasserkräfte der Donau nur dann die notwendige Unterlage gegeben ist, wenn das Einverständnis aller Uferstaaten zu dieser Ausnutzung in Beziehung auf die Erfordernisse der Schifffahrt gegeben wird. Diese Bestimmung ist ungeheuer unangenehm für die Ausarbeitung der Donauprojekte, es ist aber zu erwarten, daß sie doch schließlich nicht von einseitigen Gesichtspunkten aus entschieden wird und daß, wenn gezeigt wird, daß die Schifffahrt unter allen Umständen ihre Befriedigung finden kann, dann dieser Ausnutzung wohl nichts mehr im Wege steht. Wir sind ja an der Donauschifffahrt genau so beteiligt wie die fremden Staaten, denn wir können ohne diese Schifffahrt nicht bestehen.

Ich möchte also zusammenfassend hervorheben, daß eigentlich für den großen Ausbaugedanken bisher herzlich wenig geschehen ist und daß sogar ein gewisser Widerspruch zwischen dem Programm unseres Herrn Staatskanzlers und den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Dr. Ellenbogen besteht, die er vor einiger Zeit in der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht hat. Der Staatskanzler steht auf dem Standpunkte, daß unsere Volkswirtschaft durch die Wasserkräfte belebt werden muß, der Herr Staatssekretär findet, daß ein zu rascher Ausbau große finanzielle und technische Schwierigkeiten beinhalte. Ich glaube, es wird aber trotzdem der weitergehende Gedanke des Herrn Staatskanzlers der richtigere sein, da ein spärlicher

ängstlicher Ausbau der Wasserkräfte zur Behebung der Volkswirtschaft kaum ausreichend beitragen würde. Wir müssen daher die energichste Auffassung in dieser Frage Platz greifen lassen; wir müssen den großen Ausbaugedanken fördern, es muß das Volk in diesem Sinne aufgeklärt werden und es müssen auch die notwendigen technischen und statistischen Vorbereitungen getroffen werden, um diesen Ausbaugedanken möglichst rasch in die Tat umsetzen zu können.

Auch in diesem Belange muß ich darauf hinweisen, daß leider die Aufnahme der Wasserkräfte, die wir in Deutschösterreich besitzen, noch nicht abgeschlossen ist und daß es den Anschein hat, als ob diese Aufnahme noch sehr lange dauern würde. Die Vollenendung des Wasserkräftkatasters ist eine Angelegenheit, die ich dringend betreiben muß. Es ist aber auch notwendig, um sich über die Konsumentenverhältnisse ein Bild zu schaffen, daß in aller kürzester Zeit eine Aufnahme aller Betriebe erfolgt, die derzeit mit Dampf, beziehungsweise mit elektrischer Kraft arbeiten, um festzustellen, inwieweit die Dampfkraft in den einzelnen Betrieben tatsächlich durch die elektrische Kraft ersetzt werden kann, denn nicht in allen Betrieben wird ja tatsächlich die Kohle vollständig ausgeschlossen werden können.

Bei dieser Gelegenheit kann ich nicht unterlassen, auch auf den hohen Wert und die hohe Bedeutung der Abfallenergie aufmerksam zu machen. Die Abfallenergie ergibt sich aus der Differenz der vollen Leistung der Wasserkräftanlage und der in der normalen Arbeitszeit aufgebrauchten Energie. Die Wasserkräftanlagen sind in der Lage, ohne erhebliche Mehrkosten 8760 Betriebsstunden im Jahre zu arbeiten. Die normale Arbeitszeit sind in der Regel nur 3000 Stunden. Es bleibt also die Kraft weit über 5000 Stunden ungenutzt. In dieser Nichtausnutzung der Wasserkräftelektrizität liegt natürlich ein wirtschaftlicher Raubbau. Es ist unerlässlich, daß diese Ausnutzung erfolgt. In diesem Belange gibt es bereits auch gute Beispiele. In der Schweiz sind solche fast voll arbeitende Anlagen vorhanden. In unserem Lande sind diesbezügliche Studien im Zuge, wobei ich auf das Werk in Patzsch hinweisen möchte, welches ebenfalls die Abfallenergie weitgehendst verwertet. Ich möchte aber urgieren, daß die Staatsregierung ihre Aufmerksamkeit besonders auf diese Frage lenkt, schon aus dem einfachen Grunde, weil damit eine wesentliche Erhöhung der Rentabilität der ganzen Wasserkräfte eintreten wird, wenn eine nutzbare Verwertung der Abfallenergie ermöglicht wird. Es wird wohl eine Studienkommission in diesem Belange von großem Werte sein, um die Grundlagen für die volle Ausnutzung unserer Wasserkräfte zu geben.

Nachdem meine Redezeit schon so weit vorgeschritten ist, muß ich mich kurz fassen. Ich möchte

nur einiges hervorheben, was ich noch auf dem Herzen habe. Ich möchte die Fragen der Donau und des Donau-Oberkanals besprechen, die mir von hervorragender Wichtigkeit sind. Um ganz kurz zu sein, möchte ich nur die hohe Staatsregierung bitten, sie möge sich doch etwas mehr, als es bisher den Anschein hat, bemühen, daß die Donau-Kommission tatsächlich ihren Sitz nach Wien verlegt. Es ist dies ein Wunsch, den die Wiener schon lange haben, nicht nur, weil sie eine fremdländische Kommission hier haben wollen, sondern weil sie glauben, daß diese Kommission für die ganze Frage des Donauverkehrs von ungeheurer Bedeutung ist. Es zeigt sich auch bei der ersten Publikation dieser Kommission, die jetzt in Budapest erschienen ist, von welcher Bedeutung es ist, wenn man etwas näher an diese Kommission herankommt. Diese Publikation behandelt die ungarische Donau in der umfassendsten Weise und man hat fast das Gefühl — und sicherlich wird dieses Gefühl auch im Auslande erweckt werden, weil diese Publikation in französischer Sprache geschrieben ist, — als ob die Donau tatsächlich nur durch Ungarn fließen würde. Die deutschösterreichischen Verhältnisse, die hohe Bedeutung der Donau für den Verkehr, der hohe Grad ihrer Regulierung bei uns wird in keiner Weise gestreift. Es scheint also notwendig zu sein, daß man mit dieser Donaukommission etwas mehr Fühlung bekommt, und es wäre eine naheliegende Idee, wenn man zum mindesten versuchen würde, ihr eines jener Staatsgebäude, die jetzt leer stehen werden, anzubieten, damit sie sich in Wien niederläßt, denn schließlich und endlich wird sie nicht ewig im Hotel Hungaria in Budapest bleiben können. Es sprechen aber auch sachliche und politische Gründe dafür, weil Wien ein wichtigerer Knotenpunkt an der Donau ist als Budapest. Wir haben hier ein ungeheures Eisenbahnetz, wir haben sieben Linien, die hier zusammenkommen und es spricht auch der Umstand dafür, daß Wien sozusagen der technisch richtige Endpunkt der Schifffahrt für große Tauchtiefen der Schiffe ist. Bis Wien ist die Donau leicht auf 2'4 Meter bis 2'5 Meter niedrigsten Fahrwasserstand zu regulieren, womit dann Schiffe mit 1200 Tonnen Ladefähigkeit ständig bis Wien fahren können.

Präsident **Hausser** (unterbrechend): Es sind noch sehr viele Redner vorgemerkt, und Ihre Redezeit ist bereits abgelaufen. Es ist aber auch ausgemacht, die Generaldebatte heute zu beenden.

Abgeordneter Ing. Dr. **Goldemund**: Ich schließe im nächsten Moment. Ich habe mir noch einiges notiert. Das kann ich aber vielleicht noch in der Spezialdebatte vorbringen.

Präsident **Hausser**: Gewiß, in der Spezialdebatte ist dafür ein weiterer Spielraum.

Abgeordneter Ing. Dr. **Goldemund**: Um zum Schlusse zu kommen, möchte ich zusammenfassend folgendes sagen: Wir müssen einen neuen Weg für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft einschlagen, die Regierung zeigt uns einen plammäßigen Weg leider nicht. Wir müssen ihn in gemeinsamer Arbeit dringend suchen und raschestens finden, wenn wir weiter leben wollen. Wir wollen nicht in den Fehler verfallen, den Weg einzuschlagen, den wir gestern von der Gegenseite preisen gehört haben. Es ist gesagt worden: es wird zuerst unser Staat und es werden die kapitalistischen Staaten überhaupt umgehämmert werden, dann wird der glorreiche Wiederaufbau unserer ganzen Wirtschaft folgen. Wir sollen also auf den Zusammensturz der kapitalistischen Staaten der Siegermächte warten! Ich, hohes Haus, bin der Meinung, daß für dieses Umhämmern der jetzige Zeitpunkt der unglücklichste ist, den wir wählen können. Es ist sehr fraglich, ob die kapitalistischen Staaten uns die Zeit gönnen werden, solange von ihren Spenden zu leben, bis ihre Umhämmern durch die Sozialdemokratie erfolgt ist und sie von kapitalistischen zu sozialistischen Staaten geworden sind. Noch so ein Budget mit so wenig positiven Vorkehrungen für die Arbeit und den Wiederaufbau unserer Wirtschaft und wir sind verloren. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident **Hausser**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. **Gürtler**.

Abgeordneter Dr. **Alfred Gürtler**: Hohes Haus! Die Ausführungen des Herrn Staatskanzlers in der Budgetdebatte waren auf das Motto abgestimmt: Arbeiten und nicht verzweifeln! Im Anschlusse daran hat er, das Regierungsoberhaupt, wenn ich ihn gewissermaßen als den Meister des Werkes bezeichnen darf, das hier geleistet wird, das Werk gelobt. Nun wird umgekehrt oft die Forderung aufgestellt, daß das Werk den Meister loben soll. Wenn man die Vertreter der koalitierten Parteien als Repräsentanten des Werkes aufzufassen hätte, so wäre das Lob, das dem Meister bei dieser Gelegenheit erteilt wurde, allerdings als ein recht beachtenswertes anzusehen gewesen. Nun liegt aber die Sache nach meiner Meinung doch so: die beiden koalitierten Parteien leiden schwer unter der politischen Belastung, die sie sich mit der Koalition aufgelastet haben, und diese Belastung muß am deutlichsten in Erscheinung treten, wenn es sich darum handelt, die Mittel für ein von feinen Gegnern und von feinen Trägern so viel angefochtenes System zu bewilligen. Die Sache steht

doch so: der Standpunkt, der im früheren Parlament oft eingenommen wurde, ist eigentlich der konstitutionellen Auffassung nicht entsprechend. Man bewilligt den Staatsvoranschlag nicht dem Staate, sondern einer ganz bestimmten Regierung, um ihr auf diese Art und Weise die Möglichkeit zu geben, die Staatsgeschäfte weiterzuführen. So mögen ja die Vertreter der koalitierten Parteien dem Gefühle eines gewissen Unmutes und dem Gefühle der schweren Belastung, die die Koalition auf sie gewälzt hat, gelegentlich Ausdruck zu geben sich veranlaßt fühlen. Das ist eine Erscheinung, die um so leichter erklärlich ist, als ja die Gegensätze, die zwischen den beiden koalitierten Parteien tatsächlich bestehen und die auf dem Boden dieses Staates sicher einmal zur Austragung werden gelangen müssen, ungeheuer große sind.

Aber ich glaube — und in dieser Beziehung unterscheide ich mich von einem Redner der anderen koalitierten Partei, der eine von uns abgegebene sehr loyale Erklärung bezüglich unserer Stellung zum Staate recht illoyal gedeutet hat — ich glaube, und in diesem Sinne habe ich zur Loyalität der anderen koalitierten Partei das vollste Vertrauen: darüber müßten wir uns einig sein: der Kampf zwischen uns darf erst dann zur Austragung kommen, wenn wir die Überzeugung haben, daß er nicht diesen Staat in Trümmer schlägt. Solange es notwendig ist, diesen Staat zu erhalten und solange dieser Kampf im Interesse der Erhaltung dieses Staates vermieden werden muß, solange muß er nach Dunkelheit vermieden werden. Allerdings müssen dazu beide koalitierte Parteien das ihrige beitragen, es muß jede der koalitierten Parteien der anderen möglich machen, in der Koalition zu bleiben, denn auch in der Politik gilt der Grundsatz: *ultra posse nemo tenetur*. Man kann von niemandem mehr verlangen, als er tatsächlich zu leisten imstande ist.

Wenn wir uns aber auf diesen Standpunkt stellen und wenn wir das Gefühl des Notdaches, unter dem wir uns befinden, nie ganz verlieren, so haben wir doch ein Interesse daran, daß dieses Notdach, solange es uns Schutz gegen Übles bietet, in einer Verfassung bleibe, die es ihm ermöglicht, die ihm zuge dachte Funktion zu leisten. Diese Funktion kann bei der Eigenart unseres Staatswesens und bei der furchtbaren Situation, in der wir uns gegenwärtig befinden, nicht durch hochtönende Programme geleistet werden.

Der Herr Abgeordnete Dr. Schönbauer hat in dieser Beziehung bei der Koalition so manches vermisst. Tatsächlich sind wir ja vor lauter Sorge um die dringendsten Bedürfnisse des Alltages noch nie so recht dazugekommen, uns systematisch, ruhig und unangefochten aufbauender Arbeit

zu widmen. Wir haben kein großzügiges Ernährungsprogramm aufzustellen vermocht, wir waren gar nicht in der Lage, ein Ernährungsprogramm großzügig aufzustellen, weil wir ja doch ein Staat sind, der im wesentlichen mit seiner Volksernährung auf Zuschüsse vom Auslande angewiesen ist. Aber schließlich und endlich ist es bis jetzt zu einer Ernährungs katastrophe im schlimmsten Sinne immer noch nicht gekommen und wir haben den Ausführungen des Herrn Staatskanzlers und auch den Mitteilungen, die uns von seiten der Regierung bezüglich der Erfolge der verschiedenen Verhandlungen mit den ausländischen Staaten gemacht worden sind, doch entnehmen können, daß unsere Ernährung bis zum Herbst gesichert ist, daß wir eventuell sogar in der Lage sein werden, die volle Mehl- und Brot ration zur Verteilung zu bringen. Das ist kein großer programmatischer Erfolg, damit kann man nicht in dem Sinne Staat machen, daß man demonstrative Politik damit betreiben könnte, aber wenn das Wohl der Bevölkerung am Herzen liegt, wer sich sagt, das Letzte und Schlimmste muß verhütet werden, der muß schließlich und endlich zugeben, daß die Sicherung des Lebensmittelbedarfes bis zum Herbst immerhin eine Leistung ist, die sich unter den Verhältnissen, unter denen sie geleistet wurde, sehen lassen kann.

Der Herr Kollege Dr. Schönbauer hat gewünscht, daß wir ein großes, zusammenhängendes Programm in allen diesen Dingen aufstellen, hat dabei aber selbst einen Betrachtungsfehler begangen, indem er aus einem Programm, das ja hier schon vorliegt, eine Einzelercheinung aus dem Zusammenhange herausgerissen hat, in den sie hineingehört und in den sie der Herr Staatskanzler heute in einer von uns hoffentlich richtig verstandenen Weise hineinverwiesen hat. Er hat die Vermögensabgabe als Sondererscheinung gewertet. Das ist nicht unsere Auffassung. Die Vermögensabgabe ist eine jener Aktionen, die sich als notwendig herausstellen, um gewisse aufbauende Tätigkeiten in diesem Staate wieder vornehmen zu können. Aber es wäre zweck- und sinnlos, die Vermögensabgabe allein zu machen, es wäre eine lächerlich übertriebene Vorstellung von der Bedeutung dieser Abgabe, wenn man glauben würde, daß sie die Panazee sei, mit der man alle Übel in diesem Staate heilen könne. Der Wiederaufbau dieser Arbeit muß als Gesamtwerk in Betracht genommen werden, und in einem gewissen Umfange hat ja die Regierung ihre Pflicht schon erfüllt; sie hat uns neben der Vermögensabgabe noch eine Menge anderer Steuergesetze auf den Tisch des Hauses gelegt, die im Zusammenhange mit der Vermögensabgabe als Gesamtkaktion zur Hebung unserer Finanznot betrachtet werden wollen.

Ihre wichtigste Verpflichtung, der Konstituierenden Nationalversammlung die Konstituante vorzu-

legen, diese wichtigste Verpflichtung hat die Regierung bis jetzt allerdings nicht erfüllt. Wir wollen loyalerweise nicht verkennen, daß sich der Erfüllung dieser Verpflichtung gewisse Schwierigkeiten entgegengestellt haben. Aber es ist uns zu Beginn der Koalitionsära so oft gesagt worden, daß wir es nun nicht mehr mit einem Beamtenkabinet, sondern mit einem politischen Kabinet zu tun haben, und Sache dieses politischen Kabinetts wäre es eben gewesen, sofort daranzugehen, diese auf dem politischen Gebiete liegenden Schwierigkeiten wenigstens insoweit zu beseitigen, daß es möglich gewesen wäre, diesem Hause einen Gesetzentwurf vorzulegen, der ja vielleicht noch lange nicht in dieser Form Gesetz geworden wäre, aber wenigstens eine geeignete Grundlage für die Behandlung des Verfassungsproblems in der Nationalversammlung abgegeben hätte. Wir geben der bestimmten Erwartung Ausdruck — und glauben dazu auch berechtigt zu sein —, daß die Regierung diese Schuld an die Konstituierende Nationalversammlung — ich möchte sagen, eine privilegierte Schuld, für die eine Art Zwangshypothek auf dem Hause lastet — tunlichst bald einlösen möge.

Herr Dr. Bauer hat gestern gesagt, unser Finanzproblem lasse sich nicht nur finanzpolitisch lösen, es müsse auch durch wirtschaftspolitische Maßnahmen gelöst werden. Ich kann mich erinnern, denselben Gedanken schon Ausdruck gegeben zu haben, als wir uns seinerzeit mit dem Steuerbüfett des Herrn Staatssekretärs für Finanzen beschäftigten. Es ist sicher wahr, wir müssen den Kräften unserer Volkswirtschaft, die in ihr schlummern, die Störungen erlitten haben durch die Ereignisse des Krieges, durch die Absperrung der Gebiete voneinander, die Möglichkeit der Betätigung wiedergeben. Von seiten des Herrn Dr. Bauer ist mit Recht davon gesprochen worden, daß man den schaffenden Händen wieder die Neigung einflößen müsse, die Arbeit zu leisten, die zum Wiederaufbau unseres Staates geleistet werden muß. Aber nicht nur den schaffenden Händen, auch den schaffenden Köpfen, den Unternehmerpersönlichkeiten muß die Gelegenheit geboten werden, das zu leisten, was im Interesse des Wiederaufbaues unseres Staates geleistet werden muß und nur wenn Unternehmer und Arbeiter in richtig erkannter Harmonie ihrer gemeinsamen Interessen zusammenwirken, kann das geschehen, was notwendig ist, um unseren Staat wieder auf die Beine zu stellen.

Wenn aber gesagt wurde, das Problem unserer Finanzen sei vor allem ein wirtschaftspolitisches, so darf man doch dabei die finanzpolitische Seite des Problems nicht vernachlässigen. Das Problem hat auch eine andere Seite und da kann es sich nicht nur darum handeln, darauf hinzuwirken, daß die Einnahmen des Staates steigen, sondern da handelt es sich auch darum, daß die Ausgaben des Staates

sich etwas vermindern. Das ist nicht leicht im gegenwärtigen Stadium einer fortwährenden Entwertung des Geldes. Wenn man es aber nicht tun kann auf irgendeinem Gebiete, dann soll man wenigstens Aktionen unterlassen, die scheinbar eine Entlastung des Staates bedeuten, in Wirklichkeit aber eine Mehrbelastung des Staates zur Folge haben. Dabei denke ich an eine Aktion, die ich als vollständig mißglückt zu bezeichnen mir erlaube, nämlich jenes eigenartige System unserer Zwangspensionierungen. Wir schicken Leute in Pension, die ruhig noch zehn, fünfzehn Jahre weiter dienen könnten. Ich bin, wenn an deren Stelle kein neuer Mann kommen muß, vollkommen einverstanden. Dann soll man die Leute spazieren gehen lassen, dann kommen sie uns billiger, als wenn sie eine unnütze und überflüssige Arbeit verrichten. Wenn man aber Leute zwangspensioniert, um an ihre Stelle neue Kräfte zu setzen . . . (Ruf: Nicht eine, sondern mehrere!) Ich danke, ich wollte das selbst sagen; diese Beschäftigung von der anderen Seite des Hauses ist mir sehr wertvoll . . . so ist das keine Entlastung des Staates, sondern eine Belastung des Staates, um so mehr als diese neuen Kräfte nicht aus Übelwollen, sondern weil sie die Routine nicht haben, nicht das leisten können, was diese alten Kräfte mühelos zu leisten in der Lage gewesen sind. Ich meine, hier müßte sich die Regierung oder, wenn es die Regierung nicht tut, das Haus aufraffen und aus eigener Initiative heraus eventuell eine vollständige Novellierung dieser unglücklichen Bestimmungen vornehmen.

Es hat ja seinerzeit dabei ein ganz anderer Gesichtspunkt eine Rolle gespielt. Man hat geglaubt, man wird diese Leute irgendeiner liquidierenden, weiter lebenden Kasse anhängen können und wird ihnen eine Pension nicht zahlen müssen. Da wäre noch ein Verstand darin gewesen. Aber diese Erwartung hat sich nicht realisiert, wir müssen die Leute selbst erhalten und zahlen nun statt eines Gehaltes drei bis vier Gehälter. Und dabei ist man auch, ich möchte sagen, mit einer gewissen schablonenhaften Gleichmäßigkeit vorgegangen. Man hat gar nicht daran gedacht, ob es sich bei einzelnen Betrieben des Staates und einzelnen Behörden des Staates als zweckdienlich erweist, derartige Zwangspensionierungen vorzunehmen oder nicht. Und so haben wir heute tatsächlich die Erscheinung vor uns, daß gewisse staatliche Verwaltungszweige über einen Überschuß von Beamten verfügen, während andere staatliche Verwaltungszweige über einen kolossalen Mangel an Beamten klagen. Und das macht sich am stärksten fühlbar bei jenen Verwaltungszweigen, die das Finanzwesen des Staates zu besorgen haben. Bei der fortwährend fortschreitenden Entwertung unseres Geldes ist es gewiß nicht gleichgültig, ob ein Steuerbetrag vor zwei Jahren gezahlt wurde

oder ob er jetzt gezahlt wird, denn vor zwei Jahren hätte dieser Betrag für die Wirtschaft des Staates noch unendlich viel mehr bedeutet. Wir wissen, daß wir mit den Vorschreibungen der Steuern ungeheuer weit im Rückstande sind.

Wir wissen zwar auch, daß wir ein Gesetz haben, nach welchem bestimmt wird, daß die Steuern, wenn sie nicht neu vorgeschrieben werden, nach der Vorschreibung des vorhergehenden oder des vorvorhergehenden Jahres zu zahlen sind. Aber wir wissen ebenso sehr aus der Praxis, das fürs erste die Bestimmungen dieses Gesetzes nicht erfüllt werden, daß zweitens durch die Entwicklung unserer Volkswirtschaft große Massen neuer Jeniten entstanden sind, die Vorschreibungen aus früheren Jahren nicht haben, und wir wissen auch, daß wir neue Steuern eingeführt haben, für die auch keine Vorschreibungen aus früheren Jahren existieren, so daß gegenüber diesen Steuern auch das etwas ansehbare Gesetz vom Jahre 1870 nicht hinwegzuhelfen vermag. Hier liegen, ohne daß eine Mehrbelastung der Volkswirtschaft eingetreten ist, ungehobene Schätze für den Staat, und die Menschen, die bereit gewesen wären, sie zu heben, hat man in Pension geschickt und an ihre Stelle Aushilfskräfte gesetzt, die das nicht zu leisten vermögen, und der ganze staatliche Steuerapparat ist auf diese Art und Weise ins Stocken geraten. Und nun gehen wir daran, diesen ins Stocken geratenen Apparat vor neue, ungeheure Aufgaben zu stellen. Das müßte man sich doch ernsthaft überlegen. Und wenn wir nicht den Steuerapparat auf Grund der gegenwärtig bestehenden Steuergesetze wieder in Wirksamkeit setzen, dann könnte tatsächlich unter Umständen bei mißgünstigen Personen die Vorstellung entstehen, daß es uns mit der Novellierung unserer Abgabengesetze gar nicht ernst ist, weil wir mit dem gegenwärtigen Apparat nicht einmal die gegenwärtigen Abgaben zu meistern vermögen und noch viel weniger mit diesem Apparat die künftig vor uns stehenden großen Aufgaben, die ganz neue Veranlagungen und dergleichen erfordern werden, zu meistern in der Lage sein werden. Wir dürfen absolut nicht davor zurückschrecken, einen erkannten Fehler zu berichtigen, Reaktivierungen vorzunehmen und Leuten, die wir in gewissen Stellungen brauchen, von denen wir gewisse Arbeitsleistungen haben wollen, auch die Stellungen zu belassen, die ihrer Arbeitsleistung entsprechen. Denn es ist ja eine klägliche und lächerliche und auch die Arbeitsfreudigkeit des Betreffenden nicht übermäßig fördernde Aushilfe, wenn man den Mann, nachdem man ihn pensioniert hat, dann als Diurnisten wieder in seinem früheren Amte anstellt mit einem Taggeld von 10 K oder dergleichen zu seiner Pension und von ihm dann verlangt, daß er die früher geleistete Arbeit nun wieder leiste. Ich

glaube, daß man durch Pensionierung und Anstellung als Diurnisten die Arbeitsfreudigkeit und Arbeitslust des betreffenden Beamten nicht gerade übermäßig gefördert hat, und wir sind uns doch alle darüber klar, daß es bei jeder Art von Arbeit nicht gleichgültig ist, ob sie ein arbeitsfreudiger oder ein arbeitsunlustiger Mensch vollzieht; der Effekt der Arbeit ist ein ganz verschiedener.

Außerdem muß ich noch sagen, daß viele derartige Zwangspensionierungen bei uns den Eindruck hervorgerufen haben, als ob sich hinter diesen Dingen noch eine gewisse Tendenz verbergen würde. Der Kollege Adler hat sich gestern darüber beschwert, daß es noch viel zu viele Beamte gebe, die mit einem alten Geist infiziert sind, die noch in alten Ideen befangen sind. Nun, ich gebe zu, es waren unter diesen alten Ideen manche schlechte, es waren aber unter diesen alten Ideen auch wieder manche gute und ich meine, nicht alles, was neu ist, ist gut, und nicht alles, was alt ist, ist schlecht. Man müßte auch hier eine gewisse Unterscheidung machen. Und wenn wir dann sehen, wie an Stelle dieser aus einer früheren Zeit stammenden Beamten neue Elemente treten, die gewiß mit einem ganz anderen Geist erfüllt sind, so mögen Sie das vielleicht, meine Herren, das Hineintragen sozialer Ideen in die Verwaltung nennen, für uns sieht die Sache vielfach wesentlich anders aus. Denn da heißt es dann nicht: dem Tüchtigen freie Bahn, nicht die Qualifikation für die Vernehmung der betreffenden Funktion ist entscheidend, sondern die Tatsache, daß man den Betreffenden gewissermaßen als das ansehen kann, was man in der Medizin einen Bakterienträger nennt, daß der Mann erfüllt ist von jenem Geiste, mit dem Sie die Behörden allgemein zu erfüllen wünschen. Ich bitte, wir sind nicht engherzig in dieser Hinsicht, wir stehen aber auch nicht auf dem Standpunkt, daß es früher einem, der Ihrer Anschauung war, nicht möglich gewesen wäre, im Staatsdienst unterzukommen. Dem widerspricht ja die Zahl Ihrer Organisationen. Sie haben ja doch auch in der Monarchie Beamtenorganisationen gehabt und Ihr Staatskanzler selbst, den Sie doch sicher als einen Sozialdemokraten werten werden, ist unter der alten Monarchie k. k. österreichischer Staatsbeamter gewesen. Also so schlimm, wie uns der Kollege Adler gestern diese Dinge dargestellt hat, sind sie tatsächlich nicht gewesen. Es mag vielleicht unter Umständen gewisse erschwerende Momente gegeben haben, es hat sich eben ein alter, konservativer Körper, wie das im Wesen jedes Konservativismus begreiflich erscheint, gegen gewisse Neuerungen gewehrt, aber eine grundsätzliche Ausschließung aus dem Staatsdienste hat nicht stattgefunden, sonst wäre es Ihnen ja gar nicht möglich gewesen, alle jene Organisationen zu gründen, die Sie doch gegründet haben.

Der Herr Dr. Schönbauer hat mir übrigens mit seiner Behandlung des Koalitionsproblems eine große Freude gemacht, wenn ich auch nicht in der Lage bin, seine Ausführungen restlos zu unterschreiben. Denn das liegt sicher in der Eigenart der Koalition begründet, daß jede Partei glaubt, daß sie es ist, die die wesentlichsten Opfer diesem Koalitionsverhältnisse bringt, weil eben das, was man selbst erduldet, einem weher tut als das, was ein anderer erduldet. Der Schuh, den ein anderer anhat, drückt einen nicht so sehr als der Schuh, den man selber anhat. Das ist eine psychologisch selbstverständliche Erscheinung, über die man sich weiter gar nicht aufzuhalten braucht. Aber der Herr Kollege Schönbauer hat hier behauptet, daß wir Christlichsoziale es gewesen wären, die die Sozialdemokraten mit dieser Koalition gewissermaßen hineingelegt hätten.

Ich weiß nicht ganz genau, wie der Ausdruck gelautet hat, aber so etwas Ähnliches war es. Jedenfalls hat die Sache so ausgesehen, als ob in diesem Verhältnisse wir gewissermaßen die Nutznießer gewesen wären. Von Seiten eines Redners der Opposition hat mich diese Äußerung sehr gewundert. Wir sind gewohnt, andere Töne zu hören. Es wird uns draußen immer gesagt, daß wir in der Koalition die Interessen der Bürger und Bauern verraten. Wenn wir nun wirklich Nutznießer der Koalition sind, wenn wir wirklich die bösen Sozialdemokraten mit dieser Koalition hineingelegt hätten, dann könnte von einem Verrat bäuerlicher und bürgerlicher Interessen in dieser Koalition nicht die Rede sein. Also nur eines von beiden kann wahr sein. Oder vielleicht liegt die Wahrheit in der Mitte. Es haben sich beide Parteien bei der Koalition, parteipolitisch betrachtet, sicher recht schwer hineingelegt. Infolgedessen war die letzte Aufforderung, die Kollege Schönbauer an die koalitierten Parteien gerichtet hat, geradezu unsinnig. Wie kann man uns, die wir in einem fast ruinösen Koalitionsverhältnis stehen, auffordern, bei unserer Politik nicht an die Partei, sondern an das Volk zu denken? Wenn wir bei unserer Politik nur an die Partei denken würden, dann würde es uns nicht einfallen, Koalitionspolitik zu machen, dann wäre jede andere Rolle in diesem Hause dankbarer als die Rolle einer koalitierten Partei. Also: Koalitionspolitik als Parteipolitik, als im Interesse der betreffenden Partei gelegene Politik brandmarken zu wollen, dieser Versuch ist dem sehr geehrten Kollegen Schönbauer wohl gründlich mißlungen. Das heißt schon Anforderungen an die Naivität eines Auditoriums oder eines Leserkreises stellen, die für das betreffende Auditorium oder für den betreffenden Leserkreis nahezu beleidigend sind.

Nun möchte ich mich noch etwas mit den Ausführungen des Herrn Dr. Adler in der gestrigen

Sitzung beschäftigen. Er hat sich ziemlich heftiger Ausdrücke bedient, einer Terminologie, die wir von ihm sonst eigentlich nicht gewohnt sind. Und ich muß doch sagen: Auf mich haben Ausführungen des Herrn Dr. Adler nie so wenig Eindruck gemacht wie gestern. Ich habe für das, was er uns hier erzählt hat, von den armen, unterdrückten Arbeitern in diesem Staate, die von den bösen Bezirkshauptleuten, den Machtfaktoren einer herrschenden Klasse, unterdrückt werden, heutzutage kein Verständnis mehr, weil sie nicht mehr existieren. (Abgeordneter Weber: O, Sie irren, Herr Professor!) Ich bitte, ich bin mir darüber ganz im klaren. Es hat in den Zeiten der Monarchie Bezirkshauptleute gegeben, die bei der Verwaltung ihres Amtes gewissen Einflüssen politischer Art zugänglich gewesen sind. Aber solche Bezirkshauptleute gibt es auch heute und die Einflüsse, die auf solche Bezirkshauptleute ausgeübt werden, werden in diesem Staate in seiner heutigen Zusammensetzung sicher nicht ausgeübt in der Richtung einer Unterdrückung der Arbeiterklasse. Von herrschenden und beherrschten Klassen in diesem Staate zu reden, hat heute nicht viel Sinn.

Es mögen ja die klassenmäßigen Machtverhältnisse in einzelnen Gebieten dieses Staates verschieden sein; dann müßte man sagen, dort herrscht die eine Klasse, dort die andere. Aber wenn Sie die zahlenmäßige Zusammensetzung dieser Nationalversammlung anschauen, so werden Sie doch finden, daß von einer absoluten zahlenmäßigen Überlegenheit der einen oder anderen Klasse im Staate, als Ganzes gesehen, gar nicht die Rede sein kann, sondern daß, soweit die Wahlen ein tatsächliches Bild ergeben haben, ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte vorhanden ist, und die ganze Staatskunst kann nur darin bestehen, zu verhindern, daß dieses Gleichgewicht der Kräfte lähmend wirkt, und zu erreichen, daß dieses Gleichgewicht der Kräfte im Sinne eines vernünftigen Äquilibriums Erschütterungen vermeidet und damit die Grundlage bietet für vorwärtsschreitende, aufbauende Arbeit.

Ich möchte dem Herrn Kollegen Dr. Adler nicht unrecht tun; aber wie er uns das gestern hier erzählt hat, habe ich an zwei Dinge gedacht: an den seligen Tartuffe und an das Posthorn des Freiherrn von Münchhausen, aus dem man Töne, die vor 20 Jahren mit einer gewissen Berechtigung hineingeblasen worden sind, jetzt, nachdem dieses Posthorn, das zugefroren war, aufgetaut ist, wieder erklingen hört. Ich muß sagen, das war die einzige Auffassung, zu der ich mich gegenüber der Rede des Herrn Dr. Adler aufschwingen konnte. In jenem Staate, der das Dorado der Arbeiterräte ist, von einer Unterdrückung der Arbeiterklasse zu sprechen — dieses Debut des Herrn Dr. Adler als politischer

Wigbold kann ich nicht als besonders glücklich bezeichnen. Was aber seine Ausführungen über unseren Kollegen Ramek betrifft, so sehen wir den „weiteren Enthüllungen über das System Ramek“ mit großer Gemütsruhe entgegen (*Sehr richtig!*) und geben nur der Erwartung Ausdruck, ob da nicht schließlich und endlich ein Grubenhund bellen wird.

Nun möchte ich mich noch mit dem außenpolitischen Problem beschäftigen, das durch die Ausführungen des Herrn Staatskanzlers in die Budgetdebatte hineingetragen wurde. Es ist ja immerhin nicht belanglos, welche Stellung das Regierungssystem eines Staates gegenüber den ausländischen Mächten einnimmt, wie es im Auslande gewertet wird, und von diesem Standpunkte aus haben die außenpolitischen Ausführungen des Herrn Staatskanzlers im Rahmen der Budgetdebatte gewiß ihre volle Berechtigung gehabt. Es ist ja richtig, wir sind ein souveräner Staat und es sind ja unserem Herrn Staatskanzler jetzt in Rom alle Ehren des Vertreters eines souveränen Staates erwiesen worden. Man mag über den Wert dieser Dinge verschiedener Meinung sein, aber immerhin liegt darin eine gewisse äußerliche Anerkennung, auf die wir nicht vollständig verzichten können, und es ist für die Verhandlungen, die wir mit fremden Staaten führen, sicherlich nicht gleichgültig, ob sie hinter Zäunen, wie in St. Germain, geführt werden, oder ob man mit Leuten, mit denen man verhandelt, an demselben Tisch sitzt und von Angesicht zu Angesicht miteinander redet. In dieser Beziehung bedeutet die Art und Weise, wie wir jetzt verhandeln können, gegenüber den Zuständen vor einem Jahre sicherlich einen ganz wesentlichen Fortschritt. Es wäre lächerlich, das verkennen zu wollen, und wir müssen uns über jeden derartigen Fortschritt, der schließlich unserem Staate als Gesamtheit zugute kommt, in einem gewissen Umfange freuen.

Im Zusammenhang mit diesen Ausführungen des Herrn Staatskanzlers habe ich wieder gewisse Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Schönbauer nicht recht verstanden. Ich bin ja kein so gewiegter Außenpolitiker, der das Gras wachsen hört. Ich habe vielleicht von diesen Dingen recht laienhafte Anschauungen, aber ich pflege doch hin und wieder Zeitungen zu lesen, und wenn ich auch im allgemeinen von dem, was ich in Zeitungen lese, als absolut zuverlässiger Information nicht überschwänglich überzeugt bin, gibt es doch gewisse Dinge, die man sogar durch Zeitungslektüre erfahren kann.

Nun hat sich doch aus der Lektüre verschiedener Zeitungen gezeigt, daß die italienische Regierung gegenwärtig mit der englischen Regierung d'accord zu sein scheint, was die Art der Behandlung verschiedener Friedensfragen auf der Konferenz von San Remo betrifft. Wenn das wirklich

der Fall ist, wie kann der Herr Kollege Schönbauer von der Vereinsamung Italiens sprechen? Wer England auf seiner Seite hat, ist auf dieser Welt unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen nicht vereinsamt. (*Sehr richtig!*) Diese Dinge kann ich mir nicht zusammenreimen. Und daß dann dieses England, dieses Italien, hinter dem England stehen soll, das kleine Deutschösterreich brauchen sollte, um über Deutschösterreich nach Deutschland zu gelangen, das will mir auch nicht ganz plausibel erscheinen.

Man darf eben nicht jede Reise österreichischer staatlicher Funktionäre nach irgendeiner Richtung der Windrose als Systemwechsel zu deuten versuchen. Denn täte man das konsequenterweise, so müßten die Reisen, die unsere Funktionäre ins Ausland unternehmen, ich möchte sagen, nach den Gradeinteilungen des Kompasses erfolgen, damit dieser Systemwechsel schön langsam geht von Nord nach Nordnordost, dann nach Nordost, dann nach Ostnordost, dann nach Ost und so schön weiter, statt nach politischen Erwägungen und Zweckmäßigkeitserwägungen.

Außerdem sind ja auch unsere politischen Funktionäre nicht Vögel, die im Sinne des alten Baron Todesco an zwei Orten zugleich sein können. Es kann daher unser Staatskanzler, wenn er es für notwendig findet, persönlich irgendwo zu erscheinen, diese Reisen nur in einer gewissen zeitlichen Reihenfolge unternehmen und die Reihung wird sich aus gewissen politischen Situationen ergeben, die vielleicht mit Ernährungsfragen oder mit irgendwelchen anderen Problemen zusammenhängen.

Und da meine ich, noch etwas anderes. Ein Systemwechsel der österreichischen Politik kann doch höchstens nur noch eine innerpolitische Seite haben. Es ist direkt größenwahnsinnig, in diesem jämmerlichen Staate noch von einem außenpolitischen Systemwechsel reden zu wollen. Wir sind ja gar nicht mehr in der Lage, irgendeine Außenpolitik zu machen.

Unsere Außenpolitik wird von außen gemacht, Sie ergibt sich aus den täglich sich ändernden Notwendigkeiten des Staates und hat eigentlich sonst nichts zu besorgen, als, solange wir ihn nicht selbst erwerben können, den täglichen Lebensunterhalt sicherzustellen. Da kann der Systemwechsel höchstens darin bestehen, ob wir Corned Beef oder Schwarzmehl bekommen, einen anderen Systemwechsel gibt es für mich auf dem Wege der äußeren Politik nicht. Ich schätze den Herrn Staatskanzler in seiner politischen Intelligenz viel zu hoch ein, als daß er sich nur einen Moment lang mit dem Wahne tragen könnte, daß er durch seine Reisen nach diesem oder jenem Orte Verschiebungen des europäischen Gleichgewichtes herbeizuführen vermag. Für die große Politik dieser Erde ist es belanglos,

wohin sich gerade die Reisen unserer Regierung richten. Es mag eine Differenz machen nach der Baluta des betreffenden Staates, die teurer oder billiger sein mag, oder nach dem Maße des Entgegenkommens der Gastlichkeit, das die betreffende Regierung unseren staatlichen Funktionären gewährt, und darnach, ob es sich in dem einen Falle mehr um Kohle und in dem anderen Falle mehr um andere Dinge handelt. Aber sonst vermag ich einen Systemwechsel nicht zu erblicken.

Der Gedanke eines Systemwechsels mag vielleicht so entstanden sein, daß Funktionäre unserer Regierung, unter den neuen Eindrücken dieser Tätigkeit stehend, bei ihrer Rückkunft in ihren Berichten zu gewissen Überbewertungen geneigt gewesen sein mögen. Es hat sich vielleicht ein gewisser Überschwang der Terminologie bemerkbar gemacht, der sachlich nicht immer gerechtfertigt war. Aber das sind Kinderkrankheiten einer jungen Demokratie; über die wir hinauskommen werden. Seit wann haben wir denn überhaupt das Recht, selbstständig Außenpolitik zu machen, soweit sie in diesem Staate überhaupt gemacht werden kann? Infolgedessen stehen wir außenpolitischen Dingen noch mit einer gewissen naiven Ursprünglichkeit gegenüber, während wir innenpolitischen Problemen gegenüber allerdings recht abgebrüht und abgehärtet sind.

Ich glaube also nicht, daß der Herr Staatskanzler auch nur eine Sekunde lang in dem Wahn gelebt hat, daß er vielleicht in Europa Licht und Schatten dadurch verteilen könne, daß er heute dahin und morgen dorthin fährt, sondern ich gebe der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß es sich ihm bei seinen Reisen tatsächlich um nichts anderes handelt, als in der Reihenfolge eines gewissen europäischen politischen Fahrplanes einen benachbarten Staat nach dem andern zu besuchen, um die Türen dieses Kerkers, in den uns die Entente eingesperrt hat, aufzumachen, denn bei offenen Türen ist ein kleines Lokal leichter zu ertragen als bei geschlossenen Türen und da liegt in allen diesen Dingen ein gewisser Sinn.

Dem Herrn Staatskanzler ist dabei eine kleine Vergesslichkeit passiert. Er hat von allen Nachbarstaaten gesprochen, insfolgedessen war es ja nicht notwendig, Ungarn noch besonders zu erwähnen; nicht wahr? Ich trage das hier nur nach. Er hat die anderen Staaten noch besonders erwähnt, weil mit ihnen schon Verhandlungen stattgefunden haben oder in der nächsten Zeit stattfinden werden. Aber ich meine, daß unsere Volkswirtschaft auch gegen die Produkte, die aus dem Gebiete Ungarns zufließen werden, keine Abneigung haben wird, und da unsere Außenpolitik nur eine wirtschaftliche Politik sein kann, so will ich in dieser Nichterwähnung Ungarns, trotzdem sie sich heute zum zweiten Male ereignet hat, nicht mehr als eine Redegewohnheit

des Staatskanzlers erblicken, ohne daß ich daraus irgendwelche politische Konsequenzen ableiten würde.

Wir stehen also vor der Notlage, ein Budget bewilligen zu müssen, einem System, das unsere eigenen Redner gestern kritisiert haben und das heute auch von seiten der Opposition eine gewisse Kritik erfahren hat. Ich meine nun das eine: Im Zusammenhange mit der inneren Politik ist ja von einem Systemwechsel auch von seiten der Opposition nicht gesprochen worden und, sehen Sie, die oppositionelle Presse ist mit diesem Worte eigentlich sehr vorsichtig. Ich will nicht leugnen — Sie wissen es ebensogut wie ich, wir brauchen uns in dieser Beziehung gar nichts vorzumachen, ich bin immer für Offenheit in der Politik —, es knistert hin und wieder im Gebälke der Koalition und manchmal knistert es so bemerkbar, daß auch die Außenstehenden von diesem Knistern etwas hören und etwas bemerken. Und da mache ich nun eine merkwürdige Beobachtung. Eigentlich müßte es doch den Kreisen außerhalb der Koalition, die an dieser Koalition so viel auszusetzen haben, Freude bereiten, wenn sie sehen, daß dieses verrückte System endlich seinem Ende entgegengeht. Und da kann ich mich erinnern, daß ich am Montag nach Ostern in der Grazer Montagszeitung einen ganz verzweifeltsten Artikel gelesen habe, daß im Gotteswillen diese Koalitionsparteien ihre Pflichtvergessenheit doch nicht soweit treiben und ernstlich die Koalition auflösen werden. Sie sollen sich doch besinnen, welche Pflichten gegenüber dem Staat und Volk sie mit der Bildung dieser Koalition übernommen haben, und diese Pflichten haben sie restlos zu erfüllen.

Wir würden uns auch durch derartige „Erpressungsversuche“ nicht abhalten lassen, aus der Koalition herauszugehen, wenn sich dieses Herausgehen für uns als eine unabwiesbare politische Notwendigkeit erweisen würde. Auf diese Art und Weise fängt man uns nicht ein. Aber etwas ist mir bei dieser Tatsache wieder klar geworden, was ich übrigens stets deutlich vor Augen gehabt habe. Wenn es eine parteipolitische Nutznießung der Koalition gibt, dann sind die Nutznießer dieser Koalition nicht jene Parteien, die in der Koalition sind, sondern jene Parteien, die außerhalb der Koalition sind. (Zustimmung.) Wir sehen in der Koalition kein politisches Manöver zur Beglückung der einen oder der anderen Partei, wir sehen in ihr eine Last, die das Schicksal auf unsere Schultern gelegt hat. Wir wollen darüber nicht raunzen, wir können darüber sprechen. Im übrigen werden wir sie, mit dem vollen Verantwortlichkeitsgefühl ernster Politiker belastet, manhaft ertragen, solange es notwendig ist und solange es möglich ist, und diese Möglichkeit muß den koalitierten Parteien — der einen von der anderen — geboten werden. Und da hat es nicht viel Sinn, Gefühle des Ekels und

ähnliche Ausdrücke heraufzubeschwören, die man im Beisammensein mit der andern koalitierten Partei empfinden könnte. Wir bleiben ja doch in einer gewissen Distanz; wir kommen uns nicht so nahe, daß wir dabei gezwungen wären, allerhand Wahrnehmungen zu machen, die uns vielleicht nicht befriedigen könnten. Sie legen ja Wert darauf, daß diese Distanz eingehalten wird, und in diesem Gefühle sind wir vollständig einig. Es ist ja kein Schmutz zur gegenseitigen Vergnügung, sondern es ist eine eiserne harte Notwendigkeit, die so lange getragen wird, als sie getragen werden muß und als sie getragen werden kann, und in diesem Sinne werden wir halt für dieses Budget mit allen seinen Mängeln und allen seinen Defekten, auf die ja der Herr Generalberichterstatter hingewiesen hat, zu stimmen in der Lage sein.

Wir werden in die Spezialdebatte des Gesetzes eingehen und werden dabei voraussichtlich wieder Gelegenheit haben, uns verschiedene Liebesswürdigkeiten mitzuteilen. Das wird nicht ausbleiben, das ist ganz unvermeidlich. Und wenn es sich um die Aufstellung von Systemen handeln würde, so wären wir ja auch in der Lage, eventuell dem System Ramek irgendein anderes System entgegenzustellen, vielleicht mit ernsthafteren Konsequenzen, als sie mit den für uns vorläufig ganz unerkennbarem System Ramek verbunden sind. Das sind Dinge, die kommen werden, Dinge, mit denen wir uns auch auseinandersetzen werden, Dinge, die wir vertragen werden. Hier steht wieder die Opposition einer Erscheinung gegenüber, für die sie nicht das richtige Verständnis hat. Ich würde mich in der Politik energisch dagegen verwahren, wenn man die Kritik an einem System, das man stützt, gewissermaßen als Sakrileg gegen dieses System auffassen würde. Jedes System muß kritisiert werden, und wenn jemand in diesem Hause hier ein Recht hat, an der Koalition Kritik zu üben, so sind es in erster Linie die Koalitionsparteien und nicht jene, die mit den Händen in der Hosentasche zuschauen, wie wir uns hier im Dienste des Staates und im Dienste der Bevölkerung vielfach politisch ruinieren. (Zustimmung.) Wir wollen uns auch die Kritik nicht verwehren lassen; wir verwehren sie Ihnen nicht, wir werden sie uns auch von Ihnen nicht verwehren lassen. Wir werden alles das, was wir auf dem Herzen haben, in der Budgetdebatte reichlich zu erklären Gelegenheit haben und es wird im Interesse beider koalitierten Parteien gelegen sein, wenn man dabei gewisse Ausdrücke wie „Ekel“ u. dgl. vermeidet. Das ist nicht unbedingt notwendig und wirkt auch nach außenhin nicht übermäßig gut. Aber was die sachliche Auseinandersetzung betrifft, so scheuen wir sie nicht. Wir sehen ihr mit Vergnügen entgegen und es wird für den ganzen Bau sehr gut sein, wenn er bei dieser

Gelegenheit der Budgetdebatte wieder einmal nach allen Seiten gründlich durchleuchtet wird, damit sich in dem Gehälte dieses Baues auf der linken oder rechten Seite nicht Elemente einnistet, die wir nicht wollen und die Sie nicht wollen. (Beifall und Händeklatschen.)

Präsident **Hauler**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Födermayr; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Födermayr**: Hohes Haus! Der in Verhandlung stehende Staatsvoranschlag, der bei einer Einnahme von 4 1/2 Milliarden eine Ausgabe von 13 1/4 Milliarden, also einen durch weitgehende Vollmachten und Kreditoperationen, zu deckenden Abgang von rund 8 Milliarden aufweist, bietet ein überaus trauriges Bild unserer finanziellen Lage.

Wenn wir die verschiedenen Gruppen des Voranschlages überprüfen, so finden wir, daß die Landwirtschaft sehr stiefmütterlich behandelt ist. Wir finden, daß in dieser Gruppe - den Ausgaben von 48,687.468 K Einnahmen von 39,917.216 K gegenüberstehen, also nur eine Bedeckung von Ausgaben im Betrage von 8,780.208 K notwendig ist. Wenn auch unbedingt angestrebt werden muß, daß in unserem Staatshaushalte die größte Sparsamkeit herrsche, so muß hier doch erklärt werden, daß unrichtige Sparsamkeit gerade bei der Landwirtschaft, wo es sich um Produktionsförderung heute mehr als je handelt, äußerst schädlich für den Staat wirken kann. Unterstützen wir daher die Landwirtschaft soweit als möglich, sie wird dies gewiß durch erhöhte Produktion lohnen. Wir müssen uns die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion sehr angelegen sein lassen und sehr dafür Sorge tragen, daß wir uns soweit als möglich selbst ernähren können und uns in der Ernährung vom Auslande möglichst unabhängig machen. Ein produktionskräftiger Bauernstand wird der beste Abnehmer für die Industrie und überdies auch steuerkräftig sein.

Wenn ich kurz auf die einzelnen Posten des Voranschlages für die Landwirtschaft eingehe, so erwähne ich vor allem das Lehr- und Versuchswesen. In diesem Kapitel finden wir für die staatlichen Anstalten 1,359.394 K, für die nichtstaatlichen Anstalten 270.000 K und für Förderungsmittel 289.000 K veranschlagt. Wenn man bedenkt, daß hierin alle für das landwirtschaftliche Bildungs- und Unterrichtswesen vorgesehenen Kosten enthalten sind, so muß doch jeder zugeben, daß von einer bedeutenden Förderung der so notwendigen theoretischen Ausbildung unserer ländlichen Jugend kaum die Rede sein kann. (Ruf: Sehr richtig!) Es werden hier wieder die Länder selbst große Opfer bringen

müssen. Es ist nur zu traurig, wenn man diese Beträge mit jenen vergleicht, welche unter dem Titel „Staatskanzlei“ für die Filzhauptstelle und Lichtbildstelle im Betrage von 770.000 K, denen wohl Einnahmen im Betrage von 680.000 K gegenübergestellt sind, ausgewiesen werden. Für Kinos kann also unser ohnedies verarmte Staat noch 90.000 K daraufzahlen, während man für die Förderung des landwirtschaftlichen Unterrichtes, die Einführung geeigneter Kulturmethoden, die Errichtung von Saatgutstellen, die Heranbildung von Pflanzenschutzorganen usw. im Verhältnis nur sehr bescheidene Beträge zur Verfügung stellen will. Die unter „Landeskultur“ ausgewiesenen Beträge sind mit Rücksicht auf die gegenwärtige Teuerung mehr als unzulänglich und ich befürchte, daß der Betrag von 14½ Millionen zum größten Teil für persönliche Bezüge, Vorarbeiten, Amtserfordernisse, Reisen usw. aufgebraucht werden und daß für die Durchführung der Projekte selbst kaum etwas Nennenswertes übrig bleiben wird. Zur Rechtfertigung dieser meiner Befürchtung führe ich an, daß doch niemand ernstlich glauben kann, daß mit Beträgen von 80.000 K unser Pflanzenbau, von 20.000 K unser Schlachsbau, von 360.000 K unsere darniederliegende Rinderzucht gefördert werden kann. 360.000 K für die Rindviehzucht genügen bei dem heutigen schlechten Stande unserer Valuta höchstens zur Anschaffung von zehn Zuchttieren, die in ganz Österreich verteilt werden müßten. Gegenwärtig wird an einem Stierfütterungsgesetz gearbeitet. Ich verspreche mir von dieser Maßnahme sehr viel, es wird dies die Grundlage für einen gedeihlichen Aufschwung unserer Rinderzucht sein. Es wird aber nur dann ein guter Erfolg eintreten, wenn der Staat, der ja durch die Kriegesmaßnahmen in den Ländern die Viehzucht erdroffelt hat, den Ländern die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt. Die Rinderzucht ist für unseren Staat genau so notwendig wie die Pferdezucht, und es wäre mehr als gerechtfertigt, wenn wir für dieselbe die gleichen Beträge wie für die Pferdezucht auswerfen würden.

Wie sehr sich die Aufwendungen zur Produktionsförderung für den Staat nützlich machen können, diene folgende Zusammenstellung, beziehungsweise Berechnung, die ich dem Berichte des landwirtschaftlichen Ausschusses über Kunstdüngerbeschaffung, der hier im Hause bereits auflegt, entnehme. Wenn die Regierung für die notwendigen Kunstdüngermengen im Ausmaße von 20.150 Waggons 2.450.000.000 K zur Verfügung stellt, vorausgesetzt, daß der Bezug dieser Kunstdüngermenge möglich wird, erspart der Staat bei einer Ertragssteigerung von 5 Meterzentner pro Hektar 5635 Millionen Kronen. (Hört!) Gewiß eine respektable Summe, die auf unsere Valuta nur günstig einwirken kann.

Gegenwärtig bemüht sich unser Ernährungsamt, den Kartoffelanbau durch Beistellung von Saatkartoffeln zu fördern. (Zwischenrufe.) Diese Aktion, die sehr zu begrüßen ist, würde gewiß von gutem Erfolg begleitet sein, wenn das Staatsamt den Landwirten mehr Vertrauen entgegenbringen würde. (Rufe: So ist es!) Unsere Bauern sehen absolut nicht ein, daß sie für diese Kartoffeln, welche durch Vertrag im Herbst wieder zurückgeliefert werden müssen, eine unverzinsliche Kautions im Betrage von 8 K pro Kilogramm, das sind 80.000 K pro Waggon, erlegen müssen. Unsere Kremstaler-Lagerhausgenossenschaft zum Beispiel bestellte 12 Waggons dieser Saatkartoffeln, um diese Menge an 15 Gemeinden zu verteilen und zur Vergrößerung der Kartoffelanbaufläche beizutragen, da aber die Kautions nicht aufgebracht werden kann, muß die an und für sich sehr gute Aktion unterbleiben. Vielleicht wäre es doch bei einigem guten Willen möglich, daß das Staatsamt hier einige Erleichterungen eintreten läßt. Da die Bauernschaft oft sehr viel Vertrauen der Regierung entgegenbringen muß, wäre es doch gerechtfertigt und klug, wenn die Regierung auch ihrerseits der Landwirtschaft mehr Vertrauen entgegenbringen würde. (So ist es!) Die Landwirtschaft würde dieses Vertrauen gewiß nicht mißbrauchen, wie dies leider von seiten der Regierung wiederholt geschehen ist — ich verweise nur auf die Getreideanleihe im Jahre 1917/18.

Eine weitere wichtige Maßnahme ist die Förderung des Weidebetriebes. Die Wichtigkeit eines rationellen Weidebetriebes für die Produktion ist allgemein bekannt. Was nützt aber die beste Weide, wenn der Auftrieb durch die hohen Frachtkosten unmöglich gemacht wird? Die Fracht für ein Weidetier zum Beispiel von Neuhofen bis Selztal — eine verhältnismäßig sehr kurze Strecke — kommt pro Stück bis 200 K (Hört!), bei einer Strecke von Eferding bis Steyerling, also in Oberösterreich selbst, bis 400 K pro Stück, für ein Weidetier von Tullnerboden bis Murau auf zirka 1000 K pro Stück Jungvieh zu stehen. Die gleichen Beträge sind selbstverständlich auch für den Rücktransport der Tiere in Rechnung zu stellen. Diese hohen Frachtsätze machen den Weidebetrieb zu kostspielig. Es muß daher die Regierung weitgehende Begünstigungen für den Transport der Weidetiere durch niedere Ausnahmefrachttarife eintreten lassen, damit die Weiden bestockt und auch ausgenutzt werden können.

Eine große und wichtige Aufgabe haben unsere Agrarbehörden, welche bereits im Ausbau begriffen sind, zu lösen. Was nützt uns die beste Bodenreform, wenn wir nicht den notwendigen Apparat, die Agrarbehörden, zur Durchführung haben? Wir legen bäuerlicherseits großen Wert

darauf, daß die bei den Agrarbehörden zu bildenden Kommissionen entsprechend zusammengesetzt werden. Durch die Wiederbesiedlung, Neuregelung, beziehungsweise Ablösung der Servituten, Kommassationen usw. werden wir die Produktion günstig beeinflussen und dies wird ganz besonders durch die Wiederbelebung ehemaliger Weidealpenwirtschaften auf die Hebung unserer Viehzucht günstig einwirken.

Die Hauptsache aber bei unseren Agrarreformen ist die Durchführung. Es muß getrachtet werden, daß das behördliche Verfahren möglichst vereinfacht werde (*Sehr richtig!*) und daß die Kommissionen nicht vom bürokratischen Geist beherrscht werden. Neben den richterlichen und technischen Verwaltungsbeamten müssen auch landwirtschaftliche Sachverständige aus dem Bauernstande beigezogen und in die Lage versetzt werden, die Entscheidungen zu treffen. (*Sehr richtig!*)

Als Beweis, wie weit der Aufkauf von Gütern gegangen ist, diene die große Zahl von Bauernwirtschaften und Häusleranwesen, welche bereits in die Verzeichnisse zur Wiederbesiedlung aufgenommen sind. In Oberösterreich beträgt die Zahl über 700, in den anderen Ländern teilweise noch weit mehr. Da aber zirka 80 Prozent der Verkäufe dieser Anwesen freiwillig erfolgten, kann nicht allgemein von einer Bauernlegerei gesprochen werden. Die Hauptschuld dieser Abverkäufe lag vielmehr in der damaligen schlechten wirtschaftlichen Lage des Bauernstandes. Es ist zu hoffen und wir müssen danach streben, daß diese traurigen Verhältnisse nicht wiederkehren.

Die große Bedeutung einer produktiven Landwirtschaft für den Staat haben nun auch die größten Gegner des Bauernstandes einsehen gelernt. Hoffentlich vergißt man in einigen Jahren nicht schon wieder, was wir heute alle anstreben: Einen erntenzfähigen, produktionskräftigen Bauernstand.

Um noch einmal auf die Agrarbehörden zu kommen, erkläre ich, daß es selbstverständlich ist, daß Länder und Gemeinden die Agrarbehörden bei der Durchführung ihrer Arbeit unterstützen. Wenn dann die Agrarbehörden sich den Schutz der Bauern angelegen sein lassen, wird es an dem notwendigen Vertrauen auf Seiten der Bauern nicht fehlen und der erwünschte Erfolg zum Wohle und Segen der Allgemeinheit wird bestimmt nicht ausbleiben.

Was die Steuern anbelangt, so ist sich die Landwirtschaft der Pflicht bewußt, daß auch sie einen entsprechenden Teil zur Bedeckung der Staatsausgaben beistellen muß. Die Gesamtsteuerleistung inklusive Vermögensabgabe darf aber nie über den Rahmen des Möglichen gehen. (*Sehr richtig!*) Zu hoch bemessene Steuern würden nicht nur den Bauernstand schädigen, sie würden unsere ganze Volkswirtschaft erschüttern. Ich warne daher heute schon die maßgebenden Kreise vor einer einseitigen,

zu schweren Belastung des Bauernstandes. (*Sehr richtig!*)

Wenn unter dem Titel: „Wirtschaftliche Hilfe für Industriezweige“ 150 Millionen zur Unterstützung der Wiederaufrichtung der notleidend gewordenen Industrie bewilligt werden, ist es nur recht und billig, wenn wir fordern, daß bei den landwirtschaftlichen Betrieben jene Teile des Vermögens von jeder Besteuerung frei bleiben, welche zur Wiederherstellung der durch den Krieg und Materialmangel vernachlässigten Ökonomiegebäude, des lebenden und toten Inventars, der Bodenkraft etc. notwendig sind.

Eine große Bedeutung legt die Landwirtschaft und mit ihr alle jene Kreise, welche es mit unserem jungen Staate ehrlich meinen, der neuen Verfassung bei. Mit Recht hat gestern der geehrte Abgeordnete Professor Seipel auf die Ungeduld des Volkes wegen der Verzögerung der Verfassung hingewiesen. Gewiß haben die Länder lange genug gewartet, daß die Regierung in Wien selbst etwas unternahme. Da dies nicht geschah, ist es nur selbstverständlich und nur zu begrüßen, daß die Länder selbst diesbezügliche Beratungen abhielten. Es ist dies ein Beweis, daß es den Ländern um unseren Staat ernst ist, und daß sie baldmöglichst geordnete Verhältnisse schaffen wollen. Je früher wir die Neuordnung durch die Verfassung herstellen, desto früher werden wir gefunden.

Heute und gestern konnte man wiederholt die Mahnung vernehmen: Arbeit und wieder Arbeit und nicht verzagen! Deshalb erlaube ich mir zum Schlusse an die Mitglieder dieses hohen Hauses zu appellieren, einzuwirken, daß endlich wieder einmal überall die zu unserem Aufbaue notwendige Arbeitslust eintrete. Die Landwirtschaft geht gewiß mit gutem Beispiele voraus. (*Zustimmung.*) Arbeitswille und Ausdauer zeichnete seit jeher die gesamte bäuerliche Bevölkerung aus. (*Sehr richtig!*) Sorgen wir dafür, daß der gleiche Arbeitswille und die gleiche Ausdauer überall eintrete. Sorgen wir aber auch dafür, daß dieser Arbeitswille und diese Ausdauer bei der Landwirtschaft nicht künstlich zerstört wird. (*Beifall.*)

Präsident Hauser: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Gröger; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Gröger: Hohes Haus! Der vorliegende Staatsvoranschlag bietet ein äußerst trauriges Bild unserer wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse. Daran ist zu erkennen, wie arm uns der entsetzliche Weltkrieg gemacht hat. Was wir an Menschen, an Arbeitskräften, an Gütern und an Kulturwerten verloren haben, ist vorläufig noch gar nicht festgestellt, das wird erst später bekannt werden.

Deshalb muß man immer wieder sagen, welch furchtbares Verbrechen durch den Krieg an der Menschheit begangen wurde und wie schwer jene an der Verantwortung tragen, die mitschuldig gewesen sind, daß der Krieg ausgebrochen ist und so sehr in die Länge gezogen wurde. Wir Sozialdemokraten fühlen uns frei von Schuld. Wir haben jahrzehntelang gegen den Militarismus und dessen notwendige Folgen, den Krieg, gekämpft, wir haben immer wieder warnend die Stimme erhoben und auf die Folgen eines Krieges hingewiesen. Im Gegensatz zu jenen politischen Parteien, die dem Kaiser eine Dankadresse für die Kriegserklärung an Serbien überreicht haben, haben wir die Bevölkerung aufmerksam gemacht auf all die Folgen, die ein Krieg für die Menschen nach sich ziehen muß.

Wir haben noch in letzter Stunde versucht, unsere warnende Stimme gegen den Krieg ertönen zu lassen. Während die bürgerlichen Parteien täglich vom Durchhalten geredet haben, während ihre Zeitungen unausgesetzt Hezartikel für die Fortführung des Krieges gebracht haben, haben wir Sozialdemokraten mit allen Mitteln versucht, den Krieg, als er schon ausgebrochen war, so rasch als möglich zu beendigen. Allein wir waren zu schwach, um den furchtbaren Geschehnissen Einhalt zu gebieten, und so leiden wir nun alle an den Folgen dieses Weltkrieges und am aller schwersten leiden die arbeitenden Menschen dieses Staates.

In dieser Beziehung hat die Bevölkerung Kärntens unter allen Ländern am schwersten zu leiden gehabt. Unsere Verlustlisten weisen die höchsten Ziffern auf und das Glend, das wir als unmittelbares Grenzland mit dem kriegsführenden Staate Italien miterlebt haben, läßt sich nicht schildern. Zehntausende todtwunder Soldaten hat unser Land beherbergt und noch mehr haben wir durch Kärnten durchziehen gesehen. Das Herz hat sich uns zusammengekrampft bei dem Todesröcheln, bei den Verzweiflungsschreien dieser todtkranken Menschen, die aus dem Felde zurückgekommen sind. Die furchtbaren Schmitthausen und Brandruinen des Kanals und Gailtales sind ein deutliches Kennzeichen der Wirkungen des Krieges, wie sie sich in unserem Lande gezeigt haben. Und was das aller schwerlichste ist, der Friedensvertrag von Saint-Germain hat unser Land in drei Teile zerrissen. Wir haben die wertvollsten Bodenschätze und die wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte durch den Friedensvertrag verloren. Das schöne Kanaltal mit Tarvis, die reichen Bergwerke in Maibl sind an Italien verloren gegangen, das industriereiche Miestal mit seinen Berg- und Eisenwerken in Schwarzenbach, Wies, Prävali, Gutenstein und mit seinem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Unterdrauburg mußte an Jugoslawien abgetreten werden. Nebstbei haben wir Tausende von Deutschen verloren, die unter die nationale

Fremdherrschaft gebeugt wurden. Und nur eine Hoffnung ist uns geblieben, die Hoffnung auf die Volksabstimmung im Klagenfurter Gebiet. Mit unendlicher Sehnsucht erwarten wir den Tag, an dem der Friedensvertrag ratifiziert wird. Erst dann wird es möglich sein, die Entscheidung herbeizuführen, ob die Bevölkerung in den strittigen Gebieten Kärntens zum S. H. S.-Staat oder zur deutschösterreichischen Republik gehören wird.

Wir deutschen Sozialdemokraten haben durch Jahrzehnte einen schweren Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Nationen geführt, wir sind stets gegen jede nationale Unterdrückung, gegen jede nationale Vergewaltigung aufgetreten und nicht selten sind wir dafür als nationale Verräter hingestellt worden. Um so schmerzlicher, um so bitterer haben wir es empfunden, daß die freigewordenen Nationen das Selbstbestimmungsrecht mit Füßen getreten und an dessen Stelle die brutale Militärdiktatur gesetzt haben. Südkärnten ist seit November 1918 von den Jugoslawen militärisch besetzt. Trotz aller vereinbarten Waffenstillstandsverträge und der Festsetzung der Demarkationslinie haben die Jugoslawen am 29. April und am 29. Mai des vorigen Jahres an der ganzen Front Vorstöße unternommen, die schließlich zu jenen Abwehrkämpfen der deutschen Bevölkerung führten, die ja bekannt sind. Bei diesen Abwehrkämpfen sind gewiß viele Übergriffe vorgekommen und gerade wir Sozialdemokraten dürfen das sagen, weil wir gegen diese Übergriffe den heftigsten Kampf geführt haben. Schließlich führte der Krieg nach dem Kriege in unserem Lande zur zweimonatlichen Besetzung der Stadt Klagenfurt und diese Stadt wurde erst befreit, als der Friedensvertrag in St. Germain im Juli des vorigen Jahres zustande kam.

In diesem Friedensvertrag ist für die strittigen Gebiete Kärntens die Volksabstimmung vorgesehen und wir danken unseren Friedensdelegierten, daß es ihnen möglich war, diese Bestimmung in den Friedensvertrag hineinzubringen. Seit dem Juli des vorigen Jahres wartet nun die Bevölkerung der strittigen Gebiete Kärntens und insbesondere die Bevölkerung der südlichen Zone A auf die Volksabstimmung. Als die Jugoslawen von Klagenfurt abzogen, wurde eine Demarkationslinie geschaffen, die die schwersten Nachteile für die Stadt Klagenfurt nach sich zog. Die Stadt Klagenfurt verlor dadurch ihr Hinterland, sie bekam keine Lebensmittel herein, was bis auf den heutigen Tag noch so ist. Die Stadt Klagenfurt hat ihr Elektrizitätswerk und ihr Wasserwerk jenseits der Demarkationslinie und wenn die Zone A verloren gehen sollte, dann käme die Stadt Klagenfurt dadurch in die schwerste Bedrängnis. Den Landwirten war es dadurch nicht möglich, ihre landwirtschaftlichen Produkte der konsumierenden Bevölkerung der Stadt Klagenfurt zuzuführen

und unsere gewerblichen und industriellen Erzeugnisse konnten den Landwirten jenseits der Demarkationslinie nicht zugeführt werden. In politischer Beziehung hat uns die Besetzung durch die Jugoslawen sehr geschadet. Das Land kann zu keiner Landtagswahl, zu keiner Gemeindevahl kommen, die Regierung kann nicht so funktionieren wie es notwendig wäre, Regierung, Landesauschuß und Landtag befinden sich außerhalb des strittigen Gebietes, in St. Veit an der Glan. Es führt das häufig zu Unzukömmlichkeiten, die dem Lande sehr zum Schaden gereichen.

Während in allen anderen Ländern des deutschösterreichischen Staates die Landtags- und Gemeindevahlen längst vorüber sind, konnten wir noch nicht darangehen, die Wahlen vorzunehmen, weil bei der Wahl für den Landtag in dem nicht strittigen Teile des Landes nur ein Kumpflandtag zustandekäme und die übrigen Bewohner des Landes keine Vertretung hätten. Die Leiden, unter denen die Bevölkerung in der Abstimmungszone leidet, sind wiederholt in der Öffentlichkeit, durch Anfragen im Parlament usw. geschildert worden. Als Jugoslawien dieses Gebiet besetzte, wurden sämtliche Gemeindevertretungen aufgelöst und die Gemeinden von Jugoslawen verwaltet. An der Bevölkerung werden Erpressungen aller Art, von der Ranzel, durch Flugblätter, durch wirtschaftliche Bergewaltigungen begangen. Viele Menschen sind aus der Zone A geflüchtet; sie mußten flüchten, weil sie sonst Gefahr gelaufen wären, verhaftet und schwer bestraft zu werden. Diese Flüchtlinge irren mit ihren Familien im ganzen Lande herum. Ihre Felder zu Hause können nicht bebaut werden, ihre Wirtschaft geht zugrunde. Die Verhältnisse haben so weit geführt, daß es wiederholt zu Tötungen von Menschen an der Demarkationslinie gekommen ist. Erst in der letzten Zeit ist es etwas besser geworden. Den vielfachen Bemühungen unseres Staatsamtes für Auswärtiges ist es gelungen, dahin zu wirken, daß die Flüchtlinge teilweise zurückkehren dürfen und daß sich die Verhältnisse einigermaßen gebessert haben.

Man soll endlich bald der Tag der Abstimmung nahen. Man hat erfahren, daß der Friedensvertrag in den nächsten Wochen ratifiziert werden dürfte und daß nach der Ratifikation die Volksabstimmung in Kärnten vorgenommen werden wird. Es ist selbstverständlich, daß die Volksabstimmung in Kärnten unter Ausschaltung jeder Beeinflussung vorgenommen werden muß und wir begrüßen es deshalb, daß eine interalliierte Kommission eingesetzt wird, die, wie wir hören, die Verwaltung in der Zone A übernehmen soll, wodurch die Gewähr geleistet wird, daß die Bevölkerung nach freiem Ermessen, nach eigenem Willen stimmen darf.

Ich möchte von dieser Stelle aus an die zu ernennende interalliierte Kommission den Appell

richten, völlige Objektivität walten zu lassen, und möchte bekanntgeben, daß die Bevölkerung ihre ganze Hoffnung und ihr ganzes Vertrauen in diese interalliierte Kommission setzt. Wir Sozialdemokraten verlangen nichts anderes, als daß das Volk über seine Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Staate frei entscheiden soll. Frei und unbeeinflusst soll jeder seine Stimme abgeben, wie es ihm beliebt. Dann braucht uns um das Ergebnis der Volksabstimmung nicht bange zu sein.

Wohl ist es wahr, daß in der Zone A die Mehrheit der Bevölkerung der slowenischen Nation angehört. Aber diese Slowenen sind alle der deutschen Sprache mächtig und alle gravitieren sie nach Klagenfurt, nach Kärnten, nach Deutschösterreich. Es sind die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, die bei der Abstimmung in den strittigen Gebieten mehr in Betracht kommen als die nationalen. Es steht mir gewiß nicht zu, mich in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens einzumischen, aber das eine muß schon gesagt werden: Politisch leben die Menschen in der deutschösterreichischen Republik viel freier als es in Jugoslawien der Fall ist. Die Arbeiter des strittigen Gebietes in Kärnten, des Bölkermarkter Bezirkes und des Rosenthales haben jahrzehntelang der gewerkschaftlichen, politischen und konsumgenossenschaftlichen Organisation der österreichischen Sozialdemokratie angehört. Diese Arbeiter haben mit glühender Begeisterung die revolutionäre Bewegung in Österreich verfolgt, sie wollen teilnehmen an allen politischen und sozialpolitischen Errungenschaften der deutschösterreichischen Republik. In Jugoslawien herrscht heute noch der Militarismus, die Zwangseinrückung, es herrscht die Dynastie, es gibt noch kein Frauenwahlrecht und die sozialpolitische Gesetzgebung läßt alles zu wünschen übrig. Deshalb wollen die sozialdemokratischen Arbeiter der Abstimmungszone, wenn sie auch Slowenen sind, nicht zu Jugoslawien, sondern sie halten treu und fest zu Deutschösterreich, sie halten treu und fest zu ihrer alten Organisation, mit der sie durch Jahrzehnte alle Freuden und Leiden, alle Kämpfe und Erfolge geteilt haben.

Wirtschaftlich sind die Karawanken die natürliche Grenze. Die Bevölkerung der Abstimmungszone A ist auf die Bevölkerung der Abstimmungszone B angewiesen und umgekehrt. Beide können ohne einander nicht leben. Den bäuerlichen Besitzern ist es nicht leicht möglich, ihre Produkte über die Karawanken nach Laibach zu bringen. Klagenfurt kann ohne das Hinterland des Bölkermarkter Bezirkes und des Rosenthales wirtschaftlich nicht existieren. So sind es also vornehmlich wirtschaftliche und politische Gründe, die uns zu der Hoffnung berechtigen, daß das Ergebnis der Abstimmung ein Veto für Deutschösterreich sein wird. Mit der Vollendung der Abstimmung wird endlich

der unsichere Zustand, unter dem wir mehr als eineinhalb Jahre in Kärnten gelebt haben, beseitigt sein, wir werden endlich wieder zu geregelten Verhältnissen kommen.

Wenn sich die Bevölkerung der Abstimmungszone für Deutschösterreich entscheidet, dann wird allerdings auch Vorsorge getroffen werden müssen, daß die nationalen Rechte der Slowenen gesichert werden. Dann wird mit jener alten nationalen österreichischen Gewaltpolitik gebrochen werden müssen, die soviel Unglück über die Völker gebracht hat. Dafür werden die Sozialdemokraten im Lande zu sorgen wissen, daß die Slowenen nicht vergewaltigt werden, daß ihnen die Möglichkeit gegeben ist, sich national und kulturell im Lande zu entwickeln.

Wenn die Volksabstimmung vorüber sein wird, dann werden wir auch an den Abbau des nationalen Hasses und des nationalen Chauvinismus gehen müssen. Wir werden trachten müssen, mit unseren Nachbarstaaten freundschaftliche Beziehungen einzugehen, wir werden trachten müssen, Verhältnisse zu schaffen, die es uns ermöglichen, miteinander wirtschaftlich zu verkehren.

Mag aber die Volksabstimmung in Kärnten ausgehen wie immer, unser Grundsatz ist: Des Volkes Wille sei höchstes Gesetz! So fassen wir deutsche Sozialdemokraten das Selbstbestimmungsrecht des Volkes auf. Und weil wir gute Deutsche sind, sind wir auch gute Internationale. Deshalb sind wir felsenfest überzeugt von der internationalen Verbrüderung des Proletariats der ganzen Welt. Nicht in Feindschaft mit den Proletariern des S. H. S.-Staates wollen wir leben, sondern in brüderlicher Gemeinschaft. Wir grüßen unsere südslawischen und unsere romanischen Brüder, weil wir wissen, daß wir im gemeinsamen Kampfe erst imstande sein werden, das Joch des Kapitalismus vom Proletariat abzuschütteln. Sobald die Volksabstimmung vorüber ist, werden wir im Lande wieder in der Lage sein, uns zu orientieren und das Kärntnervolk wird wieder frei aufatmen und imstande sein, gegenüber der deutschösterreichischen Republik voll und ganz seine Pflicht zu erfüllen.
(Lebhafter Beifall.)

Präsident **Hausler**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete **Steinegger**.

Abgeordneter **Steinegger**: Hohe Nationalversammlung! In sehr abfälliger Weise hat Herr Dr. Adler über die Länder gesprochen und sie als eine zweite, mindere Art von Staatsgebiet hingestellt.

Unsere Ansichten hierüber sind allerdings ganz verschieden. Wir sind der Meinung, daß erst der freiwillige Zusammenschluß der Länder und ihre

Anteilnahme an allen gemeinsamen Arbeiten, den Staat gebildet hat, daß auf Grund des demokratischen Prinzips alle gleichwerte, gleichberechtigungs-würdige Glieder des Staates sind. Zu einem großen Teil hat die Ansicht und die dieser Ansicht oft entsprechende Tätigkeit, welche gestern Herr Dr. Adler als Lehrsatz ihrer Partei verkündet hat und welche in der Knebelung der Länder sich auswirkte, dazu beigetragen, dem so notwendigen Aufbau hinderlich zu sein.

Die notwendigen Unterstützungen für die Länder, die ihre Steuern und sonstigen Gelder zum größten Teil nach Wien zur Verfügung der Regierung fließen lassen, sind sehr spärlich geflossen, waren oft von einer bitteren Schale begleitet oder sind auch ganz verweigert. Die wirtschaftlich so notwendige Entwicklung ist nicht zuletzt auch dadurch gehemmt worden.

Wenn man glaubt, durch eine solche Methode die Länder zu gefügigen Werkzeugen, vielleicht für die Erstellung der Verfassung in sozialistisch-zentralistischem Sinne zu machen, so dürfte man sich allerdings meiner Überzeugung nach schwer täuschen.

Wir glauben überhaupt, daß nur zufriedene Glieder imstande sind und auch zu haben sein werden in freiwilliger, freundlicher Zusammenarbeit einen glücklichen Bestand habenden Staat zu bilden, welcher auch den wirtschaftlichen, sittlichen und kulturellen Anforderungen der so schwer geschädigten Bevölkerung Rechnung tragen kann.

Jedes Land sagt sich heute: So kann es nicht weiter gehen, so ist es ein Elend ohne Ende oder es kommt ein Ende mit Schrecken.

Alle Bestrebungen der Länder aus diesem gefährlichen Käfige hinauszukommen, sind daher begreiflich und die Reklamation des geraubten Selbstbestimmungsrechtes ist sehr notwendig. Das Volk von Tirol ist am Ende seiner Kräfte, am Schluß seiner Existenzmöglichkeit, es ist ein braves, arbeitsfreudiges Volk und sein Ruf nach Rettung darf nicht ungehört verhallen.

Bei allen unseren Bestrebungen, eine Wendung zum Besseren herbeizuführen, steht uns immer die Vereinigung und Wiederherstellung von ganz Deutschtirol vor Augen, da der einzelne Teil auf die Dauer lebensunfähig ist, da beide Teile, Nord- und Deutschsüdtirol wie Mann und Frau, wie eine Familie auf Grund der geschichtlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und völkischen Bande zusammengehören. Ein freies Volk unter Wahrung seiner Eigenart, wird Tirol mit allen anderen gutgewillten Deutschen eine glückliche Zukunft schaffen helfen.

Bergwerksprodukte, Wasserkräfte und Holzreichtum, die Grundbedingungen für eine aussichtsreiche Zukunft, neben einer blühenden Landwirtschaft, machen Tirol zu einem begehrenswerten Faktor, der wohl verlangen kann, daß im Interesse des

gefunden Aufbaues und seiner wirtschaftlichen Entwicklung, zugunsten aller Stände und Bevölkerungskreise, ihm die heute so notwendige Hilfe gewährt und Verständnis entgegengebracht wird.

Die Reise des Herrn Kanzlers nach Rom haben wir Tiroler mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Wir hoffen zuversichtlich, daß sie nicht dazu beigetragen hat, die Vereinigung unserer Stammesbrüder im Süden mit uns zu erschweren oder zu behindern. Nicht Friedensvertrag noch andere Gewaltmittel, sondern im eigenen Interesse berechtigtes Verständnis können imstande sein, eine erfolgversprechende Zusammenarbeit und Zusammenwirken aller Deutschen zu ermöglichen. Wir fordern die Lösung der Verfassungsfrage deshalb an erster Stelle, weil sie uns geeignet erscheint, als Grundlage einer gesunden Entwicklung zu dienen.

Die Passivität unserer Volkswirtschaft ist Passivität unseres Staatshaushaltes, so wurde zu Beginn dieser Budgetdebatte verkündet.

Die Volkswirtschaft setzt sich aus der Produktion des ganzen Volkes zusammen. Die einzelnen Stände sind die Glieder, welche beizutragen haben, durch produktive, gemeinnützige Tätigkeit die Volkswirtschaft zu gestalten. Wenn wir einen Blick auf diese Tätigkeit werfen, so wird uns die heutige Passivität ohne weiteres klar. Neben äußeren, allgemein bekannten Erscheinungen sind es auch innere Entwicklungen, welche dazu beitragen. Große Teile der manuellen Arbeiterschaft wurden zielbewußt zum Klassenkampfe erzogen. Der nackte Materialismus, welcher leider auch bereits bei anderen Volksschichten Aufnahme gefunden hat, ist die Grundlage des Klassenkampfstandpunktes. Gerade die heutige Zeit in ihrer bisherigen Entwicklung zeigt uns, daß dieses Programm des Materialismus, verbunden mit der freien Kräfteentfaltung, nur einer einzelnen Menschenklasse nicht zu wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Gefundung führt.

Die scheinbar moderne sozialistisch gewerkschaftliche Entwicklung hat wohl einem Teile der Arbeiterschaft stetig ansteigende Löhne gebracht, aber gleichzeitig, trotz der scheinbaren Mehrentlohnung der Arbeitskraft, eine immer schlechtere, elendere Lebensweise.

Mit elementarer Deutlichkeit hat sich gezeigt, wie eng zusammenhängend mit der Lohnfrage das ganze Wirtschaftsleben ist. Die Rettung der Arbeitermassen, wenigstens großer Teile derselben, ist an der Theorie gescheitert.

Manueller und geistiger Arbeiter, Mittelstand und ehrliche Produktion mußte durch den einseitigen Klassenstandpunkt in ein Mißverhältnis gebracht werden, welches der Existenzmöglichkeit und der so notwendigen Hilfe hinderlich ist.

So sehr auch die christliche Arbeiterschaft ohne Unterschied auf dem Standpunkt der Be-

kämpfung jedes volksschädlichen Kapitalismus und Besitzes seit jeher gestanden hat, so ist sie doch auch von der Notwendigkeit einer gesunden, ungehemmten, volkswirtschaftlich notwendigen Produktion überzeugt. Sie ist sich klar, daß jede Hemmung derselben auf sie selber schädigend rückwirkt. Die Gegenwart zeigt uns mit aller Deutlichkeit, daß ihre Lehre die richtige ist.

Und an Hemmungen hat es nicht gefehlt. Die Arbeiterschaft, gleichgültig ob manuelle oder geistige, braucht einen wirtschaftlich produktions- und lohnkräftigen Brotherrn.

Der Herr Staatskanzler hat vor nicht allzulanger Zeit die Möglichkeit einer Stockung der Industrie und die Möglichkeit der Zahlungsunfähigkeit des Staates gegenüber seinen Angestellten und Arbeitern betont. Es wäre im Interesse der Arbeiter- und Angestelltenschaft sowohl wie der übrigen erwerbenden Stände gewiß wissenswert, welche Vorkehrungen getroffen worden sind, um das Volk vor dieser Gefahr zu schützen.

Das Zentralenwesen und seine Auswüchse haben nicht nur dem Schleichhandel Vate gestanden und so zur Verelendung der im Lohnverhältnisse Stehenden beigetragen, sondern auch den ehrlichen Handels- und Gewerbestand schwer geschädigt. Wir wissen genau, daß alle Zentralen nicht mit einem Schlag fallen können, daß im Interesse der Konsumenten manche Bewirtschaftung noch notwendig ist, aber wir haben auch die Überzeugung, daß vieles besser sein könnte, wenn dort weniger volksfremde Elemente Einfluß hätten.

Nahrungsvorsorgung, Lebensmittelversorgung und Kredithilfe wäre vielleicht viel eher und im wirklich notwendigen Ausmaß zu erlangen, wenn unsere inneren Verhältnisse vertrauenerweckender wären. Gewerbe, Industrie, Handel und Landwirtschaft warten bisher noch immer vergeblich auf diese Befruchtung. Das Inland muß mithelfen, dieses Vertrauen zu gewinnen. Die Lösung der Verfassungsfrage und finanzielle Ordnung werden uns wesentlich der Lösung näher bringen.

Die Vermögensabgabe und die neue Steuer-gesetzgebung muß so gehalten sein, daß sie den Arbeiter, den Mittelstand und die ehrliche Produktion nicht vollständig vernichtet.

Schieber, gewissenlose Ausbeuter und Wucherer, diese Pampyre am armen Volke, sind unbarmherzig zu einer Abgabe heranzuziehen, welche ihnen den gesamten ergaunerten Gewinn zugunsten der Bevölkerung abnimmt.

Gemeinnützige Unternehmungen, Genossenschaften, freiwillige Feuerwehren, Krankenkassen, Turn- und Sportvereinigungen und sonstige Wohlfahrtsinstitutionen werden besonders berücksichtigt werden müssen. Die Länder werden viel größeres Zutrauen zu allen Finanzoperationen haben, wenn

sie durch die rasche Lösung der Verfassungsfrage endlich genau die Zusammensetzung und den Aufbau des Staates kennen, für welchen sie die Opfer bringen.

Eine unserer Hauptforderungen ist die Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung, deren Erreichung wir mit allen Mitteln anstreben.

Die rasche Durchführung der land- und forstwirtschaftlichen Krankenversicherung, die Hausbediensteten- und Heimarbeiterversicherung hat sofort in Angriff genommen zu werden. Arbeiter und Angestellte, kleine und mittlere Gewerbetreibende und Produzenten nebst dem Mittelstande sind in dieselbe einzubeziehen.

Die Invaliden-, Witwen- und Waisenversorgung wird noch weit ausgreifender und wirksamer durchgeführt werden müssen. Die bereits bestehenden Gesetze müssen endlich auch in der Praxis durchgeführt werden. Eine bessere Aufklärung muß einsetzen, damit diese Armen wissen, was ihnen alles gebührt. Die Möglichkeit der Beschäftigung muß für die dazu Tauglichen geschaffen werden. Die Beteiligung mit Zuschüssen, Bedarfsartikeln und Schuhen hat ländersweise, nach der Zahl der Invaliden, Witwen und Waisen gleichmäßig ohne Organisationsunterschied zu erfolgen.

Raschere und bessere Gebührenausszahlung für Heimkehrer, Medaillenzulagen und sonstige Ansprüche rasch und wohlwollend zu erledigen, ist wohl eine selbstverständliche Forderung.

Aber auch für Staatsangestellte und Pensionisten ist die dringende Durchführung bereits bewilligter Maßnahmen unbedingt erforderlich. Sollte zu den Durchführungsarbeiten das bereits überlastete Personal nicht ausreichen, so sollten im Interesse einer sehr raschen Erledigung Hilfskräfte beigezogen werden.

Die Erstellung von Wohnungen für alle diese Kreise ist eine Notwendigkeit. Das Privatkapital ist vielfach zu schwach, deshalb ist die gemeinnützige Wohnungsfürsorge durch den Staat besonders zu fördern.

Die Jugendfürsorge ist ein Gebot der Stunde. Jugendgerichte, welche weniger auf Bestrafung als Verbesserung der Erziehung Rücksicht nehmen, erscheinen notwendig. Ziehlindergesetz und Kinderarbeitsgesetz, bereits lange beschlossen, sind endlich praktisch durchzuführen. Das Subventionierungswesen darf nicht auf Partei, sondern nur auf Leistung und Not Bedacht nehmen.

Der Ausbau der Gewerbeinspektionen unter Heranziehung männlicher und weiblicher Kräfte aus dem Angestellten- und Arbeiterstande ist dringend. Die Exekutionsgewalt der Gewerbeinspektoren ist im Interesse des Arbeiterschutzes zu regeln.

Eine Hauptforderung der christlichen Arbeiterschaft bildet die Anwendung der geheimen, gleichen

Verhältnismahl bei allen Institutionen, welche die Arbeiterschaft betreffen, Arbeiterkrankenanstalten, Unfall- und Pensionsanstalten. Besonders auch bei den zu bildenden Arbeiter- und Angestelltenkammern verlangen wir, daß keine andere, die christliche Arbeiterschaft vergewaltigende Wahlart geschaffen werde.

Terror und sonstige Gewaltmittel sind eines demokratischen Staates unwürdig. Die Arbeiterschaft mag sich gewissenloser Hezzer entledigen und der Überzeugung Raum geben, daß nur Zusammenarbeit in stände ist, ihr im Rahmen der christlichen Solidarität Hilfe zu bringen.

Dies allein ist auch in stände, in der Arbeiterschaft jenes Verantwortungs- und Pflichtgefühl zu erhalten, welches die volkswirtschaftliche Gesundung und Aktivität erfordert.

An der religiösen Erziehung unserer Kinder in der Schule und der katholischen Ehe, diesen Grundpfeilern eines gesunden, entwicklungsfähigen Staatswesens, lassen wir nicht rütteln.

Wenn Herr Dr. Adler gestern sich so breit über den Monarchismus verbreitet hat, so glaube ich, er hat einem Kampf gegen Gespenster geführt, die ebensowenig da sind, wie vielleicht früher Koffer und sonst alles mögliche mit Maschinen-gewehren und Mörsern. *(Lebhafter Beifall.)*

Präsident Hausser: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Stricker.

Abgeordneter Stricker: Hohes Haus! Ich werde für das Budget stimmen, das heißt ich werde im Namen meiner Wähler der Regierung das Vertrauen ausdrücken. Ich tue das nicht deshalb, weil ich von den politischen Fähigkeiten unserer regierenden Herren entzückt bin, ich tue es nicht deshalb, weil ich alle getroffenen Maßnahmen gutheiße, sondern weil ich den guten Willen der regierenden Parteien anerkenne, die Ruhe in diesem Staate aufrecht zu erhalten, und stehe auch nicht an, zu sagen, daß es den koalitierten Parteien gelungen ist, diese Ruhe tatsächlich zu wahren.

Ich muß mich dagegen wenden, wenn von verschiedenen Seiten die Zustände in unserer Republik so dargestellt werden, als wenn wir hier im Zustande der größten Anarchie leben würden. Ich muß mich gegen die von sogenannter bürgerlicher Seite ausgeübte Demagogie aussprechen. *(Bravo!)* Es ist demagogisch, wenn man sagt, daß in Österreich der Angehörige des Mittelstandes seines Lebens und seines wirtschaftlichen Besitzes nicht sicher ist. Es ist demagogisch, wenn man Einzelfälle herausgreift und dann generalisiert. In der gestrigen Debatte wurde zum Beispiel der Fall des Neunkirchner Direktors Zweifel angeführt.

Dieser Fall soll als Beweis dafür dienen, daß man in der Republik Österreich den Arbeiterräten schutzlos preisgegeben ist. Der Fall Zweifel hat nur dadurch ein ganz besonderes Gesicht bekommen, weil in diese Prügelei — und mehr war es nicht als eine Prügelei — eine dritte Macht eingegriffen hat, eine übelberatene dritte Macht.

Meine Damen und Herren! Sieben österreichische Arbeiter haben einen Schweizer Fabrikdirektor durchgeprügelt und das hat Anlaß gegeben, um der Republik Österreich gewisse Vorschriften zu machen und ihr zu drohen. Ich sage ganz glatt heraus: Wenn der Fall umgekehrt gewesen wäre, wenn sechs österreichische Fabrikdirektoren einen Schweizer Arbeiter durchgeprügelt hätten, wäre diese Note nicht erlassen worden. (*Sehr richtig!*) Ich mache der demokratischen Schweiz keinen Vorwurf daraus, ich mache aber denen einen Vorwurf, die die Schweiz dahingebacht haben, so etwas zu tun.

Es wurde uns gestern hier auch erzählt, daß das Ausland über unsere Zustände entsetzt ist. Es wurde uns berichtet, daß ein Herr aus England nach Wien gekommen ist und gesehen hat, wie arme alte Weiber Holz fällen und ein gutgekleideter uniformierter Mensch dabei steht und nicht Holz hackt, sondern achtgibt. Da hat der Herr aus England, der übrigens ein sehr naiver Herr sein muß, diesen Wachthabenden gefragt: Warum hackst du nicht das Holz und warum geben die armen Weiber nicht acht? Das ist ja etwas, was man sonst immer als die gottgewollte Ordnung angesehen hat, daß einer gut angezogen und gut genährt irgendwo steht und andere, die weniger gut angezogen und weniger gut genährt sind, arbeiten. Um das zu konstataren, hätte sich dieser Sohn der britischen Nation nicht nach Wien bemühen müssen. Wenn ihm solche Fragen am Herzen liegen, so hätte er sie auch in London stellen können. Ich war vor ein paar Wochen in London und da habe ich gesehen, daß sehr gut aussehende Herrschaften im Automobil fahren und sich nebenher arme Krüppel schleppen müssen. Ich glaube nicht, daß dieser Herr sich getraut hätte, in London die Frage zu stellen: Warum steigst du nicht aus dem Automobil aus und läßt den Krüppel in das Automobil? So die Auslandsmeinung bearbeiten zu wollen, heißt denn doch die Urteilskraft des Auslandes sehr gering einschätzen.

Nehmen wir aber an, daß tatsächlich gewaltige Ausschreitungen der Arbeiter vorkommen. Ich bitte, doch zu bedenken, daß wir einen historischen Prozeß mitgemacht haben, daß eine Klasse einen Sieg über die andere errungen hat, und Sie wissen, daß siegende Klassen absolut nie zart auf das reagieren was früher war. Ich muß feststellen, daß die

Arbeiterklasse Österreichs tatsächlich in gemäßigter Form reagiert hat. Die gegenwärtigen Zustände sind doch das Resultat einer Revolution, und das zarte Gefühl gewisser Herren, das jetzt gerade verschiedenen Ausschreitungen gegenüber erwacht ist, kommt mir etwas gekünstelt vor. Wo waren die Nerven dieser Herren während der verfloffenen Jahrzehnte und wo waren die Nerven dieser Herren während des Krieges? Ich erinnere Sie an den letzten Prozeß mit dem kroatischen General. Einen Einzelfall stellt dieser Massenmörder nicht dar. Im Kriege sind uns trotz der Zensur Tausende solcher Fälle zu Ohren gekommen. Und was haben die Herren damals gesagt? Nun ja, es ist nicht in Ordnung, aber in dieser allgemeinen Aufregung, in der Aufregung dem Feinde gegenüber, das hohe Ziel vor Augen, müssen Opfer gebracht werden. Da waren die Herren zur Bringung von Opfern jederzeit bereit. Plötzlich sind sie so empfindlich und so nervös geworden.

Weil ich schon diesen Fall des kroatischen Generals erwähnt habe, möchte ich bei dieser Gelegenheit sagen, das freisprechende Urteil, welches man über diesen General gefällt hat, war ein Schandurteil (*Bravo! Bravo!*), aber ich muß auch sagen, hätte man den General verurteilt, wäre ich auch nicht befriedigt gewesen. Warum? Einen ganz unbedeutenden General hat man zufällig herausgegriffen und an ihm will man ein Exempel statuieren. Für mich ist dieser kroatische General nichts anderes als ein Produkt seiner Zeit. Ich möchte abraten, in Zukunft solche Prozesse zu führen. Sie werden alle gleich ausfallen, alle dasselbe Resultat haben; der Gerechtigkeit wird nicht gedient, unser Gefühl wird empört sein, wir werden uns beleidigt fühlen und das Ausland wird über uns eine ganz sonderbare Meinung bekommen. Drüben im Deutschen Reiche hat man mit diesen Untersuchungsausschüssen und Gerichten auch keine guten Erfahrungen gemacht. Lassen wir das endlich, machen wir einen Strich unter die alte Rechnung! Alle können wir nicht zur Verantwortung ziehen und einzelne herauszugreifen, ist ungerecht.

Ich mache aber eine Einschränkung. Es gibt gewisse Leute, die ich gerne verurteilt sehen würde, aber nicht diejenigen, die im Verlaufe des Krieges in dieses System hineingeraten sind, sondern die, denen nachzuweisen ist, daß sie diesen Krieg frivoler Weise verursacht haben. Ich bin ein Feind der Todesstrafe. Aber wenn ich einen so zynischen Schurken, wie den Grafen Berchtold, der durch Lügen den alten Monarchen zur Kriegserklärung brachte — durch Lügen, denn er ist der Erfinder des Gefechtes bei Temes-Kubin gewesen, das nie stattgefunden hat — baumeln sehen würde, ich würde den Strich nicht abschneiden, an dem er hängt. Aber sonst sollen wir mit diesen großen

Abrechnungen Schluß machen und lieber daran denken, die Zukunft zu gestalten.

Nunmehr werde ich mir erlauben, auf wenige meiner Ansicht nach aber sehr wichtige Fragen, zurückzukommen. Ich habe der Regierung mein Vertrauen ausgedrückt, ich habe ihren guten Willen anerkannt und wenn ich Kritik übe, ist es gewiß eine loyale und eine ehrliche Kritik. Ich möchte, daß in unsere auswärtige Politik ein anderer Zug als bisher hineinkommt. Es wurde von einigen Seiten mit Recht gerügt, daß die österreichische Republik tatsächlich bis jetzt nicht dahin gelangt ist, ausreichende Auslandsvertretungen zu schaffen. Sie werden es ja alle wissen — ich habe es selbst bei meiner Anwesenheit im Auslande empfunden — für Österreich sind Sympathien, große Sympathien vorhanden, sie müssen durch geeignete Organe der Republik, die draußen in diesem Sinne wirken, ausgenutzt werden. Es ist sehr zu beklagen, daß wir diesen Dienst bisher nicht eingerichtet haben. Ich muß da etwas zurückgreifen. Der erste Grund ist durch die Art und Weise gegeben — ich habe auch hier davon gesprochen — wie die Anschlußbewegung an das Deutsche Reich betrieben wurde. Ich, als Angehöriger eines Volkes, das selbst nach Zusammenfassung, nach Konsolidierung, nach Zusammenschluß ringt, bin der letzte, der dem deutschen Volke sein Recht auf Zusammenschluß abprechen will. Ich habe nur seinerzeit erklärt, daß mir die gewählte Methode nicht richtig scheint, nämlich an Stelle lebendiger Tatsachen, an Stelle der Agitation im Volke und unter den andern Völkern einfach einen trockenen Beschluß der deutschösterreichischen Nationalversammlung zu setzen. Ich habe Ihnen prophezeit, daß dieser Beschluß wird revidiert werden müssen, und er mußte auch revidiert werden. Diese ganze Zeit, da wir tatsächlich auf jede selbständige Vertretung im Auslande verzichtet haben — es war über ein Jahr, da wir erklärt haben, wir wollen keine andere Vertretung als die durch das Deutsche Reich —, diese ganze Zeit, eineinhalb Jahre, haben wir in dieser Weise verloren und jetzt gilt es, das nachzuholen.

Weiters möchte ich, was unsere äußere Politik betrifft, wünschen, daß ihr letztes Ziel die Aufnahme unserer Republik in den Völkerbund sei. Wir können keine Bündnispolitik treiben, wir können uns nicht den Luxus erlauben, mit einem oder dem anderen Staate anzubandeln oder vielleicht gar auf Mißheiligkeiten zu spekulieren, die zwischen anderen Staaten bestehen. Da würden wir sehr falsch rechnen und würden es schwer büßen müssen. Wir können, ich erkläre es nochmals, uns nicht den Luxus erlauben, mit einzelnen Ländern Bündnisse zu schließen, wir müssen in den Völkerbund hinein und vom

Völkerbunde aus für die Sicherheit und für die Konsolidierung unserer Republik sorgen.

Ich muß bei dieser Gelegenheit auch noch auf die Finanzfrage zu sprechen kommen. Es wurden uns wirklich erschreckende Ausgabeziffern vorgelegt, den größten Posten bilden die Personalausgaben, das heißt, die Ausgaben für die Beamtenschaft. Es wurde von einigen Herren, ich glaube vom Herrn Staatssekretär der Finanzen, die große Zahl der Beamten zu rechtfertigen versucht.

Es wurde erwähnt, daß sich merkwürdigerweise die Geschäfte komplizieren und man immer mehr und mehr statt weniger Beamte braucht. Das stimmt, das ist richtig, aber man muß fragen: Wer kompliziert denn das Ganze so, daß man nicht einmal mit den Beamten, die man hat — auf jeden fünften österreichischen Staatsbürger entfällt heute ein Staatsbediensteter — auskommt? Wer ist an der Komplikation schuld? Eben der Umstand, daß wir zu viele Beamte haben. Und ich habe es auch schon an dieser Stelle erklärt: Sie können keinem Beamten individuell einen Vorwurf daraus machen, daß er seine Existenzberechtigung nachweist. Man kann von keinem Beamten verlangen, daß er selbst erklärt: Ich bin das überflüssigste Wesen auf Gottes Erdboden, diese Selbstverleugnung kann niemand aufbringen. Es ist Tatsache, wir haben zu viele Beamte und die Beamten in Österreich befinden sich in der Situation wie etwa Bergarbeiter in einem Stollen, der nur für drei Platz hat. Da fällt nun irgend einem Menschen ein: ich werde, damit die Arbeit gefördert wird, statt drei sechs hineinstellen. Die Folge ist die, daß dann die drei Ersten nicht arbeiten können und die drei Hinzugekommenen auch nicht. Es ist eine sehr teure Sache, Arbeitsplätze durch Beamte verstellen zu lassen. Ich stelle nochmals der Regierung anheim, in der Weise an den Abbau der Beamtenschaft zu schreiten, daß sie einfach einen Teil der Beamtenschaft auf Urlaub schießt, mit vollen Bezügen auf Urlaub schießt, denn wenn Sie es wieder in der Weise versuchen, daß Sie Pensionsbegünstigungsgesetze herausgeben, wobei der Beamte statt mit 30 Prozent mit 35 Prozent verhungern kann, dann geht Ihnen überhaupt niemand. Sie müssen den Leuten garantieren, daß sie leben können, Sie müssen ihnen die vollen Bezüge geben, mit dem Recht, sie zurückzurufen, wenn man sie braucht. Ich habe die Überzeugung, daß der größte Teil der Beamtenschaft den Eintritt in das produktive Leben finden wird. Ich hege die tiefe Überzeugung, daß nur auf diese Art abgebaut werden kann. Ich mache Sie auf die Gefahr aufmerksam, welche eine unterbeschäftigte Beamtenschaft für den Verwaltungsapparat darstellt. Sie werden es nicht zuwege bringen, daß in einem Bureau fünf Leute eifrig und pflichtgemäß arbeiten, während in demselben Bureau zehn spazieren gehen. Und dieser Zustand

ist heute in unseren Ämtern. Diejenigen, die wirklich Arbeit haben, verlieren die Arbeitslust, weil sie sehen, daß andere, nicht aus eigener Schuld, sondern weil sie einfach zu viel sind, nichts zu tun haben. Ich weiß, mein Vorschlag wird gewiß wieder nicht aufgegriffen werden, aber wir werden dann in einem Jahr wieder vor derselben Situation stehen, wir werden nicht weniger Beamte haben, als wir gehabt haben.

Ich möchte auch die Frage der Sachdemobilisierung ganz kurz berühren. Meine Damen und Herren! Sie haben unlängst einen Ausschuß gewählt, der die Gebarung von früher nachprüfen soll, der wieder Untersuchungsausschüsse einsetzen soll, und die Gerichte werden gewiß wieder mit einzelnen Missetätern beschäftigt werden. Da bin ich wieder der Ansicht: Lassen Sie die ganze Untersucherei, es wird nichts herauskommen; trachten Sie lieber, daß es in Zukunft anders wird. Das Grundübel der Sachdemobilisierung liegt darin, daß bis jetzt kein allgemein zugängliches Inventar aufgestellt worden ist. Der Herr Abgeordnete Friedmann hat erklärt: Ja, man kann nicht mit dem Verkauf warten, bis das Inventar fertig ist. Schön, das hat vielleicht eine beschränkte Berechtigung gehabt für die erste Zeit nach dem Umsturz. Jetzt ist das absolut nicht mehr anzuerkennen. Ich kann Ihnen auch sagen, worin der Witz der Schiebereien und Schwindeleien bei den Gegenständen der Sachdemobilisierung liegt. Ein anständiger Mensch weiß nämlich nie, was in der Sachdemobilisierung drin ist oder nicht. Folgender Fall ist ein ganz normaler: Es sind Leute zu mir gekommen, einer hat mir gesagt: Ich wollte eine Drehbank kaufen und es wurde mir gesagt, Drehbänke sind nicht mehr da; 14 Tage später ist ein anderer zu mir gekommen, der sagte mir: Ich habe 20 Drehbänke gekauft. Aus dem Inventar wird ein Geschäftsgeheimnis gemacht, das heißt, es kommt überhaupt nur der dazu, der Beziehungen hat. Und welcher Art diese Beziehungen sind, können Sie sich leicht vorstellen. Es mag sehr interessant sein, sich wieder eine Gammersammlung zusammenzustellen. Ich lege keinen Wert darauf. Man muß der Sache auf den Grund gehen und sie in Zukunft verhindern, und ich bitte daher den Ausschuß, der von uns gewählt werden soll, dieser Sache nachzugehen und sein ganzes Augenmerk nicht auf die Vergangenheit, sondern gefälligst auf die Zukunft zu richten.

Zum Schlusse möchte ich erklären, daß auch ich es für unbedingt notwendig ansehe, daß diese Republik möglichst bald ihre geordnete Verfassung bekomme, und ich möchte schon heute den Wunsch ausdrücken, daß die Verfassung so beschaffen sein möge, daß die nächste Nationalversammlung ein anderes Bild bietet als diese. Die Herren der großen Parteien in allen Ehren, ich habe Ihnen ja zu Anfang mein Vertrauen ausgesprochen. Sie werden aber doch

nicht glauben, daß es ein erfreuliches Bild, daß es ein guter Zustand ist, daß eine Nationalversammlung aus zwei großen Hälften besteht — in der Mitte ist ein kleiner Keil eingeschoben —, eine Nationalversammlung, von der die Bevölkerung weiß, Überraschungen gibt es in diesem Parlament keine; was stattfindet, wie abgestimmt wird, das wird vorher in den großen Klubs besprochen, jedem einzelnen wird der Klubnebel angelegt. Ich habe mir oft gedacht: Wozu braucht man eigentlich 160 Herren und Damen damit zu bemühen? Es würde eigentlich auch gehen, wenn man von jeder Seite einen nehmen würde und sie würden das miteinander besprechen. Meine Herren! Ich stelle damit nicht in Abrede, daß es zur Bildung großer Parteien kommen muß, aber ich lege Gewicht darauf, daß Möglichkeiten geschaffen werden, daß auch kleine Gruppen, die aber im ganzen Lande ihre Stämme finden würden, daß sogar einzelne Persönlichkeiten, die im ganzen Lande Anhänger haben, Spezialisten auf gewissen Gebieten, auf geistigem oder auf wirtschaftlichem Gebiet, in dieses Haus hineinkommen können. Das würde gewiß nicht zum Schaden der großen Parteien und es würde ganz gewiß nicht zum Schaden der Republik Österreich werden. Was ich will, ist, daß man mit dem Unfug der Wahlkreisgeometrie aufhört.

Wir lügen der Welt vor, daß wir ein gleiches, geheimes, direktes und proportionales Wahlrecht haben. Das ist nicht richtig, denn es ist gestört durch die Wahlkreiseinteilung. Ich erkenne — auch nicht ganz, aber doch zum Teil — an, vielleicht, es ist möglich, hat Steiermark gewisse Interessen, die die Schaffung eines steiermärkischen Wahlkreises erfordern, ebenso wie Niederösterreich. Aber das kann ich nicht anerkennen, warum Gumpendorf andere Interessen haben sollte wie Neubau, derart daß man mit Gewalt Wahlkreise macht und sie dann nach wahlgeometrischen Grundsätzen zurechtshneidet. Ich verlange, daß die künftige Verfassung so aussieht, daß sie große, einheitliche Wahlkreise bietet und dadurch den Minoritäten — ich meine da nicht nur Minoritäten im parteimäßigen Sinne, sondern Minoritäten jeder Art — das Recht auf Vertretung sichert. Ich spreche diesen Wunsch auch als Vertreter des jüdischen Volkes aus. Auch wir erheben den Anspruch, daß man uns die Möglichkeit gibt, unsere Vertretung, unsere Wähler zu rallieren und daß wir nicht mit dem Umfande rechnen müssen, daß ein Strich, den man durch zwei Bezirke tut, uns einfach unserer Vertretung beraubt.

Ich glaube, es wäre kein Schaden für diese Republik, es wäre kein Schaden für diesen Staat, wenn durch Entsendung geeigneter Vertreter des jüdischen Volkes Gelegenheit zur offenen Aussprache in der Judenfrage gegeben wäre.

Ich sage, zu offener und ehrlicher Aussprache von Volk zu Volk. Betrachten Sie die Judenfrage nicht auf der einen Seite als eine nebensächliche Frage, über die man am besten zur Tagesordnung übergeht, und auf der anderen Seite als eine Frage, die nicht anders behandelt werden kann als mit Haß und mit Hohn. Ich bin überzeugt, daß Sie, wenn Sie sich nur die Mühe nehmen wollten, auf die jüdische Psyche, auf die Vorgänge, die sich jetzt im Judentum abspielen, einzugehen, selbst erkennen würden, daß es gut ist, wenn es ein freies, wenn es ein aufrechtes Judentum gibt. Meine Herren! Sie sagen, Sie und das Geistesleben Ihrer Nation haben so oft gelitten unter den Ausartungen, unter den Ausstrahlungen des jüdischen Geistes. Ja, Sie haben darunter gelitten, aber nicht unter dem Geist, der von dem aufrechten, von dem geraden Judentum ausgegangen ist, sondern Sie sind infiziert worden vom kranken Judentum. Was durch Druck, was durch Verfolgung an uns krank geworden ist, das hat sich von unserem Körper losgelöst, und ist in Ihren Körper übergegangen, hat Ihren Körper vergiftet. Ich kann es Ihnen an einem Beispiel erläutern. Schauen Sie, im alten Österreich haben Sie sorgfältig darüber gewacht, daß am Gotteswillen kein Jude Briefträger wird. Das könnte dem Körper der deutschen Nation und des österreichischen Volkes schaden. Kein Jude, der anständig und ehrlich geblieben ist, hat Briefträger werden können. In dem Moment aber, wo ein Jude es getroffen hat, falsch zu sein, wegzulaufen, da konnte er Ihr Herr werden. Ich erinnere Sie, vor einem Sieghart ist dieses Österreich dreißig Jahre auf dem Bauche gelegen, ein jüdischer Renegat hat dieses Österreich beherrscht, aber ein Jude durfte nicht Briefträger werden. Und noch heute beherrscht er Sie, noch heute ist er oben, er kauft Zeitungen zusammen, er wird Präsident der größten Bankinstitute, er schiebt hin, er schiebt her. Warum? Weil er als Jude unehelich geworden ist.

Unser Volk macht jetzt seine größte geschichtliche Periode durch. Wir stehen vor dem Wiederaufbau, vor der Wiederaufrichtung unseres nationalen Zentrums. Große Nationen, große Staaten nehmen daran Anteil. Wie ich vor einigen Wochen bei der Sitzung der Organisation war — ich sage das nicht, und Sie können es mir glauben, aus Procherei für meine Partei — sind Begrüßungen vom ganzen englischen Ministerium, Lloyd George an der Spitze, vom Präsidenten Wilson eingetroffen. Sie haben es für wichtig genug gefunden, sich mit dieser großen Bewegung zu befassen. Sie, meine Herren, nicht! Wenn Sie sich damit befassen, so sagen Sie: Ja, gut ist der Zionismus, wenigstens werden wir die Juden los. Das ist keine Art, um sich mit Bewegungen auseinanderzusetzen, da müssen Sie wohl ihre Ansichten korrigieren. Wir wollen das Judentum um-

schichten, wir wollen das Judentum wieder zu dem machen, was es war, zu einem lebenskräftigen Volke. Ich appelliere an Sie, unterstützen Sie diese Bestrebungen mit Verständnis, es wird nicht nur meinem Volke zugute kommen, sondern auch Ihrem! Dessen kann ich Sie versichern.

Präsident Hauser: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Hahn. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Hahn: Hohes Haus! In wenigen Wochen wird der Friede von St. Germain ratifiziert sein. Damit wird formell der Schlussstein gelegt zu einem Werk, das die Entente geschaffen, angeblich ein Friedenswerk, um dessen Wiege nicht Gerechtigkeit und Billigkeit, sondern Gewalt und maßloser Egoismus Paten gestanden sind.

Das schwere Unrecht, das dieser Friede meinem Heimatlande Tirol zufügt, es war schon bestimmend für die Südtiroler Abgeordneten bei der denkwürdigen Sitzung dieses hohen Hauses am 6. September 1919, in welcher wir an der Beschlusfassung über die Unterfertigung des Friedensvertrages nicht teilgenommen haben.

Tirols Einheit ist zer schlagen, die ehrwürdigen deutschen Städte Sterzing, Brixen, Klausen, Bozen, Meran, Bruneck, mit ihrer großen historischen Vergangenheit, sie sind unter Fremdherrschaft; die Ultener, Sarntaler, die Passierer, sind italienische Staatsbürger — es ist nicht zu fassen — der Schlern, der fagenummobene Rosengarten sind nicht mehr deutsches Land.

Wir Nordtiroler fühlen uns aber doch noch eins mit unseren Brüdern jenseits des Brenners und dieses Einigkeitsgefühl wird uns auch kein ratifizierter Friede aus dem Herzen reißen, mögen auch die Grenzpfähle am Brenner himmelhoch aufgestürzt werden. *(Zustimmung.)*

Tatsächlich ist die bestehende Unterbindung des Verkehrs zwischen Nord- und Südtirol ein vernünftigen Erwägungen nicht standhaltender, für Kulturvölker geradezu beschämender Zustand. Wochenlang muß man in Innsbruck trotz Vorliegens aller Dokumente auf die Einreisebewilligung warten; der Schleicher, der Schieber konnte vom Süden ohne Schwierigkeit in unser armes Land reisen, um dort unsere schlechte wirtschaftliche Lage auszunutzen; der in Innsbruck studierende Sohn kann seine sterbensranke Mutter in Brixen nicht mehr sehen, die Grenze verwehrt ihm, der Verstorbenen gegenüber die Kindespflicht zu erfüllen.

Tausenderlei Fäden wirtschaftlicher und ideeller Natur verknüpfen uns Tiroler des Nordens mit denen des Südens und es wird Sache der Staatsregierung sein, dafür zu sorgen, daß für die Zeit der Trennung wenigstens vernünftige und den

tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Verkehrszustände geschaffen werden.

Unter diesen erschwerten Einreisemöglichkeiten über die Brennergrenze leidet auch der ganze politische Bezirk Trienz mit zirka 30.000 Einwohnern, der einzige Bezirk von Südtirol, der bei Deutschösterreich verblieben ist. Trienz hat mit seinem Mutterlande Tirol keine Verbindung, ist von Innsbruck aus nur über Salzburg und Kärnten in drei bis vier Reisetagen zu erreichen.

Was dies bei den heutigen Reisekosten bedeutet, wissen Sie alle, meine Damen und Herren, und nur die Liebe zu den Stammesgenossen und die Hoffnung auf eine einige Gerechtigkeit lassen den Bewohnern des Bezirkes Trienz diese schweren wirtschaftlichen Opfer erträglich erscheinen.

Auch in diesen Belangen möchte ich an die Staatsregierung herantreten, dahin zu wirken, daß für den Bezirk Trienz die Durchfahrt über den Brenner und das italienische Pustertal für Personen und Güter und auch der Postverkehr ohne Beschränkungen gestattet werde.

Jene deutschen Beamten, die aus irgendwelchen nationalen Gründen von den Italienern entlassen und samt ihren Familien der größten Not preisgegeben sind, diese Stammesgenossen müssen geschützt und vom deutschösterreichischen Staate übernommen werden.

Wir Tiroler bleiben im Herzen ein einzig Volk und die Hoffnung auf politische Wiedervereinigung lebt in uns allen, allerdings etwas getrübt durch die Voraussicht, daß wir vielleicht infolge der schonungslosen Raubwirtschaft hinsichtlich der kostbaren Waldgegenden Deutsch-Südtirols einmal ein verkarstetes Gebiet zurückerhalten könnten.

Verehrte Damen und Herren! Sie alle wissen, daß die Notwendigkeit der Abtretung des deutschen und ladinischen Südtirols mit strategischen Rücksichten begründet wird. Die Fadenlosigkeit und Unhaltbarkeit dieser Begründung brauche ich nicht weiter auseinanderzusetzen, sie ist genügend bekannt. Ich bitte Sie heute von dieser Stelle aus: Lassen Sie keinen Anlaß unbemüht, diese Tatsache festzustellen, denn durch diese lächerliche Begründung wird der Gewaltfriede in das richtige Licht gestellt.

Und, meine Damen und Herren, nehmen Sie mir es nicht übel, wenn ich als Abgeordneter von Deutsch-Südtirol Sie daran erinnere, daß Sie bei der Rede des Abgeordneten Dr. Rent-Nikolussi am 6. September 1919 das Versprechen gegeben haben, der deutschen und ladinischen Stammesbrüder im Süden nie zu vergessen, eine Bitte, die vielleicht mit Rücksicht auf die heute in der „Arbeiter-Zeitung“ stehende Notiz über die fünf südtirolischen Abgeordneten nicht vollständig ungerechtfertigt erscheint.

Und auch der Herr Staatskanzler möge es mir im Heimweh um meine lieben Stammesgenossen verzeihen, wenn ich ihn daran erinnere, daß er am 6. September 1919 es selbst als unsühnbares Unrecht bezeichnet hat, wie mit Tirol verfahren wurde. Der Herr Staatskanzler hat selbst bei verschiedenen Gelegenheiten auf den Weg des Völkerbundes gewiesen, um dieses Unrecht wieder gutzumachen; eine nationale Selbstregierung ist keine Gutmachung. Möge er alles daransetzen, die im Herzen noch immer geeinten Teile auch politisch wieder zu einigen, und möge ihm das auch gelingen! (Beifall.)

Präsident Hausser: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Leuthner.

Abgeordneter Leuthner: Hohes Haus! Der Herr Staatskanzler hat, die Koalition gegen die Koalition selbst verteidigend, in einer glänzenden Reihe die Erfolge der Koalitionsregierung uns vorgeführt. Ich will mit dem Herrn Staatskanzler nicht polemisieren, weil er sich im Falle jeder Polemik in einer allzu schwierigen Lage befindet, die in die Antwort außerordentlich erschwert. War er doch heute selbst ein Bild und Zeugnis jener Schwierigkeiten, in denen die Koalition lebt. Aber ich bin der Ansicht, daß die Koalition und ihr Bestand, wenigstens soweit wir Sozialdemokraten in Frage kommen, mit den Erfolgen der Koalition, mögen sie nun große oder geringe sein, in keinerlei ursächlichen Zusammenhang zu bringen ist. Um in die Gemeinschaft mit den Christlichsozialen zu treten, dazu würde uns auch die Aussicht auf irgendwelche Erfolge nicht genügen. Nur der Druck der äußersten Notwendigkeit, nur die Tatsache, daß wir in einem Staate leben, der keine Lebensfähigkeit besitzt, der in allen seinen Lebensäußerungen vom Auslande abhängig ist, dem die Zufuhren des Auslandes zu einer unausweichlichen Lebensnotwendigkeit geworden sind, der vollständig der Gnade des Auslandes preisgegeben ist, nur dieser Druck, der keine Wahl übrig läßt, gestattet es uns, der Koalition anzugehören, bildet für uns die Entschuldigung und den Grund, in ihr zu verweilen. Aber es ist trotzdem kaum mit den Tatsachen in Einklang zu bringen, wenn der Herr Abgeordnete Gürtler das Verharren der beiden Parteien in der Koalition auf das gleiche Maß der Schwierigkeiten, auf das gleiche Maß innerer Widerstände zurückführt. Es mag ja sein, daß auch, was die Christlichsozialen anlangt, ihr Zusammensein mit uns bei ihren Wählern nicht geradezu begeisternd wirkt. Indessen liegt der Fall doch ganz anders bei ihnen und ganz anders bei uns. Was uns seinerzeit in die Koalition gebracht hat, das waren zweifellos — niemand kann es leugnen — ausschließlich Rücksichten auf das Wohl der Allgemeinheit, auf das Wohl des gesamten

deutschösterreichischen Volkes. Vom Standpunkte der Partei aus ist kein Grund denkbar, der uns in die Koalition hätte führen können. Bei den Christlichsozialen aber sind sehr viele Gründe aus dem engeren Leben der Partei heraus festzustellen, die sie in die Koalition geradezu hineinzwang. (*Widerspruch.*) Das läßt sich sogar schon für die Zeit nachweisen, die der Koalition vorausging und einen Zustand loser Verknüpfung der drei Parteien bedeutete. Was war denn damals die Ursache, daß plötzlich drei Parteien zusammen wirksam wurden, die einander doch in heftigster Feindschaft gegenüberstanden? Die Ursache läßt sich bei den bürgerlichen Parteien sehr leicht feststellen. Für sie bedeutete dieser Zusammenbruch nicht bloß wie für uns die Gefahr, die für das Volk herandrohte, sondern für sie bedeutete er zugleich die Gefahr des Volksgerichtes, das den Urhebern des Krieges nahte. (*Zustimmung.*) Und der Zustand, in dem sich das Zusammenarbeiten der Parteien vor der eigentlichen formellen Schaffung der Koalition und später, mindestens in den ersten Monaten der Koalition vollzog, war dieser, daß die bürgerlichen Parteien gegenüber der heranrollenden Woge des Volkzornes hinter unserem Rücken Schutz suchten. Das mußten wir hinnehmen, sowie wir alle anderen Dinge hinnahmen, nur um gefährvolle, zerstörungsvolle Zustände in dem Lande hintanzuhalten, furchtbare Kämpfe hintanzuhalten, die dieser Staat ohne wirtschaftliche Grundlagen, dieses Volk ohne die Voraussetzungen des Daseins wohl nicht ausgehalten hätte.

Es ist aber heute gegenüber der Darstellung, die hier von christlichsozialer Seite in verschiedenen Variationen gegeben wurde, dennoch festzustellen, daß unser Verhältnis zur Koalition moralisch ein ganz anderes ist als das der Christlichsozialen. Und da möchte ich, auch wieder anknüpfend an die Worte des Staatskanzlers, mir eine Bemerkung erlauben.

Wenn der Herr Staatskanzler als die wichtigsten und bedeutungsvollsten Erfolge der Koalition hervorhebt, sie habe hier einen Zustand von Gewaltlosigkeit, von friedlicher Entwicklung geschaffen und einen Freistaat, einen Volksstaat an Stelle des alten Untertanenstaates ausgebaut, so ist das richtig und wahr. Aber es wäre doch vielleicht eine Gerechtigkeit, die ins Übermaß ginge und ins Ungerechte verfiere, wenn man an diesem Erfolge etwa beiden Parteien gleichen Teil zumäße. Denn um ein Verdienst an einer Sache zu erwerben, muß man mindestens die Freiheit haben, auch anders handeln zu können. Die Sozialdemokratie hatte in den Monaten, die unmittelbar auf den Zusammensturz folgten, die Möglichkeit, einen Zustand der Gewaltlosigkeit herbeizuführen, die Möglichkeit, durch jähe Umstürze ihre Selbstherrschaft aufzurichten. (*Abgeordneter Dr. Gürtler: Auf wie lange?*) Das werde

ich gleich erörtern. Sie hatte die Möglichkeit dazu. Sie hat die Möglichkeit nicht benützt, nicht etwa mit Rücksicht auf die Sicherheit der Christlichsozialen oder das Wohlsein der Deutschnationalen, sondern mit Rücksicht auf die Folgen, die für die Volksgesamtheit in einem Staate eintreten mußten, der, vom Auslande abhängig, seine inneren staatlichen Zustände unmöglich nur aus Stimmungen, aus Leidenschaften, Empfindungen heraus, die sehr berechtigtermaßen, damals schon sehr berechtigtermaßen die Masse erfüllten, gestalten konnte. Wir hatten damals die Möglichkeit, die Macht zu ergreifen — niemand kann es leugnen —, und es war niemand da, der imstande gewesen wäre, der Woge der Erregung, die durch Deutschösterreich brauste, sich entgegenzusetzen, der etwas dagegen hätte unternehmen können, wenn wir sie ausgenutzt hätten, um eine Selbstherrschaft des Proletariats aufzurichten.

Aber wir haben aus Erwägungen, die die Zukunft, die Beständigkeit des zu erbauenden Staats- und Gesellschaftssystems im Auge hatten, aus Erwägungen der Vernunft wie aus Erwägungen der Menschlichkeit auf diese Möglichkeit Verzicht geleistet. Der Zustand der Gewaltlosigkeit, der friedlichen Ausformung unseres Daseins, er ist ein Zustand, hervorgehoben aus einem sittlichen und einem verstandesmäßigen Entschlusse der Sozialdemokratie und nur der Sozialdemokratie. (*Zustimmung.*) Die Christlichsozialen waren dabei lediglich Nutznießer, (*Widerspruch. — Ruf: Das glauben Sie wohl selbst nicht!*) lediglich Nutznießer dieses unseres Entschlusses und seiner Ergebnisse. Ihn herbeizuführen oder ihn zu verhindern, hätten Sie damals nicht einmal die Macht gehabt. Wer das leugnen will — Sie waren damals nicht in Wien und können es leicht leugnen — aber diejenigen, die damals Einblick in den Zusammenhang der Dinge hatten, die werden es zu leugnen gar nicht wagen. Deshalb geht es nicht gut an, die zwei Parteien in ihrem Verhältnis zur Koalition einander gleichzusetzen.

Aber es scheint mir überhaupt etwas sonderbar, wenn heute die Christlichsozialen so tun — und gerade ihr hervorragendster Redner hat dies am deutlichsten getan, als ob sie ihr weiteres Verbleiben in der Koalition an gewisse Bedingungen knüpfen wollten, die wir bisher aus sittlichen Mängeln heraus, die uns anhaften, zu erfüllen unterlassen hätten. Aus einer sehr beträchtlichen Höhe herab hat der führende Mann der Christlichsozialen gestern diese Wendung an unsere Ohren kommen lassen, aber ich muß sagen, gerade da hat er mir am allerwenigsten imponiert. Denn wenn einer so sehr die wirklichen Machtverhältnisse übersieht und so sehr nur auf die Erweckung des bloßen Scheins hin redet — um das Wort Bluff nicht zu

gebrauchen —, so kann er bei denen, die einen tieferen Einblick in die Zusammenhänge des politischen Lebens haben, kaum auf eine Wirkung rechnen. Ich bitte, es wäre wirklich ganz interessant und sehr belehrend, dem betreffenden Herrn Redner die Gelegenheit zu einem Versuche zu bieten. Es ist jeden Tag in diesem Parlamente die Möglichkeit, eine Mehrheit ohne die Sozialdemokraten herzustellen und eine Regierung Seipel-Waber wäre ja eine ganz hübsche Variation. Es ist nur so, daß der Herr Professor Seipel selbst zu dieser von mir erwähnten Möglichkeit lächeln muß und damit lächelt er über seine eigene Rede. Denn setzen wir den Fall, er würde sogar nicht auf die Koalition Seipel-Waber angewiesen sein und die Möglichkeit haben, durch irgend ein durchaus nicht voranzujehendes Wahlgliück zu einer selbständigen, selbsteigenen Mehrheit zu gelangen, so würde auch das ihm nicht helfen, ein regierungsfähiges, die Einheit, die Ruhe und die Gewaltlosigkeit innerhalb dieses Staates verbürgendes Regiment aufzurichten. Denn wohl genügt hierzu eine Parlamentsmehrheit von einigen Stimmen unter Verhältnissen, die seit Jahrzehnten im Lande ruhig und unbeweglich sind; wenn aber die wirklichen Machtverhältnisse, die immer nur in den Verschiebungen innerhalb der einzelnen Volksklassen und Volkselemente ihren Ursprung haben, so ungeklärt sind wie heute in allen mittel- und osteuropäischen und zum Teil wohl auch in den westeuropäischen Staaten, wenn ein ständiges grimmiges Kämpfen die Politik des Tages erfüllt, dann genügt nicht die formale Voraussetzung für die Macht, die einige Stimmen der Mehrheit im Parlament schaffen, sondern dieses Parlament selbst — und das sage ich, der ich einer der glühendsten Anhänger des Systems der Vertretungskörper bin — muß ja in solchen bewegungs- und erregungsvollen Zuständen alle Tage sein Dasein behaupten und kann es nur behaupten, wenn es in seiner Gesamtheit mit den stärksten Strömungen im Einklange steht, die innerhalb des Volkes walten. Wer aber könnte heute von diesem Parlament aus allein und nach welchem Wahlergebnisse immer ein Regime aufrichten, das sich auf die Zurückdrängung der Macht, des Einflusses der Arbeiterklasse, das sich auf die Zurückführung der Arbeiter in ungünstigere sozialpolitische Verhältnisse, das sich auf Verkürzung ihrer Rechte richten würde? Und ein Regime anderer Art, ein Regime, das nicht zum Ziele hätte, die Arbeiter zu bändigen, sie zurückzudrängen, sie ihrer erworbenen Rechte zu berauben, ein solches würde dem tiefsten Sehnen jener, die den Sturz der sozialistischen Herrschaft anstreben, durchaus nicht entsprechen, hätte also im bürgerlichen Sinn überhaupt keinen Zweck. Ich frage: Wer vermöchte das? Wer könnte eine solche Herrschaft vom Parlament aus erbauen?

Niemand ist da — darüber täuscht sich wohl in diesem Hause keiner —, niemand ist da, der es vermöchte, niemand ist da, der den Arbeitern einen Willen von oben her ausdrücken könnte, niemand wenigstens innerhalb eines Systems der Gewaltlosigkeit, der Gesetzmäßigkeit, rechtlicher Zustände. Wer sagt, daß er eine Herrschaft aufrichten will zur Eindämmung des Einflusses der Arbeiterklasse, zur Zurückdrängung ihrer Bewegung, der muß ehrlich genug sein, zu sagen, daß er an den Säbel appelliert (*So ist es!*), denn gegen die Arbeiterklasse ist heute in Deutschösterreich nur zu regieren, wenn man die ungarischen Horthy-Methoden nachahmt. Ich bestreite, daß innerhalb Deutschösterreichs sich auch nur das Material dazu findet. Ich bestreite, daß nach der Entwicklung, die unsere Verfassung in den letzten anderthalb Jahren durchgemacht hat, irgend ein Abenteuerer die Voraussetzungen für sein Abenteuer schaffen könnte, aber wenn man logisch denkt, bleibt nur das eine: entweder — gleichgültig, was immer das Ergebnis der Wahlen sei —, entweder werden die Arbeiter an der Macht teilnehmen in dem Maße, das ihrer tatsächlichen Macht im Volke, ihrer tatsächlichen Machtstellung also entspricht, oder aber es wird ein schrankenloses und rechtloses Gewaltregiment gegen die Arbeiter sein, das jedoch, wie gesagt, in Deutschösterreich schlechthin nicht aufzurichten ist. Ein drittes gibt es nicht. Ein Regime, das über die Arbeiter hinweg regieren könnte und nicht auf Gewalt gestützt wäre, lebt nur in Wolkenkuckucksheim. Und daß es in Wolkenkuckucksheim lebt, das wissen die Christlichsozialen und das wissen erst recht die Großdeutschen, das wissen auch die bürgerlichen Blätter sehr genau, wenn sie stets von uns Sozialdemokraten verlangen, wir sollen den Arbeitern die starke Faust zeigen, wir sollen die Staatsautorität den Arbeitern gegenüber betätigen und verkörpern, wenn sie uns gegen die aufrufen, deren Beauftragte wir sind. Ein höchst sonderbares Verlangen, denn in der Tat ist doch unsere Politik vielleicht in nichts anderem mehr zu bewundern — gebrauchen wir einmal diesen Ausdruck — als darin, daß wir es verstanden haben, wirkliche Vertreter der Arbeiterschaft zu sein, ihrer Interessen, ihrer Gefühle, ihrer Empfindungen, ihrer Stimmungen und doch in jedem Augenblicke dieser kampfvollen anderthalb Jahre den Einklang herzustellen, oft unter den schwersten inneren und äußeren Kämpfen den Einklang herzustellen mit den Erhaltungsmöglichkeiten und mit den Interessen der Gesamtheit.

Es ist ja schon von einem Redner dankenswert betont worden, daß man doch nicht über die Zustände der Gefahr klagen möge, der hier angeblich Bürgerliche durch die Willkür der Arbeiterklasse ausgesetzt seien. Meine Herren, ich staune darüber,

daß bei allen Rücksichten, die man auf Wahl-agitation und Machtinteressen zu üben hat, noch keinem von Ihnen dieses Wort der Wahrheit, dieses Wort des inneren Gefühls jemals, von dem Herzen aufdringend, über die Lippen gekommen ist, dieses Wort, das wirklich für die deutschösterreichische Arbeiterklasse das allein bezeichnende ist: daß sie wie vielleicht noch keine andere Klasse der Geschichte eine Macht, die ihr plötzlich, jäh, wie vom Himmel herabgesendet, in die Hand gegeben war, so mäßig und vor allem so menschlich ausgeübt hat. (*Zustimmung.*) Zählen Sie mir in der Geschichte die Fälle auf, wo eine Klasse wochenlang hindurch alle Macht in Händen hatte, wie die Arbeiterklasse in Österreich unmittelbar nach dem Umsturz, und es ist kein Tropfen Menschenblut geflossen, kein Racheakt geschehen, es sind nirgends die Gefängnisse gefüllt worden, es durften dieselben Leute, die bekannt waren als die Träger des Kriegs und des Kriegsgedankens, die bekannt waren als die Urheber jenes furchtbaren Unheils, unter dem niemand so sehr gelitten hat wie die Arbeiter, frei und ungefährdet über die Straßen gehen, sie durften sogar hohe Staatsämter einnehmen und im Namen des Staates wirken und regieren. Wohl hat sich manchmal das Gefühl der Arbeiter dagegen empört, wohl hat es sich öfters in kräftigen Ausdrücken Luft gemacht, nirgends aber ist es zu einer Gewalttat gekommen, nirgends zu blutigen Vorgängen, die irgendwie das Schild der Arbeiterklasse besleckt hätten. Wollen Sie dies in Abrede stellen? Und wenn Sie das nicht leugnen können, wenn es die bezeichnendste, entscheidende Tatsache in all den Erlebnissen ist, die wir in eineinhalb Jahren gesammelt haben, dann können Sie wirklich nicht behaupten, daß sich die Arbeiter ihrer Macht überheben, dann können Sie nicht behaupten, daß sie sich übermütig herausheben aus den Rechten, die ihnen durch ihre soziale Stellung und ihre soziale Leistung natürlicherweise gebühren. Man könnte eher behaupten, daß der deutschösterreichische Arbeiter zu bescheiden, zu rücksichtsvoll und darum auch zu langsam in die Stellungen einrückt, die ihm gebühren, aber für das Gegenteil läßt sich nichts anführen als einige belanglose Einzelfälle, die ernsthafteste Politiker den Schmöcken der bürgerlichen Presse überlassen sollten, die einen ernsthaften und über den großen Zusammenhang der Dinge sinnenden Menschen als das, was sie wirklich sind, als eben die Regel beweisende Ausnahmefälle gar nicht bekümmern dürften.

Das ist es, was ich Ihnen in der Frage der Koalition und in der Frage des Verhältnisses der Arbeiter zur Koalition sagen wollte. Wenn uns nun aber ebenfalls von Herrn Professor Seipel und anderen Rednern der Christlichsozialen weiterhin der Vorwurf gemacht wurde, daß wir in der Frage

der Verfassung ein gewisses Zögern an den Tag legten und daß wir den Ländern auch nicht willig genug den Platz einräumten, der ihnen gebührt, so gestatten Sie auch da eine Gegenbemerkung. Die Länder berufen sich bei den Rechten, die sie für sich in Anspruch nehmen, darauf, historisch-politische Individualitäten zu sein; sie verweisen auf die Geschichte, auf die Überlieferungen. Nun gilt das aber nur in einem sehr beschränkten Maße und in einem sehr beschränkten Sinn. Es ist gewiß, daß es natürlich auch eine steirische und eine oberösterreichische und eine niederösterreichische Landesgeschichte gibt, wobei aber von anderen Ländern, wie Salzburg und Tirol, zu sagen ist, daß auch ihre Gestalt, die sie knapp vor dem Kriege hatten, nicht altgeschichtlich oder wenigstens ihr Zusammenhang mit dem Gesamtstaate nicht altgeschichtlich war. Aber die Entwicklung, die jetzt die Macht der Autonomisten und des föderalistischen Gedankens während der letzten anderthalb Jahre genommen hat, hat mit der Geschichte der Länder in den letzten Jahrzehnten der sterbenden Monarchie am allerwenigsten etwas zu tun. In Wirklichkeit war der Höhepunkt des Föderalismus die Zeit des Belcredi und Hohenwarth. Diese Zeit ist längst verschollen; in den achtziger und neunziger Jahren und in den ersten beiden Jahrzehnten dieses Jahrhunderts ist die Macht der Länder immer tiefer und tiefer gesunken, was um so bemerkenswerter ist, als gleichzeitig in dem Gefüge des Staates zu immer selbständigerer Gestalt, zu immer deutlicherer Individualität und eigentlich das Gefüge des Staates im Frieden schon sprengend die Nationen hervorzuwachsen, die doch vielfach den Ländergedanken trugen. Obwohl die Tschechen, die Polen, die Ruthenen, die Südslawen immer mehr und immer deutlicher selbständige Individualitäten, immer mehr Machtpersönlichkeiten wurden, versanken die von ihnen getragenen Landtage immer tiefer in Machtlosigkeit, immer tiefer in finanzielle Schwäche. Die Regierungen konnten in der letzten Zeit ruhig die obstruierten Landtage ein Jahrhundert lang beschäftigungslos lassen und, was die wirtschaftliche Erhaltung der Länder anlangt, wurden sie immer mehr und mehr Kostgänger des Staates. An diese Entwicklung knüpften wir unmittelbar geschichtlich an. Es ist also nicht so, daß hier tief wurzelnd in dem deutschösterreichischen Volke ein Partikularismus wirksam gewesen wäre, der jetzt seine natürliche Ausgestaltung findet, sondern es ist vielmehr anders, ganz anders: der Partikularismus, der uns heute entgegentritt, hat keine ältere Geschichte als die seit dem Zusammenbruch. Das war so, daß in der Zeit, in der in Wien die schwersten Kämpfe tobten, in der die Regierung vollständig eingenommen war von jenen ebenso zeitraubenden als den ganzen Menschen in Bann schlagenden Aufgaben, die der Gesamtheit

galten, in den Ländern gewisse Gruppen von Menschen, mehr waren es ja ursprünglich gar nicht, bevor die eigentlichen Landtage neu gewählt waren, die Macht an sich rissen, weil niemand anderer da war — es ist fast so, ich weiß, daß eine kleine Übertreibung im Ausdrucke liegt, aber es ist fast so —, daß sie Funktionen an sich nahmen, Funktionen für sich wirksam machten, die ihnen dann ermöglichten, den Föderalismus zu einer solchen Macht zu erhöhen.

Dazu kam nun noch das andere, daß die schreckliche Not, die dem ganzen Staate ihr Gesetz vorschrieb, daß diese schreckliche Not von den Vertretern des Partikularismus für den partikularistischen Zweck ausgenutzt wurde, daß diese Not, die schließlich jedermann die Lösung nahelegt: Kette sich wer kann! ausgenutzt wurde zur Züchtung eines ganz unglaublichen Gruppenegoismus, der Land gegen Land in der Ernährungsfrage feindselig sich abschließen ließ und der dieses wirtschaftliche Gruppeninteresse zur gestaltenden Kraft der neuen Länderautonomie machte. Es war die Ausnutzung des Hungers und die Erfüllung der Menschen mit dem egoistischen Gedanken, den Bruder lieber verhungern zu lassen, um nicht selbst einen besseren Bissen von seinem Teller zu verlieren; das war es, was den Länderpartikularismus hat groß werden lassen. Die Geschichte des deutschösterreichischen Partikularismus ist nichts sonst als ein Kapitel der Geschichte unseres Glends. Eine rühmliche Vorgeschichte hat der deutschösterreichische Partikularismus wahrlich nicht. Daher haben wir auch gar keinen Grund, vor ihm den Hut zu ziehen.

Wenn Herr Professor Seipel den Unterschied zwischen dem kleinen Deutschösterreich und der großen Monarchie, der er doch immer nachweint, dahin feststellte, daß die eine gegründet war auf altgeschichtlichem Zusammenhang, auf geographische Voraussetzungen, das andere aber ein Überlieferungs- und geschichtsloses Land ist, so müßte man, hört man solche Reden, glauben, daß etwa den Tiroler oder den Niederösterreicher in der alten Monarchie engere Bande mit dem Rumänen oder Ruthenen verknüpft haben, als heute den Steirer und Niederösterreicher verknüpfen. Es dürfte doch selbst einem Manne, der einst so tief in der monarchistischen Gedankenweise eingelebt war, schließlich begreiflich zu machen sein, daß auch das Untertanengefühl, das uns alle zu fügsamen und willenlosen Werkzeugen unter dem Zepher oder der Peitsche der Habsburger machte — und das war der einzige sittliche Zusammenhang und die einzige sittliche Idee, die uns verband — keine so enge Verknüpfung herstellt, als sie zwischen allen Teilen des deutschösterreichischen Volkes besteht, das nicht nur einer Nation angehört, sondern — ein Fall, der in Europa kaum seinesgleichen findet — auch dem-

selben Stamme angehört. Wir sind nicht nur alle Deutsche, wir sind auch alle Bajuwaren und es gehört schon ein Spezialist im Landespartikularismus dazu, tiefe, entscheidende und einen Zusammenhalt gar nicht gestattende Unterschiede zwischen Steirern und Salzburgern, Salzburgern und Oberösterreichern festzustellen. Im Gegenteil, wenn irgendein Land keinen Grund hat, sich in Teile zu zerspalten, so ist es dieses Land, das so winzig klein ist, dessen Volk auf einem geographisch ganz gleichartig gestalteten Boden lebt und einem einzigen Stamme eines einzigen Volkes und, was bei Ihnen auch eine große Rolle spielt, einer einzigen Religion angehört. Sagen Sie mir, wo da die tiefgreifenden Unterschiede sind, die uns auseinandergehen machen. Sicherlich ist das Band, das uns bindet, das Band des Blutes ein stärkeres, als das Band, das uns mit fremden Völkern zusammenhielt und sicherlich wird es auch länger dauern.

Wenn der Herr Professor Seipel den Überlieferungen auch noch so viel Bedeutung beimißt, wird er doch zugeben, daß die Probe der Praxis auch ihre Bedeutung hat. Und die Probe der Praxis hat diese alte Monarchie in einem ganz außergewöhnlichen Maße, in einem geschichtlich sonst nicht gegebenen Maße nicht bestanden. Denn es ist ohne Beispiel in der Geschichte, daß ein Staat, der seit Jahrhunderten besteht, in seine Teile bei einer äußeren Niederlage auseinanderstiebt, bei einer Niederlage dazu, die nicht einmal mit einer Überschwemmung seines Gebietes durch den Feind verbunden ist. In dem Augenblick, wo der Feind seine Landesgrenze berührt, stiebt dieser Staat auseinander wie ein Bologneser Fläschchen, dem man die Spitze abbricht.

Wenn ein Staat so zugrunde gehen kann, Herr Professor, wie dieser Staat zugrunde gegangen ist, so widerstandslos, so auf den ersten Fußtritt hin, dann hatte die Überlieferung keine lebendige Kraft in den Gemütern der Völker und dann war es auch mit dem geographischen Zusammenhang nicht so weit her, sondern dieser war zum Teil eine wissenschaftliche Fiktion interessierter Gelehrter. Und dann ist es eigentlich überflüssig, wenn ein so hochstehender Mann, wie Professor Seipel, noch Gefühle wehmütvoller Erinnerung einem so lebensunfähigen Staatsgebilde widmete.

Ich meine also, wir können uns in der Frage des Partikularismus mit voller Kälte und reiner Sachlichkeit und ohne jede Einmischung von Gefühl verhalten und haben das gute Recht, solche Gegenvorschläge zu machen, wie sie heute in Vorschlag gemacht worden sind, Gegenvorschläge, die eben sagen: Wenn ihr nicht einmal den Zusammenhalt, die Lebensgemeinschaft der Deutschösterreicher anerkennt, so ist wahrlich nicht der geringste Grund

vorhanden, daß wir ehrfurchtsvoll an der Landesgrenze Halt machen. Ihr selbst macht ja dort, wo es Euren politischen Interessen nicht entspricht, auch nicht an der Landesgrenze Halt.

Nun aber gestatten Sie mir, werter Zuhörer, noch ein Wort über unsere auswärtige Politik. Der Herr Abgeordnete Dr. Gürtler hat hier auseinandergesetzt, daß wir Deutschösterreicher zu den Staaten gehören, die eigentlich unfähig seien, eine ernsthafte und in Handlungen sich kundgebende auswärtige Politik zu machen, daß wir höchstens Gegenstand, aber nicht Subjekt einer auswärtigen Politik sein können. Ich hätte dagegen polemisch nichts Besonderes zu bemerken. Es fällt mir durchaus nicht ein und es fällt wohl auch niemandem in meiner Partei ein, zu glauben, daß Deutschösterreich in seiner winzigen Kleinheit, in seiner Machtlosigkeit, in seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit irgendwelche tätige, nach außen hin wirksame Politik machen soll. Davon kann und darf keine Rede sein; dieser Staat kann nichts anderes tun, als sich bemühen, sein wirtschaftliches Dasein sicherzustellen und dabei betreibt er leider bei der Armut an Hilfsquellen im eigenen Lande ohnehin schon schrecklich viel auswärtige Politik, wenn sie auch das bare Gegenteil von Machtpolitik ist.

Aber wenn Herr Professor Gürtler diesen Satz nicht ganz ohne polemische Spitze gegen den Herrn Staatskanzler gebraucht hat, dessen Politik sich ja selbst verteidigt und von mir nicht verteidigt zu werden braucht, so möchte ich mir doch gestatten, ihm zu bemerken, daß andere dem Herrn Professor Gürtler näherstehende Männer weit eher dieser ganz nüchternen und klugen Ermahnung bedürften, die er hier ausgesprochen hat. Es gibt unter den Christlichsozialen und wohl auch in anderen bürgerlichen Gruppen Leute, die sich — vielleicht ist das verzeihlich — von den Erinnerungen und dem Herkommen der Vergangenheit nicht ganz lösen können und die sich noch immer vorstellen, daß Deutschösterreich in irgendeinem Sinne in der auswärtigen Politik irgendetwas zu tun habe, irgendetwas in ihr holen könne. Es sind das ganz besonders diejenigen, denen noch immer das Phantom der natürlich später einmal zu krönenden Donauföderation vorschwebt.

Es sind ganz besonders diejenigen, die dieses Deutschösterreich immer gerne im unmittelbaren Nachtrab der französischen Politik erblicken möchten und die deshalb schon gegen die italienische Reise waren, weil sie argwöhnten, daß in dem unbedingten Abhängigkeitsverhältnis gegen Frankreich eine Trübung eintreten könnte. Wir haben selbstverständlich nicht die Macht und nicht die Stellung, wenn im Ringen der Großmächte ein solcher Gegensatz zwischen einer italienischen und einer französischen

Richtung sich auskämpfen sollte, sei es auf der einen, sei es auf der anderen Seite, Partei zu ergreifen. Es käme uns das eine wie das andere teuer zu stehen. Diejenigen aber, die uns so sehr oder ganz ausschließlich als ein Anhängel nicht nur Frankreichs, sondern sogar der französischen Gesandtschaft in Wien ansehen und glauben, daß dort allein der Herzpunkt unseres Daseins zu suchen sei, gerade die begehen den Fehler, um nicht zu sagen das Verbrechen, uns in den Gegensatz der Großmächte hineinzudrängen. Es ist doch ganz klar, daß wir in dem Verhältnis, das sie suchen, doch nur ein Werkzeug einer Großmachtpolitik sein könnten, noch dazu der Politik einer Großmacht, die, weil sie gar nicht an uns angrenzt und weil ihr menschliche und sonstige Zusammenhänge mit unserer Bevölkerung abgehen, keine anderen als machtpolitische Interessen auf dem Gebiete der ehemaligen Monarchie verfolgen kann.

Ich rede da gar nicht davon, wie sich dies noch gefühlsmäßig bei unserem Verhältnis als Deutsche zum Deutschen Reich darstellt, sondern ich rede hier bloß von der Tatsache, daß gerade diejenigen, die eine Politik, wie sie sich in der italienischen Reise ausgedrückt hat, getadelt haben, oder, wenn sie sie zu tadeln nicht wagten, wenigstens mit abfälligen Glossen begleitet haben, weil sie uns scheinbar dem Getriebe der Großmächte etwas zu nahe bringt. Daß gerade Sie uns völlig in das Getriebe der einen Großmacht einschließen wollen, und zwar mit dem Ziele einer Donauföderation, die, wenn sie einmal bestünde, diesem Deutschösterreich völlig die Rolle eines reinen Werkzeuges gäbe. Denn es ist doch klar, daß eine solche Donauföderation am schlimmsten, vielleicht noch in gesteigerter Weise das alte Lebensgesetz der Habsburger Monarchie reproduzieren würde, in der tatsächlich alle Völker nichts anderes waren, als das Nutzvieh auf den Meierhöfen einer Familie. Wer wirklich sein Volk liebt — wir haben hier gestern Liebeserklärungen gehört — der muß vor allem wünschen, daß dieses Volk sein Schicksal in sich selbst trage und bei sich selbst entscheide und vor allem mit jedem Mittel zu verhindern trachte, daß der Schwerpunkt der Entscheidungen aus unserer Mitte heraus etwa in die Kabinette fremder Mächte hineingerückt werde oder gar in das Privatkabinett irgendeines Herrn, der einstweilen auf seinem Ruheposten wartet.

Es ist also gerade weniger der Geist, in dem die Polemik geführt wurde, als die Polemik selbst dasjenige, was mir an der Kritik der auswärtigen Politik aufgefallen ist. Im übrigen kann gar kein Streit bestehen, wie gesagt, daß sich unsere auswärtige Politik aller Blender und aller glanzvollen Aufmachungen zu enthalten habe und daß

sie auch nach außen nur als das aufträte, was sie nach innen nach den Machtverhältnissen allein sein kann, ein Versuch, unter diesen furchtbar ungünstigen und bedrängenden Umständen von Monat zu Monat immer wieder die Lebensbedingungen für den Staat zu sichern.

Allerdings — und damit möchte ich mir wieder erlauben gegen Herrn Professor Gürtler zu polemisieren — gibt es auch dafür eine Grenze, die in dem Selbstständigkeitsgefühl jedes Volkes, die in dem Ehrgefühl jedes Volkes besteht. Wenn uns Herr Professor Gürtler, noch dazu in spöttischer Einkleidung, auffordert, wir sollten uns nun auch möglichst beeilen, den Ungarn nachzulaufen, so werden wir dem alle immer widersprechen müssen. So wichtig auch die wirtschaftlichen Beziehungen sein mögen, die uns mit Ungarn verknüpfen, so dürfen wir vorläufig nicht vergessen, daß die Ungarn entschlossen sind, wenigstens einseitig eine Bedingung des Friedens, die uns Angehörige des eigenen Volkes zuspricht, nicht zu erfüllen, die Erfüllung mit allen Mitteln zu vereiteln und, was vielleicht noch schwerer wiegt, daß sie seit Monaten auf unserem Boden Handlungen begehen, die mit unserem Selbstständigkeitsgefühl und mit unseren Hoheitsrechten im schroffsten Widerspruche stehen. Es wäre ein gar seltsames Schauspiel, wenn etwa ein besuchseifriger Kanzler heute nach Budapest führe und auf dem Rückwege sein Auto einem ungarischen Auto begegnete, in dem irgendein auf österreichischem Gebiete aufgefangener ungarischer oder vielleicht auch deutschösterreichischer Staatsbürger gerade mit Hilfe von Chloroform und anderen modernen Besänftigungsmitteln ins Jenseits befördert würde. Ich glaube, vor solchen Begegnungen müssen wir unsere Ministerreisen, auch wenn sie sonst noch so viel wirtschaftlichen Nutzen bringen, bewahren und ehe zwischen zwei Staaten freundschaftliche Beziehungen hergestellt werden, müssen vorerst zwischen ihnen korrekte Verhältnisse bestehen.

Ich glaube auch nicht, daß im Ernst genommen dem jemand widersprechen kann und ich meine, daß wir also ohne viel Aufsehen und ohne viele Reden an der auswärtigen Politik überhaupt vorbeigehen können. Je weniger man davon Aufhebens macht, desto besser ist es und desto mehr entspricht es den Tatsachen. Nur das eine möchte ich mir gestatten zu bemerken: Man hat von bürgerlicher Seite — vielleicht weniger von den Christlichsozialen — besonders in der Presse stets den Vorwurf gegen uns erhoben, daß die Art, wie wir regieren, das Vertrauen des Auslandes erschüttert, und da wir nun auf das Vertrauen des Auslandes auch in bezug auf unsere Tagesbedürfnisse angewiesen seien, bilde dieses Vertrauen die Voraussetzung unseres Daseins. Nun haben die Tatsachen der letzten

Wochen, die Ergebnisse der Verhandlungen sowohl in Paris wie in Rom, namentlich aber hat das, was Amerika uns gewährt, die schroffste Widerlegung dieser Behauptungen geboten. Man kann ganz kühn sagen, ohne diese Erfolge zu überschätzen: mehr Kreditserfolge als sie hier ein vollständig armer, in gar keiner Weise über Hilfsquellen und wahrlich auch über gar keine Pfänder verfügender Staat in den letzten Wochen und Monaten erhalten hat, sind gar nicht denkbar.

Und gerade diejenigen, die monatelang hindurch uns immer vorgeworfen haben, wir untergraben die Kreditfähigkeit des Staates, wir untergraben sie besonders durch die Arbeiterräte und die Soldatenräte und durch die ganze den Arbeitern angeblich so günstige Politik, müßten heute zur Steuer der Wahrheit gestehen, daß sonderbarerweise offenbar die amerikanische und italienische und zum Teil sogar die englische Welt verliebt sein müsse in diese Art unserer Politik, weil sie uns ein Entgegenkommen erweisen, an das, seien wir nur ehrlich, keiner von uns vor einem halben Jahre zu denken gewagt hätte. Es würde auch der zehnte Teil dieses Erfolges, wenn ihn nicht Vertrauensmänner der Arbeiter gewonnen hätten, von den lautesten Bosheiten hinausgetutet werden. Wenn er nicht anerkannt wird auch von jenen, die sich froh und behaglich sagen, nun haben wir doch wieder bis zum September zu essen, so ist schuld daran der tiefwurzelnde, in die Seelen und Herzen eingetragene Haß gegen die Sozialdemokratie. Dieser Haß, meine Herren und Frauen, täuschen wir uns nicht, ist eine der wichtigsten Tatsachen unseres politischen Lebens. Er beherrscht die Polemik der Presse, er beherrscht zum guten Teil die Vorgänge im Parlament. Er läßt die von ihm Verblendeten sich sogar soweit verirren, daß sie zum Nachteil der Gesamtheit diesen Haß dort vor dem Ausland austoben lassen, wo angeblich wir die Kreditfähigkeit des Staates Deutschösterreich erschüttert haben, wo aber an dieser Kreditfähigkeit und an diesem Ansehen Deutschösterreichs unsere Gegner am zerschmetterndsten gearbeitet haben, soweit ihre Kräfte reichten.

Wir kennen diesen Haß; er ist selbst dort lebendig, wo er uns nicht nur empört, wo er uns auch schmerzt. Es ist heute noch ein ziemlich beträchtlicher Teil der Beamtensichten, die sich von dem Vorurteil, von dem überlieferten Vorurteil des Gegenseites zur Sozialdemokratie nicht freigemacht haben. In Paranthesen gesagt: Der Haß der Kapitalisten hat uns nie aufgeregt, noch weniger hat er uns etwa geschmerzt. Dies aber muß deutlich deshalb betont werden, weil man hier so getan hat, als ob wir auf die Beamten, als ob wir sogar auf die Richter einen überwältigenden, einen erdrückenden Einfluß ausübten, als ob wir ihnen nicht gestatteten,

ihre Gesinnung frei zu entfalten, als ob wir ihre Handlungen und Gesinnungen zu bedrängen suchten. Meine Herren und Frauen! Über dieses Kapitel wäre sehr viel zu sagen und alles was man darüber sagen könnte, würde das Gegenteil beweisen.

Zunächst ist zu sagen, daß der Beamte überhaupt erst durch die Tätigkeit der Sozialdemokratie zu seiner Freiheit gelangt ist, und wenn man behauptet, schon vor dem Zusammenbruch der Monarchie sei bis zu einem gewissen Grade den Beamten eine Freiheit zuerkannt gewesen, so braucht man bloß in den Protokollen des alten Hauses nachzuschlagen und man wird Zeugnisse dafür finden, welchen Kampf damals die Sozialdemokratie bei der Festlegung der Dienstpragmatik für die elementarsten politischen Rechte der Beamten geführt hat.

Es ist also gar kein Zweifel, daß zu seiner vollen Freiheit, zu seiner vollen Gleichberechtigung und vor allem zur vollen Ausnutzung des Koalitionsrechtes der Beamte und Staatsangestellte überhaupt erst durch die Sozialdemokratie gelangt ist. Diese Freiheit, die sie ihm verschafft hat, bedeutet natürlich auch die Freiheit, gegen uns zu sein und gegen uns zu handeln. Das unterliegt gar keinem Zweifel. Aber, meine Herren und Damen: es ist auch nicht zu verkennen, daß ein sehr großer Teil der Beamten diese Freiheit gegen uns auch ganz gewaltig ausnützt, und man kann wohl sagen, daß noch niemals ein Regime an der Macht war, demgegenüber Beamte ihre gegensätzliche, ja ihre feindliche Gesinnung so offen, so unverhüllt, und ohne dabei fürchten zu müssen, daß sie irgendwelchen Schaden davontrügen, kundgegeben haben. Es gilt also genau das Gegenteil von dem, was hier gesagt wurde, und das Gegenteil gilt sogar bis zu einem solchen Grade, wo die Sache nicht mehr wie in dem Rahmen des bisher Dargestellten für uns rühmlich ist. Man kann wohl sagen, daß es, in mehreren Staatsämtern sogar, daß es in vielen anderen Bureaus Gruppen von Beamten gibt, namentlich von höheren Beamten, die ihre alte reaktionär-monarchistische Gesinnung unter der Flagge des Deutschnationalismus verhüllen, die eine Art geschlossene Gesellschaft bilden, die ganz ausdrücklich und ganz wirksam gegenüber ihren andersgesinnten Kollegen, namentlich gegenüber den Sozialdemokraten oder den roten Hunden, wie sie sie nennen, ihre Macht zu Geltung zu bringen wissen. Es soll Ämter geben, in denen auch heute noch nicht mehr offiziell, aber unoffiziell, jedoch trotzdem recht wirksam die Beschreibung eines Beamten von dem Umstand bestimmt wird, ob er Sozialdemokrat ist. Es ist jedenfalls eine Tatsache, daß ein Teil der Beamten, eben die deutschnationalen Beamten, in ihrer Abneigung gegen die Sozialdemokratie bis zu dem Grade fortschreiten, daß sie alle und jede Rücksicht fallen lassen. Ich will nicht die

Geschichte des letzten Eisenbahnerstreiks aufrollen — es müßte hier auch ein anderer stehen als ich, einer, der Stunde um Stunde und Tag für Tag in diesen Dingen verhandelt hat —, aber ich will nur das an der Sache herausgreifen, was nicht einen Einzelfall kennzeichnet, sondern was diesem Falle mit anderen Fällen gemeinsam ist. Und das ist die Tatsache, daß Leute, die mit ihrer ganzen Seele einem reaktionären Staatssystem verschrieben sind, die die Wiederherstellung des alten Untertanenstaates in der Seele tragen, bei denen der Krieg eine Reserveroffiziersgesinnung hinterlassen hat, die sie der Psychologie jener Staatswehrleute sehr nahebringt, daß Leute dieser Art mit dem Liebäugeln, was hier uns immer als unser gefährlicher Bundesgenosse vorgehalten wird, nämlich mit den Kommunisten, und daß dieses Liebäugeln nur ein Ausdruck, ein besonderer Fall einer ganz allgemeinen Stimmung ist, die gerade in diesen Kreisen reaktionärer Beamten lebendig ist, der Stimmung und des Entschlusses, wo es geht, zu sabotieren, wo es geht, zu verhindern, wo es geht, dahinzuwirken, daß alles zusammenbrechen muß und daß, soweit der Wirkungskreis dieser Leute reicht, die Republik zusammenscheitert. Diese Gesinnung besteht — sie besteht ja nur in einem Teile der Beamten, aber sie besteht und sie kann sich sogar auswirken, zum Schaden der Allgemeinheit auswirken. Es ist daher nichts unwahrer als die Behauptung, daß wir eine Gewaltherrschaft gegenüber den Beamten ausüben, die es ihnen nicht gestatte, ihre Gesinnung frei zu betätigen und sich politisch auszuleben. Aber — und damit lassen Sie mich schließen — ich weiß ganz genau, daß dieser Haß gegen die Sozialdemokratie nur die Hülle, nur die politische Parole für einen anderen, viel tiefer sitzenden Haß ist: für den Haß gegen den Arbeiter. (Zustimmung.) Meine Damen und Herren! Trotz der eineinhalb Jahre des Umsturzes und der Entwicklung gibt es noch immer Leute genug unter uns, die es nicht ertragen können, daß das alte Herrenverhältnis nicht aufrecht erhalten werden kann, daß ein Mensch etwas gelten darf, wenn er mit seiner Hände Arbeit sich sein Brot verdient; daß ein Mensch etwas gelten darf, dessen Hände nicht gefeilte Nägel haben, daß ein Mensch etwas gelten darf, der weder einen Dokortitel trägt noch auf eine Ahnenreihe hinweisen kann, noch staatlich diplomiert ist, daß ein Mensch etwas gelten darf, der in dem großen Emanzipationskampfe der Arbeiterschaft mitwirkend an der gewaltigsten Kulturarbeit dieses Jahrhunderts mitgearbeitet hat. Es ist der Haß, das mit Abscheu vermengte Gegensatzgefühl gegen den Menschen, den man früher hunzen, als Offizier schuhriegeln, als höherer Beamter von oben herab behandeln und ihm mit einer zwischen Verachtung und Wohlwollen gemengten Art als Dienstherr begegnen

durfte. Dieser Mensch steht durch unsere politische und soziale Gesetzgebung als gleichberechtigt da und es gibt Leute, die es nicht ertragen, nicht über sich bringen können, in dem Arbeiter den gleichberechtigten und gleichgestellten Bürger des Staates zu sehen. Das ist die tiefste Ursache und die stärkste Triebfeder aller Kämpfe gegen die Sozialdemokratie, aller Verleumdungen und Verdrehungskünste.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, an dieser Tatsache wird sich nichts mehr ändern und es ist ein vergebliches Beginnen, gegen die Gleichstellung und Gleichberechtigung, gegen die Machtstellung der Arbeiter überhaupt anzukämpfen. Mit granitener Festigkeit ist die Stellung der Arbeiter aufgerichtet und wenn irgend etwas dieser Zeiten Sturm überdauern wird, so wird es die Herrlichkeit und die Macht des Proletariats sein. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident **Hausler**: Zu einem formalen Antrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Forstner das Wort.

Abgeordneter **Forstner**: Ich beantrage Schluß der Debatte und Wahl von Generalrednern, beziehungsweise eines Generalredners.

Präsident **Hausler**: Der Herr Abgeordnete Forstner beantragt Schluß der Debatte. Ich bitte, die Plätze einzunehmen.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des hohen Hauses, welche dem Antrage des Herrn Abgeordneten Forstner zustimmen, sich zu erheben. *(Geschicht.)* Der Antrag ist angenommen.

Es sind noch sehr zahlreiche Herren als Redner vorgemerkt, welche, wie ich höre, sich bereits auf einen Generalredner geeinigt haben, nämlich auf den Herrn Abgeordneten Spalowsky.

Ich würde nun dem hohen Hause vorschlagen, daß wir mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit jetzt die Sitzung abbrechen. *(Zustimmung.)* Morgen um 11 Uhr vormittags würde dann die heutige Debatte insoweit fortgesetzt werden, daß noch der Herr Generalredner Spalowsky und der Herr Generalberichterstatter zum Worte kommen und dann mit der Spezialdebatte begonnen wird.

Ist dagegen eine Einwendung? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, es bleibt also bei meinem Vorschlage.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, den 22. d. M., um 11 Uhr vormittags, mit Fortsetzung der heutigen Tagesordnung statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 5 Uhr nachmittags.